

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 49.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 12. Dezember 1916.

Inhalt: Inland: Zum Geburtstag des Herrn Reichskanzlers, S. 1503—1504. — Die Erklärung der polnischen Fraktion, S. 1505—1507. — Die Reden der Abg. v. Jedliż und Dr. Friedberg, S. 1507—1509. — Wiederum die Sakatisten, S. 1510. — Die polnische Gefahr und Irredenta, S. 1511. — Zur Polendebatte im Landtag, S. 1512. — Eine bezeichnende Ansicht, S. 1512. — Lob des Prof. Delsbrück, S. 1512. — Zur Zivildienstpflicht, S. 1513. — Die „Gazeta Narodowa“, S. 1513. — Polen zur Zeit der sächsischen Könige, S. 1513. — Vortrag Feldmann, S. 1513. — Die polnische Presse in Rußland zur Proklamierung des polnischen Staates, S. 1514. — Betrachtungen über das Sotolum, S. 1515. — Zur Emission von neuen Aktien der Verbandsbank, S. 1517. — Kirchliche Trauerandacht zu Ehren Sienkiewicz, S. 1517—1521. — Defektes Gebiet: Der Nationalrat, S. 1523. — Die Legionen in Warschau und Lodz, S. 1523—1525. — Zur Demission des Obersten Sikorski, S. 1526. — Unter dem Zeichen der Fahnenjunker, S. 1526. — Bauernversammlung in Warschau, S. 1527. — 1528. — Die Obstruktion des nationalen Zentralkomitees, S. 1529—1530. — Appell der Lehrer betreffend die Unabhängigkeit, S. 1530. — Im Namen der Eintracht, S. 1531. — Die wirtschaftliche Kraft des Königreichs, S. 1531. — Ausland: Das Oberste Nationalkomitee vor neuen Aufgaben, S. 1532. — Die Bedeutung des 5. November, S. 1532. — Der 29. November, S. 1534—1535. — Die Laufanner Farce, S. 1535—1536. — Zum Protest Englands und Frankreichs, S. 1536—1537. — Die Duma und die Polen, S. 1538. — Die polnische Frage, S. 1539. — Das Verhältnis zwischen Polen und Rußland, S. 1539. — Die Zukunft Ostreich-Schlesiens, S. 1540. — Vorträge über Polen im Ausland, S. 1540.

Berichtigung.

In der Nr. 48 des Gesamtüberblicks auf Seite 1484, Spalte rechts, Zeile 11 von unten muß es heißen: In jedem Falle halte ich es nicht für richtig, . . .

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 163 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 1. Dezember 1916.

Der Reichskanzler.

Am 29. November hat der deutsche Reichskanzler Herr Dr. von Bethmann-Hollweg ein Alter von sechzig Jahren erreicht. Aus allen Teilen Deutschlands erhielt er an diesem Tage besondere Glückwünsche; da darf wohl ein Glückwunsch auch von polnischer Seite nicht fehlen.

In einer schweren Zeit hat der Herr Reichskanzler die Politik des Deutschen Reiches zu leiten. Denn, wenn die Stellung, auf welche er vor sieben Jahren durch den Willen seines Monarchen berufen wurde, an und für sich schon eine sehr schwere und verantwortungsvolle ist, so übersteigt das Maß der Arbeit und Verantwortung, welche mit ihr gerade während der gegenwärtigen Kriegswirren verbunden ist, fast schon jede menschliche Kraft. Übrigens stehen in allen anderen europäischen Ländern an der Spitze der Staatsverwaltung immer mehrere Minister, von denen jeder nur für das ihm unterstellte Ressort die volle Verantwortung trägt. Die Verfassung des Deutschen Reiches kennt aber nur einen Leiter der Reichsverwaltung und macht ihn für alle ihm unterstellten Ressorts sowohl seinem Herrscher, als auch der Reichsvertretung gegenüber verantwortlich. Ein solcher Leiter ist eben der Reichskanzler, welcher außerdem noch preußischer Ministerpräsident und Vorsitzender des Bundesrates ist. Ein „eiserner Kanzler“ wurde der erste Reichskanzler mit Recht genannt, denn es bedarf wirklich eiserner Nerven und Kräfte, um die Last eines solchen Amtes tragen zu können.

Das vergessen gar oft nun alle diejenigen, welche vor allem in der gegenwärtigen Kriegszeit durch eine rücksichtslose und gehässige Kritik die Stellung des Reichskanzlers zu erschüttern suchen. Ihr Reid sieht eben nur die Macht, welche sich in der Hand eines Reichskanzlers konzentriert und den Nimbus, von welchem der ehrenvolle Posten des ersten Reichsbeamten umgeben ist, aber sie denken nicht an die Pflichten, welche mit dieser Macht und diesem Nimbus unzertrennlich verbunden sind. Auch daran denken die Gegner des Reichskanzlers nicht, daß die Bedeutung gar mancher Männer, welche gegenwärtig noch in einer untergeordneten Stellung wirken, aber nach ihrer Ansicht die richtigen Vaterlandsretter sein könnten, angesichts der wirklich großen Aufgaben, welche diese Männer als Leiter der Reichsregierung zu erfüllen hätten, wohl nur zu rasch sinken würde.

Seine Exzellenz, der Herr von Bethmann-Hollweg steht nun an der Spitze der Regierung des Deutschen Reichs und der preußischen Monarchie schon seit sieben Jahren. In seiner amtlichen Tätigkeit zeichnet er sich hauptsächlich durch eine fast bürokratische Genauigkeit aus, welche aber niemals in Pedanterie ausartet, unter welcher ein produktiver Gedanke von weiterem Gesichtskreis leiden könnte. In unserem Reichskanzler lebt nämlich unter der Hülle der Nüchternheit, welche übrigens das traditionelle Merkmal eines preußischen Beamten bildet, ein reger und weitblickender Geist, der zu philosophischen Spekulationen neigt. Diese Neigung drückt auch allen seinen Reden einen besonderen charakteristischen Stempel auf, welche ihm deswegen auch den Namen eines „Philosophen auf den Ministerstuhl“ eingebracht haben.

Was Charaktereigenschaften anbelangt, steht Herr von Bethmann-Hollweg zweifellos höher, als alle seine Vorgänger von dem General von Caprivi an bis zu seinem unmittelbaren Vorgänger, dem Fürsten von Bülow. Beim Fürsten von Bülow bildete die diplomatische Elastizität, welche sich um politische Grundsätze und Richtlinien weniger kümmerte, das Alpha und Omega seiner politischen Weisheit. Sein Nachfolger, Herr von Bethmann-Hollweg war zu lange Mitarbeiter des Fürsten von Bülow und zwar zunächst als preußischer

Minister des Auswärtigen und dann als Staatssekretär, als daß auch er sich nicht einen gewissen Optimismus in der politischen Methodik angeeignet hätte. Aber nur in der bloßen Methodik und nicht etwa in der Sache selbst. Deswegen ist auch die politische Elastizität des Herrn von Bethmann-Hollweg immer nur eine scheinbare. Man merkt, daß sie ihm früher nur von außen aufgenötigt wurde; es sickert nämlich in ihr immer ein aufrichtiger Willen und ein gerader Charakter durch. So hat sogar der Vorwurf des Mangels an Energie, welcher dem Reichskanzler von seinen Gegnern gemacht wird, darin seinen Grund, daß der Reichskanzler, wenn er durch besondere Umstände sich gezwungen sieht, einen Rückzug in seiner Politik anzutreten, es ganz deutlich, ohne die Sache irgendwie zu bemänteln, tut.

Uns geht aber von der politischen Tätigkeit des Herrn Reichskanzlers in erster Linie das alles an, was in einem unmittelbarem Zusammenhange mit der polnischen Frage steht. Und da müssen wir feststellen, daß bis dahin noch niemals die Wünsche des polnischen Volkes von einem Leiter der deutschen Politik so vorurteilsfrei behandelt wurden, wie es eben jetzt von Seiten des Herrn Reichskanzlers geschieht. Zweifellos haben wir auch noch in den letzten Jahren politisch sehr schwere Tage erleben müssen, aber ihre Ursache war nicht in der persönlichen Initiative des Reichskanzlers zu suchen. Denn die ganze antipolnische Gesetzgebung war nur ein Erbe, welches Herr von Bethmann-Hollweg zugleich mit der Leitung des preußischen Staates übernehmen mußte, ein Erbe, welches, wie wir aus der letzten Rede des Ministers des Innern im preußischen Abgeordnetenhaus schließen dürfen, uns nicht mehr lange zur Last fallen soll. Übrigens haben wir ja alle die Ansprache noch frisch im Gedächtnis, welche der Reichskanzler an die Warschauer Delegierten richtete, als dieselben in seinem Palast in der Wilhelmstraße erschienen, eine Ansprache, welche das beste Zeugnis von dem aufrichtigen Wohlwollen ablegt, von welchem der Reichskanzler für das polnische Volk und seine Zukunft beseelt ist. Aber auch die Initiative Deutschlands in Sachen des Wiederaufbaues des polnischen Reichs ist doch zum großen Teil nur ein Triumph der klugen und weitblickenden Politik von Bethmann-Hollwegs.

Deshalb wurde auch dieser gute Wille des Reichskanzlers uns gegenüber von der polnischen Presse schon mehrmals ausdrücklich betont, und das polnische Volk begrüßte vor allem die letzte Ansprache des Reichskanzlers mit Dank und Anerkennung, in welcher er bei aller Wahrung der Staatsinteressen so viel Wärme und Wohlwollen für das polnische Volk an den Tag legte. Von einer anderen Seite wurde aber dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß dem Reichskanzler von gewissen Kreisen seine Politik und seine Bestrebungen, alles, was früher vorgefallen war, zu beseitigen und eine neue Grundlage zu einem friedlichen Zusammen- und Nebeneinanderleben der beiden Nationen zu schaffen, so sehr erschwert werden.

Um so herzlicher wenden sich deshalb unsere Gedanken im gegenwärtigen Augenblick dem Reichskanzler zu, und in der Hoffnung, daß es ihm vergönnt sein wird, noch lange Jahre das Staatsschiff zu lenken, wünschen wir, daß es ihm auch gelingen möge, in heiteren Friedenszeiten das während der gegenwärtigen Kriegswirren begonnene Werk zu einem glücklichen Ende zu führen.

Aus Nr. 135 der Gazeta Narodowa (Posen)

vom 30. November 1916.

Zum Geburtstage des Herrn Reichskanzlers schreibt das Blatt u. a.:

„... Als Kanzler hat er im Jahre 1909 die Finanzreform durchgeführt, wobei ihm die polnische Fraktion bedeutende Dienste geleistet hat. Von der Stellung der polnischen Fraktion hingen die Geschicke der Reform und das weitere Amtieren des Fürsten Bülow ab.

Bekanntlich hatte Fürst Bülow während der Wahlen im Jahre 1907 den konservativ-liberalen Block gegen die Polen, das Zentrum und die Sozialdemokraten geschaffen. Mit Hilfe dieses Blocks gelang es ihm, einige prinzipielle Gesetze durchzuführen, die einen antipolnischen Kern hatten. Im Reichstage hat er das Vereinsgesetz und im Landtage das Enteignungsgesetz durchgesetzt. Die Liberalen gewannen er durch seine fortschrittlichen Ideen und die Konservativen durch seine antipolnische Tendenz für sich, worauf er diese beiden Elemente geschickt zu verbinden verstand. Die Liberalen stimmten für die antipolnischen Gesetze um den Preis von Zugeständnissen im demokratischen Sinne, und die Konservativen sahen der Demokratisierung der Gesetzgebung um den Preis der Ausrottung des Polentums durch die Finger. Und so hätte der damalige Kanzler noch viele Jahre auf Kosten der polnischen Bevölkerung regiert, und gewisse Tatsachen deuteten schon daraufhin, daß er in diesem Geiste ein neues Preßgesetz vorbereite, nach welchem grundsätzlich in Deutschland nur gestattet sein sollte, Zeitungen in deutscher Sprache zu drucken, während in den polnischen Landesteilen das Drucken in beiden Sprachen auf einem Bogen zugelassen werden sollte.

Es unterliegt keinen Zweifel, daß Fürst Bülow auch dieses Gesetz mit Hilfe des Blocks im Reichstage durchgebracht hätte, da es ihm schon gelungen war, das Verbot, in den öffentlichen Versammlungen polnisch zu sprechen, durchzuführen. Es war das unerhört, und niemand hatte vorher angenommen, daß im Reichstage antipolnische Gesetze kommen könnten, da sich derselbe nicht nur aus den Vertretern Preußens, sondern ganz Deutschlands, also auch Bayerns, Württembergs und des Restes der Bundesstaaten zusammensetzt, die auf Grund des gleichen usw. Wahlrechts gewählt sind.

Und doch hat Fürst Bülow dies fertiggebracht; da er ein Meister in der diplomatischen Kunst war und seine größte Forsche in der inneren Politik auf die Bekämpfung des Polentums legte.

Unter diesen Verhältnissen war die damalige polnische Fraktion mit Recht der Ansicht, daß es um jeden Preis galt, den Mann zu beseitigen, dessen politische Tätigkeit tief in den polnischen Leib einschneidete. Und ein unvorhergesehenes Zusammentreffen von Umständen hat es gewollt, daß die Polen mit den preußischen Konservativen, denen die Absichten des Fürsten Bülow aus Anlaß der deutschen Reichsfinanzreform auf Kosten des ländlichen Besitzes arg zu mißfallen begonnen hatte, ein Kompromiß eingingen. Das Projekt der Nachlaßsteuer, die wahrscheinlich das ländliche Eigentum am meisten belastet hätte, kühlte die Konservativen ab und entschied, daß sie sich von ihm abwandten. Und da Fürst Bülow durch die Bildung des konservativ-liberalen Blocks schon seinen letzten Trumpf ausgespielt und nicht die geringste Aussicht hatte, mit dem Zentrum in Beziehung zu treten, darum mußte die Streichung seines Finanzprojektes seine Stellung durchaus erschüttern.

Fürst Bülow trat zurück, und seinen Platz nahm Herr v. Bethmann-Hollweg ein, den man damals noch nicht näher kannte, aber dessen Amtsführung in der Kanzlerstellung mindestens eine Änderung der Methode bedeuten mußte.

Man hebt hervor, daß zur Zeit der Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg das Enteignungsgesetz zum ersten und zum letzten Male angewandt

wurde. Das ist wahr. Wir gehen einstweilen nicht darauf ein, was ihn zu diesem Schritt veranlaßt hat, aber wir sind davon überzeugt, daß die unangenehmen Seiten des Enteignungsgesetzes sich auch den deutschen Preußen so fühlbar gemacht haben, daß man es schon damals vor dem Kriege zum zweiten Male nicht würde angewandt haben. Ein Beweis dafür war der folgende Entwurf der preussischen Regierung betreffend das Parzellierungsgesetz, das die Enteignung ersetzen sollte, das aber in den Papierkorb fiel.

Die Reorientierung in der inneren Politik, die der Kanzler angekündigt hat, läßt uns hoffen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg andere Wege einschlägt als die, welche Fürst Bülow damals gegangen ist. Und heute gelegentlich seines sechzigsten Geburtstages wollen wir erneut dieses Vertrauen zum Ausdruck bringen, da wir uns darin orientieren, daß der Kanzler die Schädlichkeit der antipolnischen Politik erkannt hat, und der Krieg wird seinerseits zur Folge haben, daß die Änderung der Front in der inneren Politik Deutschlands zu unseren Gunsten im unabwiesbaren Interesse des Staates liegen wird. Zur Realisierung des neuen Kurses wird unzweifelhaft die Politik des Herrn v. Bethmann-Hollweg beitragen, und darum bedeutet seine Amtsführung in der Stellung des Kanzlers eine wichtige Wendung in den preussischen Ansichten. Es zeigt sich auch, daß die Politik der damaligen polnischen Fraktion eine kluge und vorausschauende war, und obwohl die damalige polnische Fraktion sich durch ihre Stellung in der Finanzreform verschiedentlich einer abfälligen Kritik in polnischen Kreisen ausgesetzt hat, bedeutete ihr Verhalten eine große politische Reife, da es nicht nach billigen Effekten der Popularität haschte. Leider verstehen es die Leiter der Politik nicht immer, dieser Versuchung zu widerstehen, indem sie nicht unterscheiden, daß nationale Agitation und Politik zwei verschiedene Dinge sind, da letztere, um zielbewußt zu sein, sich nicht um den allgemeinen Beifall kümmern darf. Oft muß der Politiker nämlich direkt unpopuläre Sachen machen, wenn er der Sache seiner Nation aufrichtig dienen will, so wie der Arzt nicht immer süße Medizin verschreiben kann, wenn er der Gesundheit dienen will.

Heute ist der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg nicht allen sympatisch; manche deutsche Kreise bekämpfen ihn sogar leidenschaftlich. Als erfahrener Politiker kümmert er sich jedoch nicht um die Anerkennung der Massen, sondern er schreitet mutig auf das erkannte Ziel zu. Es wird ihm auch darum jeder Gegner zugeben, daß er ein fester Politiker ist, der sich zwar um die Einigung der Gegner bemüht, aber sich nicht aus dem Spiele bringen läßt. Wir wünschen dem Kanzler, daß er seine Kräfte recht lange dem Wohle der Allgemeinheit widmen könne.

Aus Nr. 137 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 1. Dezember 1916.

Zur Erklärung der polnischen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus.

Diejenigen deutschen Blätter, welche mit der habsburgischen Richtung nicht einverstanden sind, sind mit dem Ausgang der Debatte über den Antrag der Rechten und der Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus sehr unzufrieden. Selbst ein solches Blatt wie die „Vossische Zeitung“ schreibt in einer seiner letzten Nummern: „Die Debatten im Abgeordnetenhaus haben nicht zu einer Klärung, sondern zu einer Verwicklung unserer politischen Verhältnisse geführt, und sie haben uns auch ebenso nach außen wie nach innen bedeutend geschadet.“ Weiter schreibt es: „Nach einer solchen Formulierung der

polnischen Frage war die Antwort, welche von polnischer Seite gegeben wurde, bis zu ihrer letzten Zeile vorzusehen.“

„Und warum war diese Antwort vorzusehen? Weil ein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland damit rechnete, daß die polnische Fraktion in die Falle der Habsburger gehen werde, was denn auch wirklich geschehen ist. Die polnische Fraktion hat nämlich, da sie den Antrag der Habsburger kannte und schon im voraus wissen konnte, wie derselbe von den Antragstellern begründet werden würde, ihre Erklärung danach formuliert. Sie hat dabei gar nicht abgewartet, welche Stellung der Vertreter der preussischen Regierung zu dem Antrag einnehmen werde. — Dieser wurde Punkt der polnischen Erklärung wird unter anderen auch von dem „Dziennik Berlinski“, also von einem Blatte einer Kritik unterzogen, welches doch wohl von niemandem verdächtigt werden kann, daß es „im friedlichen Chor mit der „Täglichen Rundschau“, der „Post“ usw. gegen die polnische Fraktion wegen ihrer männlichen und sachlichen Erklärung zu hegen suche.“

Die Antwort der polnischen Fraktion war deshalb nur an die Adresse der Habsburger gerichtet, welche in ihrem Antrage den deutschen Charakter der polnischen Landesteile hervorhoben und von der Regierung verlangten, daß sie auch für die Zukunft nichts versäumen sollte, was die Ausbreitung des Deutschtums in den polnischen Landesteilen zu fördern imstande wäre. Darauf erklärte mit vollem Recht der polnische Redner, daß die Polen wohl wüßten, was mit einem solchen Verlangen bezweckt werde, denn alle antipolnischen Anträge wurden auch früher von den habsburgischen Kreisen mit dem Schutze des Deutschtums begründet.

Soweit sind wir mit der Haltung der polnischen Fraktion einverstanden. Sie hat den Habsburgern auf ihr Verlangen die wohlverdiente Antwort erteilt. Aber warum hat die polnische Fraktion in ihrer Erklärung die Rede des Ministers v. Loebeck vollständig ignoriert, der die gegenwärtige Stellung der Regierung zu der polnischen Frage deklarierter?

Die polnische Fraktion hatte doch Gelegenheit, sich zu dieser Rede noch zu äußern, denn obwohl ihre Erklärung schon vorher beschlossen und schriftlich festgelegt war, in welcher das Auftreten des Ministers noch nicht berücksichtigt wurde, so hätte sie nach der Rede des Herrn v. Loebeck die Vertagung der Diskussion veranlassen können, um einen neuen Beschluß fassen zu können oder sie hätte, wie der „Dziennik Berlinski“ meint, einen der besten Redner und Politiker der Fraktion auf die Rednerbühne schicken sollen, welcher dann die Haltung der Fraktion der gegebenen Lage gemäß improvisiert hätte.

Die Rede des Herrn v. Loebeck bot doch der polnischen Fraktion viele Anhaltspunkte zu Betrachtungen, welche hätten zum Ausdruck kommen sollen. Nun geben wir ja zu, daß ein preussischer Minister sich angesichts des Antrages der Rechten und der Nationalliberalen in einer unbequemen Lage befand. Denn obwohl die preussische Regierung schon des öfteren erklärte, daß sie sich in Zukunft von Wohlwollen gegen die Polen werden leiten lassen, so mußte dieselbe Regierung auch mit der gegenwärtigen Mehrheit des Abgeordnetenhauses rechnen, welche von Zugeständnissen nichts wissen will.

Aber gerade deswegen hätte die polnische Fraktion dagegen Verwahrung einlegen sollen, daß der Schutz des Deutschtums, von welchem Herr v. Loebeck sprach, für die Zukunft auf Kosten der polnischen Bevölkerung erfolge. Das hat aber die polnische Fraktion nicht getan und sie verhielt sich zu der Rede des Ministers so, als wenn der Minister gar nicht gesprochen hätte.

Und das war ein Fehler. In denselben Fehler verfiel die polnische Fraktion früher auch im Reichstage, als sie das Auftreten des Reichskanzlers in der polnischen Frage vollständig ignorierte, und nun beging diesen selben Fehler jetzt auch die polnische Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus. Es liegt uns fern, von der polnischen Fraktion zu verlangen, daß sie sich ohne jeden Vorbehalt mit den Absichten der leitenden Kreise in Preußen einverstanden erklären soll, so oft diese Kreise nur das deutsche Interesse betonen, aber eine Nichtberücksichtigung der Reden der Regierungsvertreter läßt sich doch nur durch einen Mangel an richtiger Orientierung in der gegebenen politischen Lage erklären. Und die Verantwortung für die Haltung der polnischen Fraktion trägt dann schon das ganze polnische Volk. Damit müßte doch die polnische Fraktion einmal rechnen. Es genügt also nicht, daß einige politische Freunde unserer Abgeordneten sich eine besondere Orientierung zu eigen machen und sie dann in der Rede des Abgeordneten Geistlichen Siemczyński zum Ausdruck bringen lassen, denn die polnische Fraktion vertritt doch nicht die polnische nationaldemokratische Partei, sondern sie soll und muß den politischen Anschauungen aller Wähler Rechnung tragen, und diese Wähler billigen in ihrer überwältigenden Mehrheit die Haltung der polnischen Fraktion nicht.

Deshalb wurde auch schon erwogen, ob nicht bei wichtigen Fragen auf Anregung der polnischen Fraktion vorher gemeinsame Beratungen mit den Vertretern der polnischen Presse, der sozialen und politischen Organisation, sowie mit den früheren polnischen Abgeordneten stattfinden sollen, damit in den politischen Meinungen und Urteilen, welche von den Abgeordneten öffentlich zur Verkündigung gelangen, die tatsächliche Stimmung der polnischen öffentlichen Meinung zum Ausdruck komme und insolgedessen auch den polnischen Fraktionen der Vorwurf erspart bleibe, daß sie in keiner Fühlung mit dem polnischen Volke stehen.

Dieses Projekt wurde aber bis dahin nicht verwirklicht, und so ist alles noch beim alten geblieben. Die polnische Presse erfährt, wenn sie nicht zu allgeringerweise in persönlichen Beziehungen zu den polnischen Abgeordneten steht, nicht einmal die Motive der politischen Aktion der polnischen Fraktionen; sie erhält von diesen Fraktionen weder vertrauliche Mitteilungen, noch solche, welche sie veröffentlichen dürfte, obwohl die polnischen Fraktionen schon vor einigen Monaten auf vertraulichem Wege versprochen haben, daß die Sache sich für die Zukunft ändern werde. So haben gegenwärtig auch die politischen Kreise unseres Volkes nicht den geringsten Einfluß auf die Handlungsweise der polnischen Fraktionen, und wir sind auch überzeugt, daß dieser Zustand noch bis zu den nächsten Wahlen dauern wird, weil die jetzigen polnischen Fraktionen eine Fühlung mit diesen Kreisen überhaupt nicht wünschen. Aber wenn diese Fraktionen wirklich eine solche Fühlung nicht haben wollen, obwohl sie sie leicht erreichen können, und wenn sie deshalb Politik nur auf eigene Faust treiben, so mögen sie auch jetzt schon erfahren, daß der größere Teil des polnischen Volkes nicht mehr daran denkt, die Verantwortung für ihre Politik zu tragen.

Aus Nr. 276 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 1. Dezember 1916.

Die polnische Frage in Preußen.

Aus Anlaß der Interpellation der Konservativen und Liberalen im Landtage wurde die polnische Frage in Preußen zum Gegenstande der öffentlichen Diskussion — zunächst im Landtage, woselbst die Regierung, die deutschen und die polnischen Abgeordneten

ihre Meinung über sie äußerten — und dann in den Zeitungen.

Der allgemeine Eindruck aus dem Verlauf dieser Beratungen ist so, daß niemand von ihnen befriedigt ist. Recht hatten somit die, welche die Interpellation in diesem Augenblick für überflüssig hielten.

Aber die Interpellation war nun einmal da, und alle Interessierten äußerten ihre Meinung, wiewohl die Äußerung für alle nicht gerade leicht war. Der Krieg ist noch nicht zu Ende. Die durch ihn geschaffenen politischen Probleme befinden sich noch im Vorstadium, und das selbständige Königreich Polen beginnt sich erst zu organisieren.

Das war für die Polen, sofern sie durch die Interpellation zur Erklärung veranlaßt worden sind, eine Sache von großer Tragweite, in welcher Weise sie in dieser politischen Lage und in dem politischen Spiele der verschiedenen Faktoren ihre eigne Sache durch diese politischen Sümpfe ohne Gefahr für sie, aber mit Nutzen hindurchführen würden.

Wir sind der Meinung, daß die polnische Fraktion im Landtage nicht den richtigen Weg gefunden hat und daß sie mit ihrer Erklärung, bildlich gesagt, an alle Steine anstieß, die sie auf dem Wege fand — ohne daß es nötig war. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß die Erklärung der Fraktion sowohl auf deutscher wie nicht minder auf polnischer Seite auf eine schärferere oder gelindere Kritik stößt.

Die Grundlage, aus der die polnische Erklärung empor sproß, ist der politische Pessimismus, und die Taktik, welche sie diktierte, ist die Taktik der Negation. Es ist das derselbe Pessimismus und dieselbe Negation, welche die Worte und Taten der polnischen Fraktionen in Berlin in den letzten Jahren kennzeichneten.

Pessimismus bringt in keinerlei Umständen etwas zuwege, Negation führt zu nichts Positivem. Wie wir vor dem Kriege ihre Gegner waren, so sind wir es jetzt um so mehr. Die Fraktionen wissen es doch, daß die polnische Sache heute ein ganz anderes Aussehen hat als früher und daß gerade die polnischen Fraktionen in Berlin auf Grund der geschichtlichen Vorkommnisse eine andere Bedeutung haben können und daß sie auf die polnische Frage mit einem weit größerem Verantwortlichkeitsgefühl blicken sollten wie früher. Wenn also die Erklärung am Eingange sagt, „daß sich auf lange Zeit hinaus nicht nur die Schicksale des polnischen Volkes und sein Verhältnis zum deutschen Volke entscheiden“, so sagt sie nicht nur die Wahrheit, sondern sie weist auch gleichzeitig darauf hin, daß, wenn es so ist, die polnische Fraktion auf eine solche „Entscheidung“ einen solchen Einfluß ausüben sollte, daß aus ihm ein Nutzen entspränge nicht nur für den selbständigen polnischen Staat, sondern auch für den Teil des Volkes, der in Zukunft in Preußen verbleibt. Die nationale Pflicht gebietet der Fraktion, daran zu denken, daß sie ebenso um das neu erstehende Polen besorgt sein sollte wie um die Polen in Preußen. Diese beiden Sachen wirken aufeinander, und die Entwicklung der einen übt Einfluß aus auf die Regulierung der anderen.

Von diesem hohen Gesichtspunkte der Verantwortung hinsichtlich der polnischen Frage aus hätten weder die Rede des Ministers noch die Reden der Vertreter der deutschen Parteien die Fraktion aus dem Gleichgewicht bringen sollen. Wiewohl sie im besonderen Momente haben mochten, durch die die polnischen Abgeordneten gereizt werden konnten, so haben sie doch aber im allgemeinen alle Tendenzen für eine Verständigung enthalten. Sogar der liberale Abgeordnete sprach von der den Polen dargebotenen Hand.

Angeichts dieser Situation hätte man nicht in der Weise rühren sollen, welche den Funken der Zukunft in sich birgt, sondern man hätte eine Erklärung abgeben müssen, wie es die Notwendigkeit des gegenwärtigen Augenblicks verlangt. Wenn wir die Er-

klärung hätten abgeben müssen, dann würden wir sie wie folgt formuliert haben:

„Die großmütige Entscheidung der Monarchen und der Regierungen des Reiches und Österreich-Ungarns hinsichtlich der Schaffung des selbständigen polnischen Staates erfüllt uns mit herzlicher Freude und Dankbarkeit.

Die politische Vereinigung des zukünftigen polnischen Staates mit den Zentralmächten kann nicht ohne guten Erfolg auf das Verhältnis der preussischen Regierung zu uns Polen bleiben. Wir vertrauen, das die seitens der Regierung angekündigte neue Orientierung der preussischen Politik die Gesetze und Einrichtungen aus der Vergangenheit beseitigen wird, die gegen uns gerichtet waren und es uns möglich machen wird, unsere nationale Kultur zu pflegen deren Ziele dem Dasein des Staates in nichts hinderlich sind und auch nicht gefährlich sein können.

Wir vertrauen dem um so mehr, als wir die durch die Fraktionen von der Reichstagstribüne herab so vielfach abgegebenen Versicherungen der Treue gegen den Staat heute mit besonderem Nachdruck erneuern, und diejenigen, die an ihnen gezweifelt haben, auf unsere Soldaten hinweisen, die in den Schützengräben treue Dienste geleistet und in Verteidigung des Reichs auf dem Kampfplatze ihr Leben gelassen haben.

Die uns zum Frieden dargebotene Hand des deutschen Volkes nehmen wir gern an in der Hoffnung, daß sich dieses Verhältnis auf die beiderseitige Achtung der nationalen Eigenheit beider Völker stützen wird.

Diesen Standpunkt werden wir bewahren, wenn ihm auch nationalistische Bestrebungen in der einen oder der anderen Volksgesamtheit erschweren sollten, weil wir glauben, daß sich in diesen großen Zeiten die großen Ideen der Gerechtigkeit und Freiheit bei allen Völkern erneuern und beleben und schließlich über dem nationalen Egoismus den Sieg davontragen werden.“

Die Fraktion hätte also etwa eine solche Erklärung abgeben und sich auf sie beschränken müssen. Wenn sie so verfahren wäre, dann hätte sie viel für das Wohl des polnischen Staates und der polnischen Frage in Preußen getan.

Weil sie anders verfahren ist, so sind wir hier in Schlesien mit ihrer Erklärung nicht einverstanden, was wir ausdrücklich hervorheben. Wenn wir das tun, so meinen wir, daß wir tun, was sich gehört, „damit es dem Volke gut ginge.“

Aus Nr. 141 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 1. Dezember 1916.

Die „Gazeta Grudziadzka“ führt eine Äußerung des „Dziennik Berliński“ betreffend das Austrreten der polnischen Fraktion in der polnischen Frage im preussischen Landtage an und schreibt zu den Ausführungen dieses Blattes folgendes:

Soviel der „Dziennik Berliński“, dem ebenso wie uns die nicht allzu geschickte Politik unserer Abgeordneten augenscheinlich überdrüssig geworden ist. Sind denn aber unsere Abgeordneten fähig, aus dem, was geschehen ist, eine entsprechende Lehre zu ziehen? Wir zweifeln sehr daran und meinen im Gegenteil, daß unsere Abgeordneten mit Ausnahme nur weniger nicht fähig sind, eine vernunftgemäße Politik zu betreiben, weil sie die Einflüsse der nationaldemokratischen Partei davon abhalten. Von diesen Einflüssen der Nationaldemokratie vermochten sich unsere Abgeordneten während des ganzen Krieges nicht zu befreien. Deshalb haben wir auch keine große Hoffnung, daß sich die Sache jetzt ändern könnte.

An die Ausführungen des „Kraj“ in derselben Angelegenheit knüpft das Graudenzener Blatt die nachstehende Bemerkung:

Eine solche Meinung wird unzweifelhaft manch ein „verantwortlicher“ Politiker in Zukunft zu hören bekommen, sei es in Versammlungen, sei es privatim. Das Interesse des polnischen Volkes verlangt angespannte politische Arbeit, Vorbedachtsamkeit und Überlegung und keine Phrasen, welche nur Schaden bringen.

Aus Nr. 141 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 1. Dezember 1916.

Die Rede des Barons Zedlitz.

Herr Baron v. Zedlitz, freikonservativ (d. h. Mitglied der am meisten hakatistisch gesinnten Partei), blies etwa in dasselbe Horn, wie Herr v. Heydebrand. Teilweise haben wir ihm schon dadurch geantwortet, daß wir zu der Rede des Herrn v. Heydebrand das Wort genommen haben. Herr v. Zedlitz behauptete, die Deutschen unserer polnischen Landesteile seien aus Anlaß des Manifestes vom 5. November verletzt gewesen, sie fürchteten die sehr unangenehmen Folgen. Darauf kann man nur fragen: Was für Deutsche?

Denn auch wir wissen doch etwas davon! In den Kreisen der großen Mehrheit der vernünftigen Deutschen, die ebenso wie die gesamte polnische Bevölkerung Ruhe und Frieden haben wollen und denen die hakatistisch-alldeutsche Arbeit und auch die Politik der Regierung schon längst überdrüssig ist, herrschte und herrscht aus Anlaß der Verkündung der Unabhängigkeit Polens große Zufriedenheit. Alle haben sie verstanden, daß das nicht nur für Polen, nicht nur für die Polen von Vorteil ist, sondern daß dies vor allen Dingen von großem Vorteile für das deutsche Reich selbst sein kann. Alle haben sie begriffen, daß die Verkündung des unabhängigen Königreichs Polen schon deshalb eine Tatsache von weittragender Bedeutung auch für das Deutsche Reich ist, weil sie ihm für alle Zeiten einen sicheren und im Bedarfsfalle einen kampfstützigen Bundesgenossen gibt. Daß diese Manifeste wie ein Donnererschlag auf die Reihen der Alldeutschen und Hakatisten wirken, — das glauben wir gern.

Wir verstehen ihre Schmerzen. Die Hakatisten und Alldeutschen wissen, daß jetzt auch die antipolnische Politik im preussischen Staate ein Ende haben muß.

Das kann aber für die eine sehr unangenehme Sache sein, für die das Aufschlagen mit der Faust der Gipfel aller Klugheit im Regieren ist, und die sich in diese Politik so verliebt haben, daß es ihnen bei ihr sehr bequem war.

Daß sie sich davor fürchten, daß es mit dem bisherigen Verfahren mit den Polen zu Ende sein kann, — das hat der Herr Baron v. Zedlitz selbst verraten, indem er sagte, daß die Verteidigung des Deutschtums, wie sie bis jetzt gewesen, aufhören werde.

Wir haben, wie wir das wiederholt kundgetan, nichts dagegen, daß die Deutschen das Deutschtum verteidigen und unterstützen. Was ist denn aber die bisherige Verteidigung des Deutschtums gewesen?

Für die Sache einer Handvoll Übereiferer, für die Sache des kleinen hakatistisch-alldeutschen Lagers haben, man weiß nicht wofür und warum, 60 Millionen Deutsche unter Zuhilfenahme der Ausnahmegeetze, unter Zuhilfenahme der antipolnischen administrativen Praktiken, unter Zuhilfenahme der gesamten materiellen und kulturellen Macht des großen Volkes — gegen 4 Millionen Polen gekämpft, deren einziges Verbrechen war: die Liebe zu ihrer Muttersprache, zu ihren nationalen und religiösen Heiligtümern und für ihre nationale Ehre.

Und angesichts dessen erdreistet sich der Herr Baron, über den Schutz des Deutschtums zu sprechen! Es ist eine geradezu unerhörte Sache, daß der Herr Baron sich erdreistet, über die wirtschaftliche Bedrückung zu sprechen, der die Deutschen von Seiten der Polen ausgegesetzt sein sollen, und zwar schon seit Geschlechtern

trotzdem doch die ganze materielle und wirtschaftliche Macht des preußisch-deutschen Staates hinter ihnen steht und trotzdem doch unter den Polen die wirtschaftliche Entwicklung kaum begonnen hat.

In diesen Tagen sagte ein gewisser hoher deutscher Verwaltungsbeamter, daß Herr v. Zedlitz und Genossen die Verhältnisse in unseren polnischen Gebietsteilen garnicht kennen. Wir können dem Herrn v. Zedlitz das nur wiederholen. Wir wollen nicht annehmen, daß Herr v. Zedlitz an das nicht glauben sollte, was er gesagt hat. Wir sind auch überzeugt, daß die Deutschen, welche der Krieg in unsere Gebietsteile als Soldaten geführt hat, sich überzeugen werden, daß Herr v. Zedlitz Sachen gesprochen hat, die mit der Wirklichkeit nicht im Einklange stehen, wenn er auch an das, was er gesagt, glaubt. Auch sie werden dazu beitragen, daß die Regierung, die es ebenfalls verstanden hat, daß man auf dem Wege der antipolnischen Politik nicht weiter schreiten könne ohne Schaden für den Staat, nicht zurückschrecken wird vor solchen Stimmen, wie es die Reden des Barons von Zedlitz, v. Seydebrand, Friedberg und anderer waren. Dem Herrn Baron v. Zedlitz möchten wir anders antworten, wenn uns nicht der Grundsatz des Burgfriedens davon zurückhalten würde.

Wir sind außerordentlich verwundert, daß sich Herr v. Zedlitz nach solchen Ausführungen zu den folgenden Worten unter der Adresse unserer Brüder im Königreich Polen versteigen konnte:

„Die polnische Bevölkerung jenseits unserer Grenzen wird in diesen Tagen Gelegenheit haben zu zeigen, daß die Schaffung des national-polnischen und autonomen Staates die Verwirklichung der Wünsche der ganzen Bevölkerung ist, insbesondere dadurch, daß sie nach Möglichkeit und möglichst zahlreich zu den Waffen eilen und ihrerseits zur Erkämpfung der Unabhängigkeit beitragen wird.“

Meint denn Herr v. Zedlitz wirklich, daß er durch ein derartiges Auftreten beitragen wird zur Vermehrung der Begeisterung der polnischen Bevölkerung im Königreich Polen?

Herr Baron v. Zedlitz! Wenn jemand dafür bezahlt worden wäre, um diese Begeisterung künstlich abzufühlen, so könnte er das nicht erfolgreicher tun wie Ihr das selbst getan habt, Ihr Herren v. Zedlitz und Genossen. Wir nehmen nicht an, daß das absichtlich geschehen ist, um die Politik des Kanzlers zu durchkreuzen — nein! Aber wir bedauern, daß das geschehen ist, wir bedauern es sehr, denn auch wir wünschen sehr, daß eine große, freiwillige polnische Armee entsteht, welche die Welt an die früheren Wunder der Tapferkeit der polnischen Heere erinnern und ein erfolgreicher Schutz gegen den gemeinsamen Feind werden würde.

Zum Schlusse bemerkte Herr v. Zedlitz unter der Adresse der Polen des preußischen Gebietsteils gnädigst, daß man die antipolnischen Gesetze und Verordnungen werde ändern können, daß aber das von dem in diesem Kriege gesammelten Erfahrungen abhängen werde, daß das davon abhängen werde, wie sich die polnische Bevölkerung verhalten werde. Es ist schwer, sich davon eine Vorstellung zu machen, was Herr v. Zedlitz und ihm ähnliche Leute von der polnischen Bevölkerung wohl noch haben wollen.

Die polnische Bevölkerung hat keinerlei Verrat geübt und tut das auch nicht. Es gab nicht wenig Todesurteile, die aus Anlaß des Vaterlandsverrats usw. gefällt worden sind, aber nicht ein Urteil wurde an einem Polen, Katholiken des preußischen Staates vollzogen. Die Polen tragen ohne Ausnahme Opfer an Gut und Blut ebenso wie die Deutschen, wenngleich sie mit diesen nicht gleichberechtigt waren, wenn auch über ihren Häuptern die antipolnischen Gesetze und die antipolnischen Verwaltungspraktiken geschwebt haben. Herr v. Zedlitz, sollte das alles nicht Grund

genug sein, um dieses antipolnische Kehricht vor der Front des preußischen Staatsgebäudes wegzufegen, zu allernächst deshalb, weil es dieses Gebäude in den Augen der ganzen Welt verunstaltet, und ferner, weil es ein furchtbares Unrecht für das polnische Volk ist? Ist es wirklich richtig, jene Opfer von der polnischen Bevölkerung zu fordern und ihr als Bezahlung dafür Bedrückung zu bringen, sie mit Ausnahmegesetzen zu verfolgen?

Herr Baron v. Zedlitz, ist es recht, in der Zeit, in der die ganze Welt von den Losungen des Schutzes der kleinen Völker erklingt, so zu verfahren? Ist es nicht richtig, in dieser Zeit vor allen Dingen auch den Bürgern des preußischen Staates polnischer Nationalität, also den Bürgern des eigenen Staates — Gleichberechtigung zu geben, ihnen Freiheit zu gewähren zum Zwecke der Bewahrung des für sie so wertvollen Schatzes — ihrer Nationalität?

Die preußische Regierung hat es verstanden, daß es so sein müßte, daß die Führung der antipolnischen Politik weiterhin unmöglich ist, und sie hat durch den Mund des Ministers v. Loebell erklärt, daß sie in Zukunft der polnischen Bevölkerung gegenüber Wohlwollen zeigen werde.

Die polnische Bevölkerung hat diese Nachricht, obgleich sie nicht ganz klar ist, mit großer Befriedigung aufgenommen.

Warum wollt Ihr, Herr Baron v. Zedlitz und Genossen, der preußischen Regierung die Erfüllung der Versprechungen durchaus erschweren, ja sogar unmöglich machen? Was verlangt Ihr außer den Opfern, welche die Polen bringen, was verlangt Ihr außer der mustergültigen Erfüllung der bürgerlichen Pflichten denn noch mehr?

Herr Baron v. Zedlitz, reizt Euch, der Ihr doch wohl Eure nationale Ehre so sehr liebt, der Ihr doch wohl wißt, was der nationale Stolz bedeutet, dieser Stolz bei den Polen so sehr? Ihr wollt durchaus die Demütigung der Polen. Wenn es so ist, so sagen wir Euch heute schon, daß Ihr solches nicht erleben werdet.

Die Polen wollen Frieden haben mit der Regierung und mit ihnen Mitbürgern deutscher Nationalität. Niemals wollten sie mit ihnen im Kampfe stehen, sie haben gezwungen und ungern gekämpft; sie wollen weiterhin gewissenhaft ihre bürgerlichen Pflichten erfüllen; sie wollen alles tun, was sich mit ihrer nationalen Ehre vereinbaren läßt. Doch wißt, daß man sie zu Pulver zerreiben kann, aber ihre religiösen und nationalen Heiligtümer, ihre nationale Ehre werden sie niemandem abtreten. Die Polen werden sich niemandem gegenüber wie geschlagene Hunde benehmen! Und es wird gut sein, wenn damit in Zukunft auch die Herren v. Zedlitz und Genossen rechnen werden. Denn dann werden sie wenigstens in der Zeit des Krieges keine antipolnischen Anträge stellen, wie es der letzte im Landtage war; sie werden auch keine Diskussionen hervorrufen, welche den gemeinsamen polnisch-deutschen Interessen nur Schaden bringen können.

Möge uns Herr Baron v. Zedlitz glauben, daß die vernünftigen Deutschen, solche, die ihm politisch nahestehen, über seine und seiner Genossen unglücklichen Auftritte entrüstet waren. Wir haben Beweise dafür.

Wir hoffen auch, daß die Staatsregierung, die sich nicht nach den Herren Alldutschen und Hafatisten umjah und an die Lösung der großen internationalen polnischen Sache herantrat, und mit der Verkündigung des unabhängigen Königreichs Polen einverstanden war — es auch verstehen wird, das antipolnische „Kehricht“ vor der Front des Hauses des preußischen Staates wegzufegen. Das verlangt ihre eigene Ehre und das Interesse des Staates, sowie auch das gute Recht des polnischen Volkes. Wir hoffen, daß die Regierung den Widerstand dieser Herren durch eine

entsprechende Änderung des preussischen Landtagswahlrechts brechen wird, was übrigens ebenfalls zur Durchführung der neuen politischen Orientierung gehört.

Das polnische Volk wartet auf die Erfüllung des so oft gegebenen Versprechens. Es wartet darauf mit Vertrauen — wenn auch in Ungeduld.

Und welcher vernünftige und gerechte Mensch wollte sich darüber wundern?

Aus Nr. 144 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 3. Dezember 1916.

Die Rede des Herrn Dr. Friedberg.

Der dritte und letzte hakatistische alldeutsche Redner, Herr Dr. Friedberg, trug ein wenig zur Erheiterung des preussischen Abgeordnetenhauses bei. Er war darüber sehr entrüstet, daß die polnischen Abgeordneten lachten, als er die Versicherung gegeben hatte, daß seine Partei — für die Polen Wohlwollen habe.

Den polnischen Abgeordneten war es wohl gerade nicht sehr zum Lachen: doch es hielt schwer, sich das Lachen zu verhalten, als einer der Hauptführer des Haktismus seine Partei vor dem Vorwurfe des Mangels an Wohlwollen für die Polen zu schützen suchte.

Die Partei des Herrn Friedberg, nationalliberal und zur Genossenschaft der Konservativen und Freikonservativen gehörend, hat nicht nur alle antipolnischen Gesetze geschmiedet, sondern sie hat die Regierung unaufhörlich zu immer neuen Schlägen gedrängt.

Und diese nationalliberale Partei hat in Gemeinschaft mit den Konservativen und Freikonservativen den Antrag gestellt, der im preussischen Landtage diese unangenehmen Auseinandersetzungen hervorrief. Die Ursache dieses Antrages war alles andere, nur nicht das Wohlwollen für die Polen.

Herr Dr. Friedberg war auch darüber sehr entrüstet, daß die polnischen Abgeordneten das eine Provokation oder eine absichtliche Reizung der polnischen Seele nannten, daß man sie in jenem Antrage polnisch sprechende Preußen nannte, anstatt sie Bürger des preussischen Staates polnischer Nationalität zu nennen. Herr Dr. Friedberg hat sich zu Unrecht darüber entristet.

Wenn Minister v. Loebell es vermied, die Polen polnisch sprechende Preußen zu nennen und stets von Bürgern des preussischen Staates polnischer Nationalität sprach, so hätten wohl die Herren Antragsteller ebenso verfahren können. Weil die polnischen Abgeordneten die feindliche Gesinnung der Haktisten und Alldeutschen aus Erfahrung kennen, so mußten sie annehmen, daß es ihnen drum zu tun gewesen ist, den Polen im preussischen Teilgebiete streitig zu machen, daß sie Polen sind. Und das mußte die Polen sehr reizen, denn es ist bekannt, daß infolge der Leiden und der Unglücke, welche die Polen durchzumachen hatten, es wohl kein anderes Volk auf der Welt gibt, das seine Nationalität so sehr lieben würde wie die Polen. Denn jedes Kind liebt doch schließlich seine Mutter um so mehr, je unglücklicher sie ist. Das wissen die Herren Antragsteller doch wohl selbst recht gut. Sie hätten also, wenn sie die Polen Preußen nennen, sich so ausdrücken sollen, daß es jeder hätte verstehen können, daß es sich um eine staatsrechtliche Auffassung um die Zugehörigkeit zum preussischen Staate handele. Denn die Herren Antragsteller würden sicherlich auch nicht damit zufrieden sein, wenn man die Deutschen im Königreich Polen — Polen nennen würde. Und lassen sich denn der Bayer, Württemberger, Sachse oder Badenser auch Preußen nennen? Die Bayern,

Sachsen usw. und die Preußen, das sind deutsche Stämme. Niemand wird doch den Bayern, Sachsen usw. die deutsche Nationalität rauben, wenn er sie Preußen nennt.

Eine ganz andere Sache ist es, wenn man den Polen in nationaler Hinsicht zu den Preußen zählt. Denn ihm nimmt man die Nationalität, man spricht ihm das Polentum ab, das er über alles liebt. So fällt es zum Beispiel dem Russen nicht ein, den Polen oder Finnländer einen Russen zu nennen, und dem Engländer wird es nicht in den Sinn kommen, den Irländer einen Engländer zu nennen. Mögen daher die Herren Haktisten und Alldeutschen sich nicht mit solchen Sachen einlassen.

Die Polen sind Bürger des preussischen Staates und erfüllen gewissenhaft ihre Pflicht. So war es in der Zeit des Friedens, so ist es jetzt in Kriege. Und damit sollte auch Herr Dr. Friedberg bei gutem Willen einverstanden sein. Wir können doch nicht annehmen, daß man von den Polen unmögliche Sachen verlangen, daß man ihnen ihre nationale Ehre rauben will, um nachher, wenn sie unmögliche Sachen nicht erfüllen, wenn sie sich nicht demütigen lassen und wenn sie auf ihre nationale Ehre nicht verzichten wollen, — sagen zu können: Da habt Ihr die Polen, da hast Du, Kanzler, die Polen, sie sind nicht wert, daß die antipolnischen Gesetze und das ganze antipolnische System in die Rumpfkammer geworfen wird. Im Gegenteil, es sind noch viel mehr antipolnische Ausnahme Gesetze notwendig, los auf die Polen mit der eisernen Faust.

Wir wollen nicht annehmen, daß es dem Herrn Dr. Friedberg darum geht, denn auch er erklärt, daß auch seine Partei auf Grund der Erfahrungen im gegenwärtigen Kriege bereit sei, in Betracht zu ziehen, wie weit die einzelnen antipolnischen Gesetze eine Änderung erfahren könnten. Möge uns Herr Dr. Friedberg glauben, daß unter seinen Landsleuten, ja sogar unter seinen politischen Anhängern, unter solchen, denen es scheint, daß sie alles am besten wüßten, sich solche befinden, die da sagen, daß dies alles nur ein Gerede während des Krieges sei und daß es nach dem Kriege den Polen nicht nur nicht besser, sondern schlimmer gehen werde. Man hat sogar in den alldeutschen und hakatistischen Blättern gefordert, die antipolnische Politik nach dem Kriege noch zu verschärfen. Was Wunder, daß die Polen dem mit Mißtrauen begegnen, was Herr Dr. Friedberg und seine Genossen sagen und daß deshalb ihnen gegenüber in der ganzen polnischen Volksgesamtheit großes Mißtrauen herrscht. Der Antrag der alldeutschen hakatistischen Partei konnte dieses Mißtrauen nur noch vergrößern. Herr Dr. Friedberg sagte mit Recht, daß nach der Verkündigung der Selbstständigkeit des Königreichs Polen mehr Aufmerksamkeit auf beiden Seiten erforderlich sei, d. h. auf der polnischen wie auch auf der deutschen Seite. Und das bedeutet, daß die Polen und Deutschen auf sich achten sollten, um durch unüberlegte Worte und Taten der Sache ihres Volkes nicht zu schaden. Das ist eine große Wahrheit! Aber der hakatistisch-alldeutsche Antrag zeugt keineswegs von dieser gesteigerten Aufmerksamkeit dieser Herren. Auch er hat der deutschen Sache und nicht minder der polnischen sehr geschadet.

Wenn Herr Dr. Friedberg sagt, daß die Rede des polnischen Abgeordneten deutlich gezeigt habe, daß sein und der Antrag seiner Genossen durchaus notwendig gewesen sei, so ist auch diese Behauptung nicht berechtigt. Nur durch eine falsche Auffassung der Rede des polnischen Abgeordneten konnte Herr Dr. Friedberg zu einer solchen Auffassung gelangen. Wir müssen allerdings zugeben, daß die Deutschen diese Rede sehr leicht falsch auffassen konnten, weil sie unklar und in der Form nicht entsprechend, im

allgemeinen unzulänglich war, wie wir das gleich nach den Beratungen gesagt haben.

Möge Herr Dr. Friedberg auch überzeugt sein, daß das ganze polnische Volk in der Verkündung der Unabhängigkeit des Königreichs Polen eine große historische Tat erblickt. Wenn das der Vertreter der Polen nicht genügend zum Ausdruck gebracht hat, so ist doch das nicht die Schuld der polnischen Volksgesamtheit im preussischen Teilgebiete. Gerade die frühere Politik des Herrn Dr. Friedberg und seiner Genossen hat es zuwege gebracht, daß die nicht zahlreiche nationaldemokratische Partei ihre Einflüsse in den polnischen Fraktionen im Reichstage und im Landtage geltend gemacht hat, so daß heute die Politik der Mehrheit dieser Fraktionen nicht der Ausdruck des Willens der polnischen Volksgesamtheit ist, am allerwenigsten aber der Ausdruck — des polnischen Volkes. Denn auch das Volk wünscht Verstandespolitik und nicht eine Politik der Empfindungen und der Klagen zu führen, dann, wenn die Zeit nicht dazu angetan ist, wenn sich die Zeiten vollständig geändert haben.

Man muß schließlich verstehen, daß die großen Sachen, die in den letzten Zeiten geschehen, eingetreten sind entgegen dem Vorherrschen der Mehrheit unserer Abgeordnetenfraktionen und ohne ihr Zutun. Und das reicht für die nationaldemokratische Mehrheit in diesen Fraktionen aus, um sich aus diesem Anlaß aufzuregen und zu erbittern.

Wir verstehen, daß Herr Dr. Friedberg und Genossen den Wunsch hegen, ihrem Staate zu dienen und daß sie um das Wohl ihres Vaterlandes besorgt sind. Und das versteht das polnische Volk, wie Herr Dr. Friedberg wünscht, auf beiden Seiten der preussischen Grenzen sicherlich auch. Und gerade das Wohl des preussischen Staates und sein Interesse verlangen es, daß das antipolnische System beseitigt wird. Dem Interesse des preussischen Staates und seinem Wohle steht der Antrag des Herrn Dr. Friedberg und seiner Genossen entgegen, denn dieser Antrag müßte das polnische Volk auf beiden Seiten der Grenze unnötig und in hohem Maße reizen.

Wir hoffen, daß aus den unangenehmen Landtagsverhandlungen die Herren Dr. Friedberg und seine Genossen die Lehre ziehen werden, daß es besser ist, sich von solchen Anträgen fernzuhalten — und in solchem Falle werden die letzten Landtagsberatungen sowohl der polnischen wie der deutschen Sache wenigstens in Zukunft Nutzen bringen.

Zum Schlusse möchten wir noch betonen, daß sich in den Polen des preussischen Teilgebietes trotz aller Befürchtungen immer mehr die Überzeugung festigt, daß die preussische Regierung, die nun einmal erkannt hat, daß das Interesse des Staates die Beseitigung des antipolnischen Systems erfordert, darum bemüht sein wird, daß trotz der Herren Heydebrand, Jedlitz und Friedberg und trotz aller Hakatisten und Alldeutschen die berechtigten Forderungen der Polen erfüllt werden können. Auch die Polen beginnen zu begreifen, daß angesichts des Widerstandes der alldeutschen hakatistischen Partei sich diese Sache nicht so ohne weiteres glatt durchführen läßt.

Deshalb kann auch die Verantwortung für einen solchen Stand der Sache in den Augen der Polen weniger auf die Regierung als auf die alldeutschen hakatistischen Parteien fallen.

Aus Nr. 141 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 3. Dezember 1916.

Wiederum die Hakatisten.

Es wäre wohl anzunehmen, daß im gegenwärtigen Kriege schon alle Völker sowie alle politischen Gruppen

und Parteien unter ihnen die Überzeugung hätten gewinnen müssen, daß der nationale Egoismus auf keinen Fall ein guter Ratgeber sei und daß man bei der Wahrung seiner eigenen Interessen immer und überall auch die Interessen anderer zu berücksichtigen habe. Der Krieg hat nämlich gezeigt, daß, wenn man den Bogen des nationalen Egoismus, welcher allgemein den Namen des Nationalismus trägt, überspannt, die verschiedensten Komplikationen entstehen, infolge deren nicht nur diejenigen, welche dem nationalen Haß anheimfallen, sondern auch diejenigen, welche diesen Haß schüren, Schaden erleiden.

Das sehen heute jedoch leider noch nicht alle ein. Es gibt nämlich in dieser Hinsicht auch jetzt noch verblendete und unverbesserliche Menschen, sowohl im Auslande, als auch bei uns, in unserem eigenen Lande, und zu diesen gehören auch vor allem die verschiedenen Anhänger des Vereins für die östlichen Grenzmarken, welche unter der Firma „Ostmarkenverein“ arbeiten.

Diesen Menschen genügen offenbar die gegenwärtigen Kämpfe an allen Fronten noch nicht, und deswegen möchten sie auch den Kampf im Innern des Reiches und vor allem in dem Posener Lande erneuern.

Symptome dieses Kampfes machen sich auch schon besonders in der letzten Zeit bemerkbar, und wenn sie auch nur vereinzelt auftreten, so bilden sie doch, wenn man sie miteinander zusammenstellt, ein Ganzes. So wird jetzt der Antrag Heydebrand von zwei hakatistischen Stimmen, von denen die eine ihm vorangegangen war und die andere sich jetzt meldet, näher beleuchtet, und er gewinnt durch diese Beleuchtung an Klarheit und Deutlichkeit. Die erste dieser Stimmen ließ sich in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ vernehmen, als dieselben folgenden Vorschlag machten: „Den Polen in Preußen soll man ihr Land abkaufen und ihnen dann die Auswanderung nach dem Königreich Polen, wo sie sich ankaufen mögen, erleichtern.“ Dem Danziger Hakatisten gab schon der Verfasser eines Artikels (v. R.), welcher einige Tage später in den „Posener Neuesten Nachrichten“ erschienen war und, wie die Redaktion dieses Blattes schrieb, aus polnischen Kreisen stammte, die richtige Antwort, indem er ihn belehrt, daß die Polen in dem preussischen Teilgebiet an ihrem Boden, welcher von Blut und Schweiß ihrer Vorfahren durchtränkt ist, mit ihrem ganzen Herzen hängen und daß sie ihn niemals verlassen werden.

Jetzt bringen wiederum die „Harz-Zeitung“ und mit ihr zugleich die Provinzblätter gleichsam als Fortsetzung jenes Danziger Elaborats folgende, von uns bereits in Nr. 137 der „Gazeta Narodowa“ veröffentlichte Nachricht: „Der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins wird auf Veranlassung seiner Gruppe in Blankenburg an den Reichskanzler den Antrag stellen, daß bei der Gründung des polnischen Reiches die eroberten russischen Staatsgüter für die Ansiedlung der Polen aus Preußen reserviert werden.“

Es kann sich hier natürlich wiederum nur um diejenigen Polen handeln, welchen die Regierung nach dem Vorschlage der „Danziger Neuesten Nachrichten“ ihre Güter abkaufen soll, denn anders ließe sich die Besorgtheit des Ostmarkenvereins um die Polen überhaupt nicht erklären.

Der Ostmarkenverein übersieht hier aber augenscheinlich vor allem den rechtlichen Standpunkt der Sache. Er vergißt, daß über die Staatsgüter, welche innerhalb der Grenzen des Königreichs Polen liegen, jetzt nur die polnische Staatsgewalt, welche an Stelle der russischen getreten ist, verfügen könnte. — Der Ostmarkenverein scheint aber seiner Sache schon so sicher zu sein, daß er auch daran nicht zweifelt, daß eine Möglichkeit, die Polen aus Preußen los zu werden,

ihr Land in Besitz zu nehmen und sie nach dem Königreich Polen auswandern zu lassen, sich finden werde.

Wie soll nun das geschehen?

Glauben etwa die Haktisten, daß die Polen in Preußen sich durch einen hohen Bodenpreis werden verlocken lassen und um einen solchen Preis ihr eigenes Land verschachern werden, um sich dann billig im Königreich Polen anzukaufen?

Wir würden annehmen, daß jeder, der auch nur oberflächlich die gegenwärtige Stimmung unter den Polen kennt, eigentlich wissen müßte, wie jeder ehrliche Pole heute über derartige „gute Geschäfte“ denkt. Vor dreißig Jahren, als das Gesetz, durch welches die Ansiedelungskommission geschaffen wurde, ins Leben trat, gab es allerdings noch Polen, welche so wenig nationales Selbstbewußtsein hatten, daß sie ihr Land veräußerten und es in fremde Hände auslieferten. Aber diese Zeiten sind unwiderruflich vorüber, und es kann jetzt weder in der äußeren noch in der inneren Politik eine Kombination eintreten, welche solche Zeiten zurückzurufen imstande wäre.

Während der langen Jahre eines Kampfes, welchen wir nicht heraufbeschworen haben, haben wir nämlich unsern Boden von neuem erkämpft. So ist der Boden, der heute noch im polnischen Besitz geblieben ist, ein Produkt rastloser Arbeit und gewaltiger Kraftanstrengung der letzten Jahrzehnte. Und nicht durch die Macht der Verhältnisse allein ist diese Basis unserer nationalen Existenz in unseren Händen weiter geblieben. Im Gegenteil, die ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen, welche gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts zu einer Umgestaltung der ganzen landwirtschaftlichen Technik und zum Suchen neuer Wege unter einem gewaltigen Aufgebot intellektueller und finanzieller Kräfte zwangen, drohten uns diese Basis jeden Augenblick wieder zu entreißen. So hätte in dieser Zeit fast jeder Landwirt sein Gut am liebsten verkauft, um sich der mühevollen und jahrelang ergebnislosen Arbeit zu entledigen, wenn ihm sein Pflichtgefühl nicht geboten hätte, um jeden Preis noch auszuharren. Leider haben nicht alle polnischen Landwirte damals durchgehalten. Gar mancher ist gefallen und hat sein Gut so in der Weise verkauft, wie es der Ostmarkenverein haben wollte.

Diejenigen aber, welche durchgehalten haben, bilden jetzt schon ein wohlgeordnetes, bedächtiges und erfahrenes Korps, welches durch eine in guten Grundsätzen erzogene Jugend ergänzt wird. Und da mögen sich unsere Gegner keinen eiteln Hoffnungen hingeben, sie mögen uns nicht mit guten Geschäften, die sie im Königreich Polen uns vorschlagen, in Versuchung führen. Derjenige welcher den Polen einen solchen Schacher zumutet, kennt die Polen von heute nicht. Wir Polen wünschen nämlich auch jetzt noch den Frieden, wir wollen mit unseren deutschen Mitbürgern in Eintracht leben und mit ihnen zusammen an gemeinsamen Aufgaben arbeiten. Aber gerade deswegen, weil wir uns nach einem solchen Frieden sehnen, erklären wir allen denjenigen, welche ihn mit verschiedenen Anträgen und Vorschlägen von neuem zu trüben suchen, daß ihre Bemühungen vergeblich sind und daß unsere Volksgemeinschaft in allen Zeiten unerschütterlich an ihrem Besitzstand festhalten wird. Das polnische Volk wird jetzt einen Selbstmord nicht begehen, und diesem wäre doch die Veräußerung des eigenen Bodens gleichzustellen.

Übrigens sind wir auch Katholiken, und als solche wollen wir nicht dazu beitragen, daß unsere Kirchen dereinst leer stehen. Unsere Nationalität also und unsere Religion gebietet uns, wie sonst immer, so auch in diesem Falle dasselbe.

Da wir also unseren Boden selbst nicht verkaufen werden, so müßte derjenige, welcher sich uns um jeden

Preis vom Halbe schaffen möchte, höchstens nur noch zur Enteignung die Zuflucht nehmen. Was aber eine solche in ethischer, politischer und als Präzedenz auch in sozialer Hinsicht zu bedeuten hat, darüber haben sich schon im Herrenhause während der Debatte über das Enteignungsprojekt sogar Konservative vom reinsten Wasser, wie der Graf Mirbach, der Graf Schulenburg und der große Feldmarschall Häfeler im höchsten Grade mißbilligend geäußert.

Diese Äußerungen, sowohl die damaligen als auch die späteren Reden des Zentrums, mögen sich also die Herren Haktisten durchlesen, und da werden sie vielleicht gar manches lernen, was für sie von Nutzen wäre. Sie mögen auch noch vom rechtlichen Gesichtspunkt aus erwägen, ob es klug sei, mit dem Begriff des Eigentums und der Ansiedelungsfreiheit zu spielen und beide Begriffe nach den momentanen Anforderungen einer politischen Doktrin zuzustutzen. Ein fortwährendes Untergraben rechtlicher Grundlagen, welche konstitutionell garantiert sind, könnte doch sehr unerwünschte Folgen haben. Unser Volk hat übrigens schon gezeigt, daß es sich nicht beugen läßt und daß es selbst unter der Last solcher Projekte nicht zusammenbricht, welche der Ostmarkenverein zum Teil auch in der Form von Gesetzen gegen uns bereits in Anwendung gebracht hat. So werden wir uns aus unserem bisherigen Gleichgewicht auch fernerhin durch ähnliche neue Vorschläge nicht bringen lassen. Im übrigen sind wir überzeugt, daß auch die Regierung derartigen Vorschlägen ihre Unterstützung versagen wird, weil sie sich von der Zwecklosigkeit der haktistischen Politik bereits überzeugt hat und jetzt Frieden im Lande haben will.

Wir fürchten jedoch, daß dieser Wunsch der Regierung noch so lange nicht in Erfüllung gehen wird, als die Agitation anhält, welche den Zweck verfolgt, die polnischen Katholiken außerhalb der allen Bürgern der preussischen Monarchie konstitutionell garantierten Gesetze zu stellen.

Aus Nr. 164 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 2. Dezember 1916.

Zu dem Artikel „**Nur im Prinzip**“ in Nr. 549 des „**P o j . T a g e b l .**“ schreibt der „Kraj“:

„Es ist gut, daß das „Tageblatt“ den letzten Satz nicht ausgelassen hat, denn man könnte annehmen, daß Preußen die durch nichts aufzuhaltende Vernichtung drohe. Als der Antrag der Herren v. Heydebrand u. Gen. auftauchte, da war den Kennern der Psychik und der Taktik der unter dem Zeichen des „**P o j . T a g e b l .**“ stehenden Leute bekannt, daß die idealste Haltung der Landtagsfraktion diese Kreise nicht befriedigen werde. Die „polnische, französische und dänische Gefahr“, das ist die unumgänglich notwendige Luft für ihre politischen Lungen. Das ist genau dieselbe Erscheinung, auf die wir bei unseren Nationaldemokraten und Allpolen stoßen, die man sogar mit einem Polen vom Meer zu Meer nicht befriedigen kann, da sie alsdann nach einer Flotte, Kolonien usw. rufen würden. Eine sachliche Auseinandersetzung mit Leuten dieses Zuschnitts ist unmöglich. Unablässiges Reinsagen ist ihr Programm; ohne das würde ihr Programm, wie sie selbst wissen, in nichts verwehen. Einen Begriff — eine Lösung — ersetzen sie durch andere, die für eine gewisse Zeit ausreichen, um aufzureizen, Mißverständnisse zu säen und Nutzen zu ziehen.

Die „polnische Gefahr“ ist durch die Kriegsereignisse und den Allerhöchsten Entschluß beseitigt. Wenn man also als die einzigen Stützen von Thron und Altar gelten will, so darf man nicht mit dem bisherigen lauten Geschrei diese Gefahr verkünden. Wozu sind denn aber andere Begriffe da? Die menschliche Sprache ist überreich daran, und sie setzt einen tüchtigen Kopf niemals in Verlegenheit. Es wurde also schnell ein

neuer Begriff, die „polnische Irredenta“ geschnitten, und die Welt, welche bis jetzt von der „polnischen Gefahr“ voll war, wird jetzt ein Schimpfen über die polnische Irredenta hören.

Die riesige Mehrheit der polnischen Volksgemeinschaft bedauert — wofür die Stimmen der am meisten gelesenen Zeitungen ein Beweis sind, die unglückselige Stellung, welche unsere Vertreterschaft bei den Landtagsberatungen über den Antrag v. Heydebrand eingenommen hat. Diese Stellung entspricht nicht den Anschauungen und Ansichten dieser Mehrheit, denn diese wünscht sich nicht einen endlosen Kampf. Die polnische Volksgemeinschaft wünscht das Schwert des vernichtenden Kampfes mit dem Pfluge der produktiven Arbeit zum eigenen Wohle und zum Wohle der Menschheit zu vertauschen. In diesem Entschluß wird sie ausharren und sich durch das Auftreten des „Pos. Tagebl.“ jedenfalls nicht beunruhigen lassen, indem sie der angefordigten neuen Orientation mehr Bedeutung zuschreibt.

Aus Nr. 165 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 3. Dezember 1916.

Zu der Abhandlung des Geheimen Legationsrats v. Buchka im „Tag“, in Sachen der **Polendebatte im Landtag** bemerkt das Blatt:

„Diese neue Auslassung in der Angelegenheit der Landtagsdiskussion bestätigt das, was wir geschrieben haben und namentlich, daß die Verhandlungen des Landtags eine Quelle zahlreicher Mißverständnisse geworden sind. Dr. v. Buchka liest aus der Erklärung etwas heraus, was sie nicht enthielt, besonders wenn er von der polnischen Irredenta schreibt. Berechtigt ist aber seine Annahme, daß den von der polnischen Fraktion eingenommenen Standpunkt die Allgemeinheit der polnischen Volksgemeinschaft nicht teile. Diese Angelegenheit haben wir schon ausreichend besprochen.“

Aus Nr. 145 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 2. Dezember 1916.

Eine bezeichnende Ansicht.

„Niemand hat das Recht, nach seinem Belieben und einzig in seinem eigenen Interesse zu leben“.

Niemand hat hierzu in den Augenblicken das Recht, in denen ein Kampf um Tod oder Leben tobt, in denen es sich um das Bestehen der Nation handelt. Mit voller Überzeugung wiederholen wir die obigen Worte, welche in der Mittwochssitzung des deutschen Reichstags niemand anders als der uns gut bekannte Führer der Konservativen, Graf Westarp ausgesprochen hat. Den Inhalt dieser Ansichten unterstützten mit Ausnahme der Vertreter der extremen Sozialisten alle Redner mit ihren Ausführungen. Und wer die Sachen objektiv, unparteiisch und gerecht betrachtet, muß vor der moralischen Größe, die in einer solchen Ansicht, wie in der obigen steckt, die Stirn neigen.

Wir erkennen die Größe völlig an. Wir erkennen an, daß die Mittwochssitzung des deutschen Reichstages die Bekundung der inneren Stärke war, die in Deutschland steckt.

Wir wünschen jedoch, daß gleichfalls die Freunde des Grafen Westarp, namentlich der bekannte „ungekrönte preußische König“, Herr v. Heydebrand, welcher vor kurzem im Landtage die berühmte Resolution betreffend die polnische Sache begründete, ein solches Verständnis gegenüber uns Polen bezeugen möchten.

Es drängt sich uns ein Vergleich zwischen dem Kampfe, den die Deutschen in diesem Kriege führen, mit dem Kampfe auf, den wir zu kämpfen gezwungen waren. Der Kampf Deutschlands dauert seit zwei Jahren, unser Kampf dauert rund ein ganzes Jahr-

hundert. Deutschland ist vom Fuß bis zum Kopfe bewaffnet, wir besitzen außer der moralischen Kraft, über die auch Deutschland verfügt, nichts. Das sind die Unterschiede. Die Ähnlichkeit beruht darin, daß auch wir gegen eine Übermacht auf allen Fronten kämpfen mußten, da uns von allen Seiten her die Gefahr der nationalen Vernichtung bedrohte.

In unserem Kampfe um die Existenz ließ die moralische Kraft, unsere Überzeugung, daß „niemand das Recht hat, nach seinem eigenen Belieben und einzig in seinem eigenen Interesse zu leben“, wenn es sich um die Existenz der Nation handelt, uns nicht zu Falle kommen. Aus dieser berechtigten Ansicht wurden solche Losungen, wie „Unterstützt die Landsleute“ geboren; aus dieser Ansicht floß die Quelle unserer ganzen Aufopferung. Es duldeten also die Warschauer Kinder, die Jugend ging in die Gefängnisse, wir zahlten Strafen und ertrugen soviel Unannehmlichkeiten nicht deswegen, weil das uns Vergnügen bereitet hätte, ebenso wie den Deutschen die Aufhebung der bürgerlichen Freiheit durch die Einführung des „Nationalen Hilfsdienstes“ kein Vergnügen bereitet, sondern deswegen, weil, wenn es sich um die Existenz der Nation handelt, „niemand das Recht hat, nach seinem eigenen Belieben und einzig in seinem eigenen Interesse zu leben“.

Der Leiter des neuen Kriegsammtes, General Groener, nannte das Gesetz betreffend den „Nationalen Hilfsdienst“ ein „moralisches Gesetz“, indem er sich dagegen verwahrte, daß es ein „Zwangsgesetz“ sei.

Indem wir unsere nationale Existenz verteidigen, die durch das vor dem Kriege befolgte antipolnische System bedroht wurde, mit dem die Herren v. Westarp, v. Heydebrand, Friedberg und wie sie alle heißen mögen, nicht brechen wollen, stützen wir uns gleichfalls nur auf das moralische Recht, das sie uns absprechen.

Der gegenwärtige Krieg lehrt blutig und schmerzlich die moralischen Rechte. Er bringt immer mehr moralische Kräfte nach oben und lehrt sie ehren. Wir wünschen sehr, daß Graf Westarp und seine Freunde, welche die Bestrebungen des Kanzlers v. Bethmann-Hollweg bekämpfen, lernen möchten, auch unsere moralischen Kräfte zu schätzen, daß auch sie endlich zu der Überzeugung gelangen möchten, daß diese Kräfte immer stärker bleiben werden, als alle die künstlich geschaffenen Normen der staatlichen Ethik, welche die nationale Minderheit zu vernichten gebieten. Wenn diese Wertschätzung sich in den Kreisen nach oben durchdringen wird, die uns bis jetzt ohne Wahl der Mittel bekämpfen, dann werden wir nicht weit von der Möglichkeit einer aufrichtigen deutsch-polnischen Verständigung entfernt sein, — und nicht weniger von einer allgemeinen Verständigung aller Völker.

Das betrachten wir für den größten und edelsten Zweck dieses Krieges. Wenn er erreicht werden wird, dann wird man sagen können, daß die Ströme Blutes der Völker nicht umsonst geflossen seien.

Aus Nr. 167 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 6. November 1916.

Das Wort eines Polenfreundes.

In der politischen Literatur des neuzeitlichen Deutschlands nehmen zweifellos eine beachtenswerte Stelle die Veröffentlichungen des Prof. Hans Delbrück, eines vorzüglichen Historikers und Herausgebers der politisch-wissenschaftlichen Zeitschrift „Preussische Jahrbücher“ ein. Eine ausnahmsweise Kenntnis der Geschichte, Nüchternheit und Klarheit des Urteils und tiefe politische Kultur, das sind die charakteristischen Merkmale der Werke des gelehrten Professors, dank welcher Eigenschaften er sich der Anerkennung und Verehrung der Presse und der politischen Kreise aller Schattierungen erfreut.

Dem deutschen Publikum ist Prof. Delbrück hauptsächlich als Biograph und Kommentator Bismarcks bekannt. Wir Polen betrachten seine Tätigkeit unter einem anderen Gesichtswinkel. Für uns ist er vor allem seit dreißig Jahren einer der treuesten Freunde und Verteidiger unserer Sache. Prof. Delbrück betrachtet natürlich alle deutsch-polnischen Streitigkeiten immer vom rein deutschen Standpunkte aus. Aber eine bei einem Ausländer staunenerregende Kenntnis sowohl unserer geschichtlichen Vergangenheit, als auch der gegenwärtigen Existenzbedingungen unserer Nation macht ihn zu einem unparteiischen Richter geeignet, der niemals die geschichtliche Wahrheit zugunsten dieser oder jener politischen Richtung verzerrt. Und wo diese Unparteilichkeit ihm irgend gestattete, unserer Sache seine Sympathie zu zeigen, da tat er dies deutlich und ohne Hehl.

Wir erinnern uns alle, wie offen Prof. Delbrück u. a. in seinem Vorwort zu der bekannten Broschüre des Herrn Stanislaus v. Turno das Enteignungsprojekt und überhaupt das ganze System der antipolnischen Gesetzgebung bekämpft hat. Es hat uns also nicht verwundert, als wir im Laufe der letzten Wochen in den Spalten der Presse zweimal — einmal in der Wiener Zeitschrift „Polen“, das zweite Mal in dem Berliner „Tag“ — auf Auslassungen dieses hervorragenden Gelehrten stießen, der die Wiedererweckung des polnischen Staates mit Anerkennung und Freude begrüßte. Heute liegt wieder ein Artikel von ihm in derselben Sache vor, nämlich ein Auszug aus jener politischen Korrespondenz in den „Preussischen Jahrbüchern“, der um so interessanter ist, als er schon nach jener — leider — denkwürdigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses verfaßt wurde. (Es folgt eine Skizze des einschlägigen Delbrück-Artikels; dann heißt es weiter:)

Mit der Aufforderung zur Eintracht und zum beiderseitigen Vertrauen schließt Prof. Delbrück seine Ausführungen. Wir können nur noch hinzufügen, daß, wenn es auf beiden Seiten mehr so kluge und unparteiisch denkende Leute gäbe, die Verhältnisse in unserem Teilgebiet sich vielleicht schneller bessern könnten, als Prof. Delbrück annimmt. Das gebe Gott!

Aus Nr. 141 der Gazeta Grudziadzka (Gräudenz)
vom 1. Dezember 1916.

Das Projekt für das Gesetz über die allgemeine Zivildienstpflicht ist vom Hauptausschuß bereits an den Reichstag gelangt. Wir haben die Beratungen im Hauptausschuß sehr eifrig verfolgt, aber nicht bemerkt, daß einer von den polnischen Abgeordneten daselbst das Wort genommen hätte. Und doch ist das ein ungeheuer wichtiges Gesetz und seine Bedingung sollte sein: die allgemeine Gleichberechtigung. Die Arbeit in den Ausschüssen ist die allerwichtigste Sache.

Aus Nr. 181 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 20. November 1916.

Die „Gazeta Opolska“ gibt einen Artikel der „Gazeta Narodowa“ aus Posen unter dem Titel „Polen — gegen die Unabhängigkeit Polens“ wieder und bemerkt ihrerseits dazu folgendes:

Soviel die „Gazeta Narodowa“. Das ist ein Blatt, das durchaus nicht „in Diensten der Regierung“ steht, wie das unsere kleinen Hausewicz, Dmowski usw. darstellen möchten, sondern es ist eine aufrichtig polnische nationale Zeitung, die durch patriotisch geklünnte polnische Bürger im Großherzogtum Posen herausgegeben wird, zu denen z. B. der uns durch seine Rechlichkeit und durch seine für die polnische Sache begeisterte Arbeit bekannte Kammerherr v. Jackowski, Besitzer von Bronczyn bei Posen, Sohn des verdienten verstorbenen Patrons der Bauernvereine Maximilian v. Jackowski, gehört.

Die obigen Ausführungen muß jeder für richtig halten, der die russischen Praktiken gegenüber den anderen Völkern kennt, insbesondere gegenüber dem polnischen Volke und wäre es auch nur aus den beiden letzten verflochtenen Jahren des jetzigen Krieges, nicht zu reden von den langen, blutigen Geschehnissen vor dem Kriege.

Aus Nr. 139 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 2. Dezember 1916.

Ein Referat über „Polen zur Zeit der sächsischen Könige“

hat gestern der von dem deutschen Verein für Kunst und Wissenschaft nach Posen eingeladene Dresdner Professor Geheimrat Gurlitt in der Aula der Luisenschule gehalten. Der Vortrag, der zahlreiche besucht war, wurde durch Lichtbilder illustriert. Professor Gurlitt behauptete, daß das äußere Warschau, wie z. B. die von der Seite der Krafauer Vorstadt her betrachtete Architektur den Eindruck einer „vollständig deutschen Stadt“ mache, daß das Bild Warschaus zur Zeit der Sachsen „überaus anziehend“ gewesen sei; daß die städtischen Akten seinerzeit in deutscher Sprache abgefaßt worden seien; daß die Anlage der Stadt genau der deutschen Auffassung entspreche; daß bis zur Hälfte des 17. Jahrhunderts die deutsche Bürgerschaft dort der hervorragendste Stand war und das Magdeburger Recht das geltende gewesen sei usw. Darauf eriolate eine Charakteristik August des Starken als eines Beschützers der Kunst.

Letzteres ist für uns eher eine gleichgültige Einzelheit — aber es handelt sich um jene unveränderte, in der deutschen Volksgemeinschaft herrschende Lust, die darauf abzielt, alles, was polnisch und ausschließlich unser ist, herabzusetzen und das hervorzuheben, was wir angeblich den Deutschen verdanken.

Es ist eine bekannte Sache, daß die Zeiten der Auguste zu den traurigsten unserer Vergangenheit gehören, daß Warschau einen eigenen, der Analogie des Professors Gurlitt vollständig Hohn sprechenden Charakter hat; immer aber hat sich unser Bürgertum — seit den Zeiten Kasimirs — polnisch gefühlt, und schon Dürer hat sich im Jahre 1440 über die unnötigen deutschen Pöbeln entrüstet, da es in Polen lauter Polen gebe. Wenn der Krieg die Fremden mit unserem Lande besser bekannt gemacht hat, wie dies Prof. G. behauptet, so hätte er auch ihren Horizont erweitern müssen.

Aus Nr. 280 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 5. Dezember 1916.

Der gestrige Vortrag

des bekannten Literaten und Kritikers Herrn Feldman aus Krafau über das Thema „Polen“ lockte in dem Beethovensaal ein zahlreiches und auserwähltes Publikum an, unter welchem sich verhältnismäßig wenige Polen befanden. Den Vortrag eröffnete in längerer Rede der rühmlich bekannte Professor der hiesigen Universität von Wilamowitz, welcher mit einer in den gegenwärtigen Zeiten so seltenen Unparteilichkeit einräumte, daß sich das deutsche Volk viel zu wenig Mühe gebe, die Polen kennen zu lernen, daß es deshalb gerade uns nicht ferne, trotzdem aber über uns häufig auffallend falsche Urteile abgebe. Der greise deutsche Gelehrte sprach mit einer solchen Wärme, mit einem solchen Verständnis für die polnische Sache — besonders wenn er von der tiefen Anhänglichkeit des polnischen Elements an das großpolnische Land sprach — hatte so viel Anerkennung für unsere zivilisatorische Vergangenheit und soviel Glauben an die Zukunft der polnischen Kultur, daß man ihm die größte Dankbarkeit ausdrücken muß. Schade

nur, sehr schade, daß derartige Stimmen im deutschen Volke so selten sind. —

Der Vortrag des Herrn Feldman büßte etwas dadurch ein, daß er nicht frei vorgetragen, sondern nur abgelesen wurde, und zwar nicht allzu laut, so daß ein bedeutender Teil der Zuhörer sicherlich manche interessante Einzelheiten nicht hörte, an denen der Vortrag so reich war. Außerdem ist man ungestraft kein solcher Kenner und Liebhaber der polnischen Literatur, kein so eifriger Bekenner gewisser Lösungen, wie Herr Feldman. Das eine und das andere spiegelte sich im Inhalt des Vortrages wieder. Der Vortragende überlud den Vortrag mit einer sonst wertvollen psychologischen Analyse der Hauptgestalten Wyspianski, Slowacki, Krasinski und Mickiewicz; hätte er in dieser Beziehung weniger geboten, so hätte er zweifellos mehr gegeben. Der deutsche Zuhörer, welcher erfahren will, wie das gegenwärtige Polen aussieht, wie es lebt und arbeitet, von dem er jetzt so viel hört, — hat sicherlich nicht viel erfahren. Ein solcher Zuhörer hat vielleicht den Saal mit einem solchen Eindruck verlassen, daß wir ein sehr üppiges und literarisch interessantes Volk seien, aber das genügt wohl nicht. Die Absicht, breitere Berliner Kreise mit dem gegenwärtigen Polen bekannt zu machen, vollzog der Vortragende in etwas einseitiger Weise, aber nicht destoweniger war diese Absicht grundsätzlich gut und zeitgemäß.

Aus Nr. 277 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 1. Dezember 1916.

Stimmen der polnischen Presse in Rußland zur Proklamation des unabhängigen Königreichs Polen.

Unter dieser Überschrift bringt das Berliner Polenblatt eine Reihe von schon an anderer Stelle wiedergegebenen Stimmen der polnischen Presse in Rußland zur Proklamation des Königreichs Polen. U. a. gibt das Blatt folgende Ausführungen des „Dziennik Kijowski“ wieder:

„Wir bemerkten schon gestern, daß die Unabhängigkeitsakte nicht nur vom Gesichtspunkt des Völkerrechts keine Kraft haben, sondern daß auch ihr innerer Wert infolge seiner nebelhaften Umschreibung den bloßen Grundsatz eines selbständigen Staatswesens (Souveränität) gleich Null ist.

Dagegen geben diese Akte dem Lande sogar unter der Fuchtel der deutschen militärischen Behörden die Möglichkeit, von äußerst breiten Rechten der Selbstverwaltung Gebrauch zu machen, die Folgen des Krieges zu mildern, die Bevölkerung und Kunstdenkmäler zu retten, das Land wieder aufzubauen, Beamtenlöhne für das zukünftige polnische Polen vorzubereiten, eine Reihe eigener Organe rechtlich und wirtschaftlich staatlicher Institute ins Leben zu rufen, schließlich die öffentliche Meinung zu konsolidieren und den Geist der sozialen Verantwortung, der nur bei einer breiten Selbstverfassung allgemeines Eigentum wird, zu erzeugen oder vielmehr zu vervollkommen. Besteht in der Welt ein Volk, welches solchen plötzlichen Vorteilen entsagen könnte, selbst wenn wir die Kraft der staatlichen Instinkte außer acht lassen, welche im polnischen Volke niemals erstarben sind? Wir glauben, daß keiner die Sache ehrlich Betrachtende ein so sinnloses Opfer von einem Volke fordern kann, dessen Land in Trümmern liegt, dessen Häuser die Gespenster des Hungers und des Todes erfüllen und die Zeit der Dauer des Unglücks sich nicht einmal annähernd bestimmen läßt.

Man sagt, daß Fürst Englarzew bei seiner Abreise aus Warschau den Fürsten Józef Lubomirski gefragt haben soll:

„Und wenn auch die Deutschen die Selbstverwaltung geben, werdet ihr sie annehmen?“

Darauf erhielt er die Antwort:

„Wir werden sie annehmen müssen, bedauernd, daß wir sie von euch nicht erhalten haben.“

Das Bonmot Lubomirski umschreibt die Sache geschickt und bestimmt. . . Obgleich diese „Notwendigkeit“, welche Rußland kein Unrecht zufügt, in der Hand von Leuten wie Skrzyński eine Krute sein wird und schon ist, eine Krute, um mit ihr den gesunden Menschenverstand unter dem gewöhnlichen und betäubenden Geschrei von Lügen, Verdrehungen und Insinuationen zu bearbeiten.“

An diese Ausführungen knüpft das Berliner Polenblatt folgende Bemerkungen:

Diese Stimmen sind trotz gewisser verständlicher Vorbehalte für die russische Zensur, der gegenüber die dortigen Polen nicht das offen sagen können, was sie denken, sehr bezeichnend und zeugend davon, wie kritisch und gesund die Polen jenseits der Kampflinie die Angelegenheit behandeln.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir wehmütigen Herzens feststellen, daß bei uns Blätter bestehen, welche den Anspruch auf ernstere Organe machen, die, obgleich sie keine quellenmäßige Informationen darüber besitzen, was unsere Landsleute in Rußland tun und reden, es für nötig halten, sie in heftigster Weise zu überfallen, indem sie gegen sie die schwersten Vorwürfe schleudern, wie man sie überhaupt einem Polen machen kann.

Eine Probe einer solchen unverantwortlichen Kritik finden wir unlängst in dem vor nicht langer Zeit in Polen gegründeten Organ des Pazar-Kajinos, in der „Gazeta Narodowa“, die es für nötig hielt, über dieses Thema sogar einen Leitartikel zu schreiben, der die sensationelle Überschrift trägt: „Die Polen gegen die Unabhängigkeit Polens“. (Siehe Seite 1474 des Gesamtüberblicks.)

Dieser Artikel kann auf Grund, man weiß nicht welcher quellenmäßigen Informationen, nämlich oft so ändlich verdrehter Gerüchte, nicht als glaubwürdiges Material behandelt werden, und er wirkt einer ganzen Reihe von Polen in Rußland nationalen Verrat, Kriecherei vor der russischen Regierung usw. vor. Es fehlt uns natürlich an den entsprechenden Anhaltspunkten, um diese unerhörten verdienten Leuten oder Personen, deren polnischer Patriotismus für uns gar keinem Zweifel unterliegt, gemachten Vorwürfe zu widerlegen. Wie ungenau jedoch der Verfasser dieses Artikels über die Sache unterrichtet zu sein scheint, davon zeugt auch nur die Kleinigkeit, daß er von dem Geschichtsschreiber Kucharski schreibt, der in der Schweiz weilt, er hat aber offenbar Kucharski im Sinn.

Den Abgeordneten Hruszewicz und Szaboński wirft er vor, daß sie zum inneren Nutzen Rußlands arbeiteten, indem sie unsere nationale Ehre herabsetzten. Ob dieser Vorwurf unter der Adresse Szabońskis berechtigt ist, davon möge ein Blatt zeugen, das wohl niemand der Parteilichkeit zeihen wird, nämlich die „Russische Zeitung“.

Dieses Blatt brachte, wir wiederholten dies in der gestrigen Nummer des „Dziennik Berliński“, Szaboński habe in diesen Tagen im Staatsrat gegen Ausführungen des früheren Justizministers Szeglowitz, der behauptet hat, daß die Polen „in dem großen russischen Meere aufgehen sollten“, tatkräftig Einspruch erhoben.

Wir sind sehr neugierig, ob der Verfasser des Artikels, der sich erdreistet, einem makellosen Polen so schwere Vorwürfe zu machen, wie es die „Gazeta Narodowa“ unter der Adresse des Abgeordneten Szaboński getan hat, unter solchen Umständen einen solchen Mut an den Tag gelegt hätte, wie Szaboński.

Unseres Erachtens gereicht es der nationalen Sache zu keinem Nutzen, wenn man mit politischen Gegnern, deren Beweggründe man nicht kennt und über deren Taten man sehr häufig falsch unterrichtet ist, auf diese Weise kämpft.

Ob sich das mit dem Ansehen eines Blattes, als welches die „Gazeta Narodowa“ gelten will, verträgt, ist schon ihre Sache.

Aus Nr. 12 des Sokół (Posen)
vom Dezember 1916.

Betrachtungen.

(Schluß.)

Es handelt sich hier weder um den „Antisemitismus“, noch um den „Fanatismus“, sondern um die Festigung der nationalen Würde, des nationalen Selbstbewußtseins und des Vertrauens zu seinen eigenen Kräften in Galizien. Denn nicht der Haß gegen den Fremden führt zum Ziele, sondern die Liebe zum Vaterlande, zu dessen Heile man verständig und bedächtig arbeiten, und, wenn es auch schmerzlich sein sollte, die giftigen Blutegele beseitigen muß.

Diese unallückseligen Eigenschaften des „Sokol“ in Galizien — und das sind keineswegs noch alle — bedauern wir herzlich. Wenn deshalb dieser „Sokol“ sich wieder aufrichten und in bessere Bahnen treten will, so muß er sich vom politischen Romantismus und überhaupt von jeder anderen politischen Betätigung frei machen; er muß alle konspiratorischen (?) — die Redaktion) Bestrebungen aufgeben, und seine Bemühungen nach einer Revolution nach außen zu einer Evolution im Inneren umwandeln. Er muß weiter allen eingewurzelten Vorurteilen, Fehlern und Nationalgebrechen den Krieg erklären und — nicht nach Art seiner Vergangenheit —, sondern offen und real im Namen stets derselben Ideale für die Zukunft arbeiten. Alle unsere Betrachtungen fassen wir daher in folgenden Sätzen zusammen:

1. Der „Sokol“ in Galizien muß aufhören, eine „Armee“ oder vielmehr ein politisches Werkzeug zu sein, und statt dessen soll er sich ausschließlich mit körperlichen Übungen, wenn auch mit militärischer Zucht, befassen. Auf das System dieser Übungen kommt es natürlich nicht an, denn es ist nur von untergeordneter Bedeutung, welche Form diese Übungen anzunehmen haben. Diese Form unterliegt mit der Zeit immer einer gewissen Änderung. Hier handelt es sich nur darum, daß die Mitglieder des „Sokol“ nicht zu Soldaten im militärischen Sinne des Wortes werden, sondern daß sie Gymnastiker bleiben, welche die Kultur ihres Leibes und ihres Geistes zu pflegen haben, eine Kultur, welche individuell den persönlichen Bedürfnissen und den lokalen Bedingungen anzupassen ist.

2. Die Politik muß aus dem „Sokol“ ausgeschlossen werden.

3. Der „Sokol“ muß allmählich seine Privatunternehmungen auf dem wirtschaftlichen Marktplatz aufgeben.

4. Er muß die Juden aus seiner Mitte ausschließen.

Erst dann kann der „Sokol“ in „neue Lebensbahnen“ treten und für Polen vernünftige Bürger ausbilden, welche stets bereit wären, ihre Pflichten gegen das Vaterland zu erfüllen und diesem Vaterlande auch alles das zu bieten, was es auch immer von ihnen verlangen würde.

Von einem solchen Pflichtgefühl beseelt darf deswegen heute niemand sinnlos zu Taten greifen; es darf auch niemand eigenmächtig, nach seinem Belieben handeln. Wir haben ja gegenwärtig auf dem ganzen polnischen Ländergebiet keine kompetente Körperschaft,

welche die Sachlage richtig bewerten und Entscheidungen treffen könnte. Und deswegen verlangt heute das Vaterland von seinen Söhnen mehr denn je, nicht ihren Heldentod, sondern ihr Leben! Nicht Kriegsauszeichnungen und Tapferkeitsmedaillen, sondern — Arbeit!

* * *

Der polnische „Sokol“ im russischen Landesteil hatte wegen der Verbote und der Schikanen der russischen Behörden keine offizielle Organisation, und auch heute, wo diese Hindernisse schon beseitigt sind, ist uns die Form und der Charakter des dortigen „Sokol“ nicht näher bekannt. Andere „Sokol“-Verbände, wie z. B. in Westeuropa und Amerika, sowie vereinzelt „Sokol“-Vereine in fernen Ländern, werden von dem Organismus der betreffenden Länder beeinflusst und richten sich auf jeden Fall den lokalen Bedingungen und Bedürfnissen entsprechend ein. Es bleibt deshalb nur noch übrig, den „Sokol“ im preussischen Landesteil zu besprechen. Hier hat die „Sokol“-Idee trotz außerordentlich schwerer und ganz anormaler Lebensbedingungen auf einer gesunden Grundlage Wurzel gefaßt. Es lag für den „Sokol“ ursprünglich ein weites Feld brach, und die Arbeit für die „Sokol“-Idee befand sich eigentlich erst in ihrem Anfangsstadium. Ohne Schutz der Behörden — ein solcher ward dem „Sokol“ höchstens im negativen Sinne des Wortes zuteil —, ohne Unterstützung seitens der Intelligenz und ohne Lehrer ist es gelungen, aus einem rohen Material recht gut disziplinierte Scharen heranzubilden, welche sich auch ihrer persönlichen sowie ihrer nationalen Würde wohl bewußt waren. Ein solcher Erfolg war nur auf Grund beispielloser Bemühungen, der Ausdauer und der Aufopferung einzelner Individuen möglich, welche sich zum größten Teil aus den Handwerkerkreisen rekrutierten. Im Weiteren beteiligte sich an dieser würdigen Arbeit, was ihm zur Zierde gereichen muß, ebenfalls der polnische Bergmann und Hüttenarbeiter, bis schließlich in dichten Scharen auch die Akademiker und der Kaufmannsstand als Arbeiter für die gemeinsame Idee hinzutraten.

Dieses gesunde, frische „Sokol“-Leben wurde durch den harten Krieg überrascht. Und wenn nun infolge dieses Krieges viele Mängel, Unzuträglichkeiten und Mißerfolge im „Sokol“ des preussischen Landesteils zu verzeichnen sind, so tragen die Hauptschuld daran die anormalen Lebensbedingungen vor dem Kriege, unter welchen vor allem der „Sokol“-Verband vegetieren mußte.

Eine spezielle Charakteristik dieser schmerzlichen Erscheinungen und ein tieferes Eindringen in ihr Wesen muß heute noch ein versiegeltes Buch bleiben. Die Seite aber, auf welcher in diesem Buche der polnische „Sokol“-Verband samt allen seinen Vereinen in die Kategorie politischer Verbände eingereiht wurde, hat sich dem „Sokol“ in schmerzlicher Weise fühlbar gemacht. Da nämlich der „Sokol“ von da ab an die für politische Vereine geltenden Vorschriften gebunden war, so durfte er Jünglinge unter 18 Jahren nicht mehr aufnehmen und ausbilden. Infolgedessen war für ihn der natürliche Zuwachs zum mindesten unterbunden. Und gerade unsere Jugend war in dem Alter, wo sie die Schule verlassen hatte, in welcher es ihr gegenüber keine pädagogischen Grundsätze und keine psychischen Rücksichten gab, eines moralischen Schutzes und einer geistigen Leitung beraubt. So wurden die heranwachsenden jungen Leute, die für alles so empfindlich, bildungsähig und zu physischen Anstrengungen bereit sind, sich selbst überlassen, um nachher, wenn sie nicht fremden Berufsorganisationen, Sportvereinen usw. beitraten, unsicheren und demoralisierenden Fermenten anheimzufallen. Ein Teil dieser so erzogenen Jugend wurde dann mit der

größten Schwierigkeit und Mühe, aber mit einer grenzenlosen Ausdauer aufgesucht und dem „Sokol“ zugeführt. Hier aber zeigte sie anfänglich kein richtiges Verständnis ebenso für die Leibesübungen, wie für die Idee des „Sokol“ überhaupt. Und Individuen, welche mehr oder weniger schon vom fremden Geist durchdrungen waren, hatten auch keine richtige Empfindung mehr für das polnische Leben, und diese fielen nun ab. Um so größer und schwieriger war nun die Aufgabe, welche die noch Zurückgebliebenen zu erfüllen hatten. Diese jungen Leute, welche das „Sokol“-Leben kaum kennen gelernt haben und in der „Sokol“-Arbeit noch als Schüler auftraten, mußten notgedrungen zugleich die Stelle der Lehrer übernehmen. — So nahm — abgesehen von der sozialen Erziehung — die Arbeit an der Einprägung der elementarsten Grundsätze und an der Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins ein Riesemaß von Energie und Kraft in Anspruch, und angesichts dessen konnte auch die Tätigkeit und die Produktivität auf dem Gebiete der Gymnastik und der „Sokol“-Idee nicht erfolgreich genug und auch nicht ohne Tadel sein.

Wie bereits erwähnt, hat die Staatsbehörde die „Sokol“-Vereine für politische Vereine erklärt. Auf Grund dessen haben viele Mitglieder des „Sokol“ im preußischen Landesteile die Überzeugung gewonnen, daß unser „Sokol“ auch tatsächlich politische Ziele verfolge und sich deswegen auch mit der Politik befassen müsse. Dem entspricht aber weder der Zweck, noch der Charakter des „Sokol“. Gerade das Gegenteil ist nämlich der Fall, und eine so suggerierte Überzeugung kann insofern schon für das „Sokol“-Leben von Nachteil sein, als jede Politik eine festgelegte Richtung verlangt. Und da ist zu konstatieren, daß der „Sokol“ eine allgemein-nationale Organisation ist, in welcher alle Stände und Berufe Platz finden sollen. Diesen Gedanken muß man mit allem Nachdruck hervorheben und stets danach trachten, daß der Charakter des „Sokol“ nach dieser Richtung unverfehrt und ungetrübt bleibt. Wenn also auch die Staatsbehörde den „Sokol“ als einen politischen Verein anerkannt hat, so dürfen wir selbst dieses Recht zum Zwecke des Politisierens nicht ausbeuten, sondern wir müssen im Gegenteil dieses Vorurteil, welches bereits in unsere Reihen eingedrungen ist, mit aller Macht auszurotten suchen. Wir müssen, um eine falsche Meinung zu beseitigen, aus unseren Sitzungen und aus unseren Übungsplätzen alle politischen Diskussionen ausschließen und wiederholt betonen, daß unser „Sokol“ in der Wirklichkeit mit politischen Intentionen nichts zu tun hat. Weg also mit der Politik, solange wir Gymnastiker sind, solange die physische und psychische Erziehung unsere Devise bleibt und solange die Organisation des „Sokol“ ein Vorbild für die Gesundheit des Leibes und des Geistes sein soll! Man muß immer zwischen einer solchen Erziehung und der Politik zu unterscheiden wissen. Wenn man jedoch unwillkürlich das Gebiet der Gesetzgebung berühren muß, so soll es nur zur Verteidigung und aus Not angesichts der Behandlung der „Sokol“-Vereine von seiten der Behörden geschehen*).

Andere negative Erscheinungen im „Sokol“ sind in der Richtung der eigenen Organisation zu suchen.

*) Dieser ganze Absatz stützt sich auf die falsche Auffassung des Verfassers, als ob in dem „Sokol“ Politik getrieben werde. Der Verbandsausschuß mißbilligte dieselbe immer, indem er sich auf den Standpunkt stellte, daß der „Sokol“ eine allgemein-nationale Organisation sei, und wenn hier und da Fälle von einer politischen Aktion zu seiner Kenntnis gelangten, so rügte er ein solches Vorgehen immer ganz energisch. — Die Redaktion.

Die Fehler, die hier im besten Glauben gemacht wurden, treten gegenwärtig deutlicher hervor. Sie erfordern eine spezielle Erörterung, die wir aber bis zu einer passenderen Zeit verschieben müssen; — hier reicht es aus, einige von ihnen zu nennen, so z. B. eine unzureichende Verwaltung im „Sokol“-Verband. Daran sind aber nicht etwa unsere ehrenwerten Kameraden schuld, welche zum Verbandsausschuß gehören und ihre Gesundheit im Dienste des „Sokol“ aufgerieben haben. Nein, die Quelle dieser Unzulänglichkeiten ist vielmehr auf dem finanziellen Gebiete, sowie in einer unrichtigen Verteilung der Arbeit, in der inneren Organisation und endlich in dem fehlerhaften System selbst zu suchen. Das sind übrigens Fragen der künftigen Reform, deren Notwendigkeit zweifellos von der Gesamtheit unseres „Sokol“ später anerkannt werden wird. Wir wissen heute ja noch nicht, wie die Lebensbedingungen unserer Volksgemeinschaft sich nach dem Kriege gestalten werden. Und von diesen Lebensbedingungen wird doch auch die mehr oder weniger gesunde Entwicklung des „Sokol“ abhängen. Um nun später keine Fehler mehr zu begehen, muß man jetzt schon im Hinblick auf die künftigen neuen Aufgaben vorsichtig und mit kühler Überlegung handeln, um dann mit einer richtig bemessenen Kraft in die neuen Bahnen treten zu können.

Nach dem Gesetz der Ursache und der Wirkung liegt unsere Zukunft in unserer Hand. In diesem Grundsatz ruht die ganze Lebensweisheit, sowie das Gedeihen der Nationen und das von demselben abhängige Glück der einzelnen Individuen. In unserem „Sokol“ bekennen sich aber nur wenige zu diesem Grundsatz; die anderen huldigen dem Fatalismus und geben dadurch ihre eigene Initiative, ihre Selbstkritik und ihre Eigenheiten auf, indem sie sich von ihrer Umgebung und von der ersten besten Lebenskalamität ohne weiters niederwerfen lassen. — In dieser Hinsicht könnte nur die Organisation des „Sokol“ erzieherisch auf die einzelnen Individuen, und zwar hauptsächlich durch eine sorgfältige Ausbildung ihrer intellektuellen Kraft einwirken. Dadurch würde sie Männer von Charakter schaffen. Die Organisation ist nämlich imstande, das Bewußtsein der eigenen Würde, der eigenen Rechte und Pflichten zu kräftigen und als eine Ergänzung alles dessen in zielbewußter und wohlbedachter Weise die Initiative zu einer weiteren Selbsterziehung zu geben. Wenn nämlich das Elternhaus und die Schule das nicht geben, was für einen Vollbürger erforderlich ist, so muß die Organisation selbst und der Autodidaktismus es ergänzen. Die Mängel auf dem Gebiete der höheren Geistesbildung waren in unserem „Sokol“ deshalb auch bis dahin — wenn auch nicht der einzige — Grund dafür, daß besser gebildete Individuen sich von dem „Sokol“ fern hielten. Während es somit in Galizien zum guten Ton gehört, Mitglied des „Sokol“ zu sein, so machte sich bei uns gerade das Gegenteil davon, immer nämlich ein Mangel an sogenannter Intelligenz und an solchen Mitgliedern bemerkbar, die in einem relativen Wohlstand leben. Und wenn gleich immer weitere Kreise unserer Volksgemeinschaft die sebensreichen Wirkungen einer physischen Ausbildung anerkannten, so zögerten doch diese Schichten unseres Volkes — natürlich mit Ausnahmen — sich an der Arbeit des „Sokol“ zu betätigen. Für manche von ihnen war vielleicht auch die persönliche Demotisation unangenehm, welche manchmal im „Sokol“ in dem geselligen Verkehr zum Vorschein kam. Dort aber, wo für alle Platz sein muß, kommt der Weltkodex selbstverständlich nicht immer zu seinem Rechte. Deswegen wurde auch manchmal die „Losung“ von der Gleichheit und Brüderlichkeit mißbraucht. Weiter mußte aber auch die Betonung der Amtsgewalt an

einem unpassenden Ort, wozu sich einige Funktionäre des „Sokol“ in Verkennung der Sachlage hinreißen ließen, ein gewisses Unbehagen erregen. Wenn man nämlich außerhalb der Grenzen des „Sokol“-Lebens, wie z. B. auf den wirtschaftlichen und sozialen Gebieten oder gar zu persönlichen Zwecken Disziplin verlangt, so untergräbt man gerade dadurch den Geist der Selbstständigkeit und hemmt somit auch die Entwicklung anderer Eigenschaften. Eine richtige Zucht bildet allerdings die Grundlage jedweder Ordnung und auch der Gesamtkraft. Ein Unterschied besteht aber darin, ob die Disziplin im „Sokol“ sogar auch die eigene Selbstverleugnung verlangt und zu einer Schablone wird, wo alles verallgemeinert wird, oder ob sie sich auf das gegenseitige Vertrauen, auf ein richtiges Verständnis, auf die Liebe zum Idealismus und auf die eigene Aufopferung stützt?

Eine harmonische, einfache und natürliche Schulung in dieser Hinsicht würde reichliche Früchte tragen.

Ohne uns heute auf besondere Betrachtungen über die künftige Verfassung und Gesamtgestaltung des „Sokol“, sowie über das System seiner technischen und administrativen Tätigkeit einzulassen, wollen wir nur noch fragen, wie sich die künftigen Lebensbedingungen des „Sokol“ gestalten werden? Wird es eine Möglichkeit zu einer Arbeit von Grund aus geben? Auf jeden Fall harren unser am Ende des Krieges neue, große Aufgaben! Je nach dem Ergebnis derselben muß eine Reorganisation in weitem Umfange, unter Anwendung neuer, den neuen Lebensbedingungen angepaßten Aktionsmethoden vorgenommen werden. Die leitende Idee einer gleichmäßigen Förderung der Kultur des Leibes und des Geistes muß im polnischen Volke bis zur Kristallreinheit erhoben werden.

Aus Nr. 23 des Kupiec (Posen)
vom 1. Dezember 1916.

Reges Leben.

Fort mit den Müßiggängern und unnützen Eßern! — So rufen die kämpfenden Staaten und ziehen alle menschlichen Kräfte zu der Arbeit heran, die den physischen und geistigen Fähigkeiten der einzelnen Individuen entspricht. In Deutschland wird der Arbeitszwang für die Leute vom 17. bis zum 60. Lebensjahre auf dem Wege des Gesetzes geregelt werden. Ein entsprechendes Projekt ist dem Bundesrat bereits vorgelegt worden. Der Staat will nur solche Leute ernähren, die arbeiten; von der zwangsweisen Arbeit sollen lediglich die Kranken und Gebrechlichen, die Kinder und Greise befreit sein.

Wenn man eine solche Mobilisierung der Arbeitskräfte in unserer polnischen VolksGesamtheit durchführen und jede zur aufklärenden und wirtschaftlichen Arbeit fähige Person zwingen könnte — wieviele Gleichgültige und Träge würden dann den bequemen Platz hinter dem Ofen verlassen und in die Reihen der um die nationale Existenz und den nationalen Wohlstand Kämpfenden treten.

Und an Führen und an Initiative fehlt es nicht. In den Zeitungen wimmelt es von Aufrufen und von Anregung zur Tätigkeit, sei es in wohlthätiger oder aufklärender Hinsicht — auch in wirtschaftlicher. Nach einer gewissen Latenzlosigkeit trat in den polnischen Ländern reges Leben ein, wie zum Beweise dafür, daß unser Volk unter den schweren Schlägen weder gefallen ist noch seine Kräfte erschöpft hat.

Dann wird auch jedem die so vielfach vorgehaltene „polnische Wirtschaft“ aus dem Gedächtnisse schwinden. In vieler Beziehung werden sich auch alle die an uns ein Muster nehmen können, die da meinen, hinsichtlich der Kultur und des Fortschrittes über uns zu stehen.

Wir erinnern nur an die neue Emission der Ver-

bandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Posen, d. h. an den Beschluß, neue Aktien im Werte von 9 Millionen aufzulegen. Hier stellt sich uns die „polnische Wirtschaft“ in hellem Lichte dar. Die Leiter der Bank haben in richtiger Voraussehung, daß nach dem Kriege der Bedarf an Bargeld ungeheuer groß sein und ein bedeutender Teil der Depositen aus den Banken entnommen werden wird, sich rechtzeitig entschlossen, Geldvorräte durch bedeutende Erhöhung des eigenen Kapitals bereitzustellen zu sollen. Für Leute, die über überflüssiges Bargeld verfügen — und solcher gibt es heute viele — stellt die Erwerbung von Aktien der Verbandsbank ein sehr vorteilhaftes und bequemes Geschäft dar. Vorteilhaft ist es, weil die Aktien ein sichere und gute Dividende bringen werden, bequem, weil man im Bedarfsfalle zu jeder Zeit die Aktien ohne jedweden Verlust veräußern kann. Der Wert der Aktie wird sich nicht um einen Pfennig verringern. Der Aufruf des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zeigt uns die starke wirtschaftliche Solidarität der Polen in Preußen. Unterschrieben sind die Vertreter der polnischen Genossenschaften des Großherzogtums Posen, Westpreußens, des Ermland und Oberschlesiens, — von Püzig bis Mielowitz. Wir weisen darauf besonders hin, um den Einfluß, die Kraft und das Ansehen unseres größten Finanzinstituts im polnischen Lande hervorzuheben.

Möge diese Erscheinung zur eifrigen Erwerbung der Aktien anregen.

Wenn wir nun schon einmal von den polnischen Finanzen sprechen, dann dürfen wir auch nicht das Projekt betreffend die Gründung einer polnischen Staatsbank in Warschau aus den Augen lassen.

Es ist klar, daß das Königreich Polen und das nationale Heer eine Institution braucht, welche die Ausgaben für die Zivilverwaltung und die neue Armee decken würde. Soviel wir aus den Berliner und Warschauer Zeitungen erfahren konnten, soll vor der Hand eine polnische Emissionsbank entstehen.

Manche Leute aber fragen, woher wohl die polnische Emissionsbank die nötigen Unterlagen für ihre Banknoten nehmen werde. Es ist richtig, daß jede Bank, die eigenes Papiergeld in Umlauf setzt, für dieses eine Deckung in Goldmünze haben muß. Vor der Hand dürfte es der polnischen Emissionsbank schwer werden, soviel Gold zu erwerben, daß es ausreichen würde, die in Umlauf gesetzten Banknoten zu decken. Wir meinen aber, daß die deutsche Reichsbank mit ihren Goldvorräten für die polnischen Banknoten bis zu einer gewissen Zeit Gewähr leisten wird.

In jedem Falle ist aber die Ankündigung der Gründung der polnischen Staatsbank als ein neuer Schritt in der Arbeit an dem Wiederaufbau des Königreichs Polens mit Freuden zu begrüßen.

Aus Nr. 273 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. November 1916.

Rede des Prälaten Kłos, gehalten in Posen während der Trauerandacht für die Seele Heinrich Sienkiewicz.

Wenn ich dich vergäße, Jerusalem, dann möge vergessen werden meine Rechte; möge meine Zunge antrocknen an meinen Gaumen, wenn ich Deiner nicht gedächte, und wenn ich Jerusalem nicht an den Anfang meiner Freude setzte. Psalm 136, Vers 56.

Räumlich entfernt, aber uns nahe durch die Kraft unserer herzlichen Liebe und tiefen Dankbarkeit —

seid uns gegrüßt, seid gegrüßt und dreimal gesegnet, Ihr verehrungswürdigen Gebeine des Meisters, die Ihr heut die Ruhe gefunden habt auf freiem, gastlichem, aber immerhin fremdem Boden, bis Euch die dankbare Nation aus eigenem Boden einen Grabhügel aufschütten wird.

Neigt Euch ihm entgegen mit Ehrerbietung, Ihr Standarten... wieget ihn zum ewigen Schlafe mit Euren sehnenden Kauschen, Ihr polnischen Felder und Haine... Bringet erhabene Grabgrüße, Ihr granitenen Schosfen unserer Tatra... Sendet Eure in geheimnisvoller Stille geflüsterten Gebete, Ihr vaterländischen Bäche und Ströme... Spielet ihm das Grablied auf, Ihr unsere Kirchenglocken — Du, ehrwürdige Siegmundglocke auf dem Wawel, die Du herausläutetest die großen Stunden des Lebens der Nation, — Du, Albalbertglocke auf dem Gnesener Gottesacker, die du täglich mit dumpfer Stimme das De profundis klagt für das bei Cecora gesallene Rittersium, aber ebenso auch Ihr, Ihr Kindlein dieser großen Väter, Ihr kleinen und allerkleinsten Meßglöcklein alle in den polnischen Kirchen... Singet Trauergesänge und ruft das Volk zusammen zu Seelenopfern, Ihr Priester... Die aufrichtigsten Gebete hole aus den Taubenherzen hervor, solche, wie Du sie nur aus der Seele zu spinnen weißt, Du polnisches Volk, das zuerst in seinen Büchern lernte, mit verhaltenem Atem sich hineinzulesen in wunderbare Märchen... Die unschuldigen Händchen und die tränenerfüllten Augen erhebe für ihn zu Gott, Du unsere Jugend, in deren Verteidigung er (Sienkiewicz), zu der ganzen Welt gesprochen hat... Sprechet ein frommes Gebet um seine Ruhe, Ihr, die Ihr in seinen Werken eine Stütze für Euren, durch die Stürme des Lebens erschütterten Glauben gefunden habt... Dankbare und ewige Erinnerung gelobe ihm, Du ganze Nation, da er Dir ein Tröster, der höchste Ruhm, das Lob Deines Namens und der Baumeister Deiner Zukunft geworden ist.

Zusammen mit den übrigen Landesteilen drängen sich auch Polen und Großpolen an den Sarg des Dichters. Daher haben Euch Trauerboten in die Primislausstadt berufen zu dieser Begräbnishuldigung, damit ich — nachdem schon durch Erzhirtenhände das unblutige Opfer gen Himmel gestiegen ist und sich mit ihm unsere Gebete um Gottes Barmherzigkeit für die Seele vereint haben — mit Gottes Wort die Nation in der neuen Verwaisung stärke und der Gedanke des Meisters, dessen Mund geschlossen ist, aber dessen Geist lebt, die Bahnen in Erinnerung bringe, die er zu gehen geboten hat. Eingedenk somit dessen, daß ich Gottes und der Kirche Diener bin, sowie daß der Ruhm der Väter als Stolz auf die Söhne übergeht, möchte ich Gott preisen in den Werken des Menschen und somit will ich das aussprechen, was ich ihm für den höchsten Ruhm anrechne, nämlich, daß Gott ihn als Werkzeug erwählt hat, damit er die durch Unglück zerrüttete Nation am Geiste hebe, daß er eine göttliche Mission ausgeübt hat, indem er nicht nur uns, sondern der ganzen Welt den Weg wies, den man schreitet zur ewigen Wahrheit, zum Leben, zur Sonne, die nicht untergeht.

Wunderbare und für das Auge unerforschliche Wege führt die Vorjehung unser Volk in das ersehnte verheißene Land, in das Kanaan der Freiheit, zur Auferstehung. Als unsere Größe zusammenstürzte und sich über der königlichen Vergangenheit mit Krachen der Sargdeckel schloß, als die Welt uns für Gespenster hielt und uns das Recht ans Leben absprechend, uns nur auf mit Dornen- und Wermutgestrüpp bewachsenen Friedhöfen die Zelte aufschlugen hieß, da gab uns Gott, damit uns die Demütigung des Falles nicht erdrücke, das Lied zum Troste und zum Unterpfand einer glücklicheren Zukunft. Und es sprachen damals unsere Väter, daß, solange es uns zu

Grabkreuzen und Liedern hinreiche, auch der Stern in der finsternen Begräbnisnacht leuchte, daß, solange uns auf den Nachtwachen am Grabe der verstorbenen Mutter die Priester und Erzpriester des Kreuzes nicht verlassen würden und Gottes Geist mit der Liebe die Priester des Liedes entflammen werde, wir uns nicht verleiten lassen würden durch den Geist mit federlosen Flügeln, daß wir der bebenden Stimme unseres Liedes auf dem Wege des Kreuzes folgen würden, wo es hingehet, und daß wir uns niederlassen würden, wo es rastet, ja, daß wir selbst mit ihm zusammen untergehen würden, wo es verschwinde. Und doch schauen wir am Ende dieser Tage den Rand der neuaufgehenden Sonne von den Enden des Horizonts her, und wir fühlen mit dem Dichter, daß wir unsterblich sind, da wir das unsterbliche Lied geliebt haben.

So sprachen die Alten. Aber es kam die Zeit, wo das Lied verstummte und die, welche die Harfen besaßen, nachdem sie den Zug ihrer Gedanken bis zu Ende gesponnen hatten, sich ins Grab legten. Die drei strahlendsten Sterne an unserem Himmel waren erloschen, und wiederum breitete die schwarze Nacht ihre Schatten aus, eine Nacht, die noch schwärzer war durch ihren Zweifel, als die herrlichen Anstrengungen des Jahres 1863 vergebens waren. Der kühle Verstand trennte sich damals von dem Gefühl, das bisher die Allherrschaft ausgeübt hatte. Man zerschmetterte die Lauten und verjagte die Kriegsbarden, und unter das Gerümpel in der Kammer warf man die Schwerter, und man griff zum Pflug und zur Hacke, zum Hammer und zur Art.

Gut war diese Arbeit. Aber was nützte das, da ein Teil der Nation, durch die Niederlagen gebrochen, mit der Wut von Verzweifeln den Leichnam des Freistaates auf dem Tische ausstrecken ließ und ihn mit dem scharfen Seziermesser zerschnitt und die kleinsten Aderchen auftrennte, die Eiterherde unbarmherzig aufdeckte und längst verharschte Wunden auseinander fraßte, rücksichtslos mezelte, obwohl er selbst sich das Herz verwundete, denn er — jener Teil der Nation — wollte alle Verschuldungen und Sünden der Vergangenheit ausfindig machen, die er für die Ursache und Quelle alles gegenwärtigen Unglücks hielt. Und es schien, daß die eigenen Söhne den letzten Rest des königlichen Purpurgewandes von den Schultern der Mutter, Polens, herabreißen und von ihrem Körper nur die an den Knochen hängenden Fäden übrig lassen würden. Und die in Enttäuschungen verbitterte Generation begann, als sie sah, wie so viele Male „der Hagel auf der Flur jede Hoffnung auf eine Ernte zerschlagen hatte“, zu zweifeln, ob es eine Sonne der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit Gottes gebe, die jemals auf diese Flur zu leuchten beginnen könnte — und sie öffnete ihre Herzen dem Zweifel des Positivismus, welcher den Bodensatz der Verderbnis in die Seelen traukelte.

Wer wird die Hand der Tobenden aufhalten? Wer wird die Arznei gegen die schreckliche Krankheit des Geistes reichen?

O, gebenedeiet sei der Name des Meisters, der in jener schrecklichen Zeit in die Bresche trat als mächtiger Prophet in Wort und Tat und, sich heiße Worte von dem Psalmisten leihend, ganz Polen mit der mächtigen Stimme der Trilogie zurief: „Wenn ich deiner vergäße, Jerusalem, dann möge vergessen sein meine Rechte, möge meine Zunge an dem Gaumen antrocknen, wenn ich deiner nicht gedächte und wenn ich dich, Jerusalem, nicht an den Anfang meiner Freude setzte!“

Gesegnet sei das Andenken des Mannes, der angesichts der Orgie des Unglaubens und der Flucht von Christus weg und der sittlichen Morschheit, die an den Untergang Roms erinnerte, der Nation die Frage vorlegte: Quo vadis? Wohin führt dein

Weg? — und der an jenes teure Jerusalem mahnte, das unserer Liebe würdig ist, an den Glauben und an die heilige Kirche Christi.

Trauernde Brüder! Nicht blinder Zufall lenkt den Lauf der Geschichte: Gott war es, der, wie einst Israel die Propheten und die Seher in Stunden des Schiffbruchs und des Irrens, Polen in einem solchen Augenblick Heinrich Sienkiewicz gesandt hat.

Nimm somit, Nation, den Grabstichel in die Hand und grabe in Marmor tiefe Lettern der Anerkennung ein und vergolde sie mit dem reinen Golde der Dankbarkeit, der Dankbarkeit gegenüber Gott und dem Meister. Denn siehe, die kranke Generation ist geheilt, die Verzweifelte sind aufgehalten am Rande des Abgrunds, und siehe, das von Sienkiewicz gereichte Stärkungsmittel hat bewirkt, daß sich die Nation von den feindlichen Traumbildern abwandte, die aus ihrer Seele jeden Glauben und die Lust am Leben und Handeln aussaugten, daß sie sich zu schöpferischer Liebe und zur Bereitschaft für geduldige Hingebung aufschwang. Sienkiewicz hat nachgewiesen, daß durch Gottes Gnade in der Nation Kräfte schlummern, welche erwachen in der Stunde der Schickung und sichtbare Zeichen des Willens, der Festigkeit, des Charakters erzeugen. Und wenn sich auch alle Hölle-geister zum Verderben verschwören, dann wird Gott sogar ein Wunder vollbringen und die Nation nicht unterdrücken lassen, wenn sie nur vertraut. Da wird sich Kordecki aus einem demütigen und stillen taubengleichen Mönche in einen mutigen Löwen umwandeln, dann wird die allerheiligste Königin des Himmels die Kirche und die Czestochauer Feste schirmen, dann werden in dem Augenblicke, wenn die Besatzung des klaren Berges schon der Erschöpfung nahe sein wird, inmitten der Schatten der Winternacht die belagernden schwedischen Heere verschwinden, und der frisch fallende Schnee wird sogar ihre Spuren verstauben, dann wird die ganze Verteidigung Czestochaus mit vulkanischer Kraft hervorberechen als laute und unschätzbare Lehre für die Leidenden, daß man nie verzweifeln soll, dessen eingedenk, „daß es keine Affären gibt aus denen man sich nicht mit vereinten Kräften mit Gottes Hilfe wieder aufrichten könnte.“

Es könnte jedoch auch nicht der vorzüglichste Meister mit einer solchen Bangigkeit um den Freistaat die Herzen des Lesers durchdringen, noch mit einer solchen Freude über den Triumph des Vaterlandes ihre Seelen erfüllen, wenn er nicht selbst in seiner eigenen Seele alle Leiden des Vaterlandes durchgemacht, wenn er sich nicht verzehrt hätte in der Scham über jede dem Vaterlande zugefügte Schmach, wenn er nicht mehr als das eigene Glück den Sieg und das Glück des Vaterlandes ersuchte. Nur aus einer solchen Seele konnte das vor Schmerz und vor Pein schluchzende Gebet entströmen, das in der Trauerrede bei der Beerdigung Wolodyjowskis der Prediger herausstöhnte und das Polen so viele Male in seiner Geschichte hat wiederholen können:

„Die Kirchen, o Herr, wird man in Moscheen umwandeln und den Koran wird man da singen, wo wir das Evangelium sangen. Du hast uns gestürzt, Du hast Dein Antlitz von uns abgewandt und uns in die Gewalt des unseligen Türken gegeben. Unersforschlich sind Deine Urteile, doch wer, o Herr, wird ihm jetzt Widerstand leisten? Welche Heere werden an den Grenzen mit ihm kämpfen? Gültiger Vater, verlasse uns nicht, zeige Deine Barmherzigkeit, sende uns einen Verteidiger hernieder. Sende einen Vändiger des unseligen Mohammed hernieder! Möge er hierher kommen, und möge er unter uns treten, möge er unsere gesunkenen Herzen aufrichten. Sende ihn Herr!“

So betete die Seele, die ihr mütterliches Jerusalem liebte!

Und fraget mich nicht, wo bei ihm die Grenze zwischen der Liebe zum Vaterlande und der Liebe zur Kirche liegt! Wer vermag in einem weißglühenden Stückchen Eisen genau festzustellen, wo das Eisen endet, und das Feuer beginnt? Mit dem gleichen Herzen liebt er den Glauben und das Vaterland, mit der gleichen Seele empfindet er einen über die Kraft hinausgehenden Schmerz, das Vaterland und die Kirche sind ihm ein geliebtes Jerusalem. In dasselbe Herzblut also, das er für das Vaterland zu vergießen bereit ist, taucht Sienkiewicz die Feder, und er schreibt die glänzendste Verteidigung des Glaubens an Christus, den Erlöser und Lehrer der Menschheit. Suchet in der ganzen modernen Literatur ein weltliches Werk, das in so nachdrücklicher Weise seinen religiösen katholischen Charakter hervorgehört, eine solche Huldigung für Christus, für die Heiligkeit seiner Lehre und die Größe seiner Kirche und zugleich ein solches Zeugnis des Katholizismus des Verfassers wäre, wie Quo vadis — Ihr werdet keines finden! Die wunderbare Ausbreitung des katholischen Glaubens galt stets als Beweis seiner Wahrhaftigkeit und seiner göttlichen Herkunft. Wäre die Religion Christi Menschenwerk, dann wäre sie zusammengestürzt unter der Last der Verfolgungen, dann wäre sie ertrunken im Meere des Märtyrerbluts, das drei Jahrhunderte lang jede Arena des ausgedehnten römischen Reichs benezte. Es begriff diese Wahrheit und es drückte sie im jüdischen hohen Rat der Gelehrte Gamaliel, der Lehrer des heiligen Paulus aus: „Ist dieser Rat oder diese Sache von den Menschen, dann werden sie untergehen; sind sie aber von Gott, dann werdet Ihr sie nicht verderben können.“

Sogar Leute, die in der Brust statt des Herzens ein Stück Eis tragen und die Seele für das Christentum nicht erwärmen können, erkennen die Macht dieser Wahrheit an, und so mancher Ungläubige hat seinen jungfräulichen Glauben entdeckt, wenn er mit durch kein Vorurteil umnebeltem Blick diese Blätter der Geschichte prüfte, auf denen die Kämpfe zweier Welten, des Heidentums mit dem Christentum, der Dunkelheit mit dem Licht, Neros mit dem heiligen Petrus eingezeichnet sind. Untergegangen ist das alte Rom der stolzen Cäsaren inmitten des zügellosen Tanzes der Bachantinnen; aber aus der Tiefe der Katafomben entstand eine neue Generation zur Eroberung der Welt, und die Pfade erhellte ihr das Kreuz Christi. Es wehte ein neuer Geist, und siehe da! in Staub zerfielen die vergoldeten Paläste der Cäsaren, auf dem Aventinus stürzten ein, die Wölbungen des Kapitols, und auf das letzte Kapital der zerichmetterten Säule des Jupiter-Tempels setzte den Fuß der arme Fischer aus Galiläa und segnete mit erhobener Hand die Stadt und das Erdemund.

Der Sieg des Kreuzes, der Triumph der Lehre Christi, die mächtige unterjochende Kraft der Kirche, die wunderbare Macht des Glaubens — das ist das Dogma, an welches Sienkiewicz glaubt, das er verteidigt, dem er Bekenner wirbt. Und ist das ein Traum-gezicht oder ist es Tatsache? Ich sehe bei dem schreibenden Meister den heiligen Apostel Paulus, wie er ihm die Hand führt und von neuem seine lapidaren Worte schreibt: „Petra autem erat Christus!“

Während andere Schriftsteller, fremde und unsrige, in tausenden von Seelen den Glauben an Christus ertöten, während sie Lästerungen auf den Glauben sprudeln und dem modernen Heidentum den Weg bahnen, während sie Fäulnis in die Geister der Jugend träufeln, während sie Gott zu entthronen und dem Satan an seiner Stelle einen Sitz zu errichten suchen, — scheint mir Sienkiewicz in sich allein das ganze alte polnische Rittertum verkörpert zu haben und, für Christus kämpfend, zur Vormauer des Christentums geworden zu sein.

In den Zeiten, in denen die apokalyptische Bestie des Unglaubens (Off. Joh. Kapitel 13) hervortrat, der ganzen Welt gegenüber zu bekennen: Christus ist der Weg, die Wahrheit und das Leben! — welcher Mut, welche heldenhafte Tapferkeit! O, neigen wir die Stirn vor dieser erzenen Kraft der katholischen Überzeugungen, und schämen wir uns des eigenen Unglaubens! Wer aber schwächeren Glaubens ist, wenn er in der Welt so oft das Übergewicht der Macht über das Recht, der Ungerechtigkeit über die Gerechtigkeit, der Zügellosigkeit über den Mutwillen sieht, wer in Augenblicken der Kleinmütigkeit mit dem heiligen Petrus rufen möchte: „Herr, wem hast Du die Herrschaft der Welt übergeben?“ — der möge sich in die wie in Stein gemeißelten ernstesten Worte zu vertiefen suchen, mit denen das „Quo vadis“ endet: „Vergangen ist Nero, wie ein Sturmwind, ein Ungewitter, eine Feuersbrunst, Krieg oder Pest vergehen, aber die Basilika Petri herrscht bisher von den Höhen des Vatikans über die Stadt und über die Welt.“

„Wenn ich Deiner vergäße, Jerusalem, dann möge meine Rechte vergessen sein, möge meine Zunge an meinem Gaumen antrocknen, wenn ich Deiner nicht gedächte und wenn ich Jerusalem nicht an den Anfang meiner Freude setzte.“

Du vergaßest, Meister, Dein vaterländisches und religiöses Jerusalem nicht, Du gedachtest seiner und setztest es an die Spitze Deiner Freuden.

Und darum ist deine Rechte weder vertrocknet noch vergessen worden. Gott hat im Gegenteil in diese Rechte ein Zepter gelegt, mittelst dessen Du über Millionen von Herzen herrschtest. Was bedeuten hier königliche Kronen und kaiserliche Purpurgewänder, wenn sich vor ihnen nur eine heuchlerische Bande von Schmeichlern neigt? Du hast Dir ein anderes Königreich erobert. Denn wo irgend die polnische Sprache klingt, in den uralten Sitten unserer Väter oder auch irgendwo, und wäre es auch auf der anderen Hälfte der Erdoberfläche, wohin die Stürme der Geschichte Scharen unserer Brüder zum Pilgerbrot getrieben haben, da ist Dein Name bekannt, und mit Ehrerbietung wird er erwähnt, dort breiten sich vor Dir mit Dankbarkeit die Herzen aus, und, wenn sie sich in Deine Lösungen versenken haben, dann wiederholen sie nach Dir gewissermaßen den Eidschwur: „Wenn ich Deiner vergäße, Jerusalem, Du, mein Vaterland, dann möge meine Rechte vergessen sein.“ Nichts will es bejagen, daß die Liebe zu diesem vaterländischen Jerusalem die ganze Nation geradezu Martern ausgesetzt hat, die denen des Jurand gleichen. (Jurand: Eine Figur aus der Sienkiewicz'schen Erzählung „Die Kreuzritter“.)

Dieser Jurand, der alle Verunglimpfungen und alle Spöttereien ertrug, „weil er sich als Kind geopfert hatte,“ und dann der Jurand mit der abgehauenen Hand, mit der ausgeschnittenen Zunge, mit dem ausgestochenen Auge — ist das nicht das Bild einer enterten Nation?! Aber wir werden uns auch vor Martern nicht fürchten, die denen des Jurand ähneln, um nur in der Verteidigung der teuersten Schätze unseres Jerusalems auszuharren. Das geloben wir Dir, Du unser Meister!

Du hast Dein Jerusalem nicht vergessen. Und darum ist Deine Zunge nicht an Deine Gaumen getrocknet. Im Gegenteil, Deine Sprache hat die Schönheit der polnischen Sprache berühmt gemacht, der Sprache, die unverfälscht ist wie Erz, glänzender und kostbarer wie Gold — und Du hast für ihre verborgenen Schönheiten sogar Tausenden von Landsleuten, die ihren Wundern gegenüber blind waren, die Augen geöffnet.

Und die Worte, die Du auf großpolnischem Boden an den Stufen des Denkmals Julius Slowackis über den Zauber der polnischen Sprache gesagt hast, schreibe

ich Dir, Meister, ins Buch Deiner Verdienste: „Aus Erz hast Du den Arm der Harfe gemacht und goldene Saiten auf sie gezogen, und da begann diese polnische Harfe zu jagen und zu klingen den alten Ruhm, die alten Kämpfe, den alten Glauben, das alte Leben. Manchmal dröhnte sie wie Donner in den Bergen, manchmal schwebte sie mit Jeremiaßauszügen über den Ebenen, manchmal klang sie mit lorchengleichen Tönen über den grauen Gefilden, segnend und gesegnet, rein wie die Träne, göttlich wie ein Gebet, süß, wie die Liebe.“

Dafür also, weil Du unsere Sprache mit neuem Glanze umgabst und dadurch unseren Reichtum in den Augen aller Völker hobst, möge in Ewigkeit Dein Andenken gesegnet sein!

„Du setztest Jerusalem an die Spitze Deiner Freude — und Du begehrtest nur das, daß die Nation wiedergeboren werde und daß ihre Söhne reich würden an bürgerlichen Tugenden. Während einerseits die Lust zur Rückkehr zu alten, dem Freistaat schädlichen Angewohnheiten manchmal noch spukt ungeachtet der erfahrenen Züchtigungen, während andererseits wiederum das Halsband der langjährigen Knechtschaft schon manche Nacken gefühllos gemacht hat für ein Zerren an der Herrenfette, werden wir Dein Wort von Tugend und Würde als Arznei betrachten: „Wollt Ihr wissen, wie beschaffen ich jeden von Euch haben möchte? Sehet, so beschaffen wie den, der sich nie zerbrechen ließ, der seine Ehre hoch trug und seinem Gott treu war, der nicht freiwillig ein tartarischer Stallmeister sein wollte und somit würdig war, unter Zolkiewski zu dienen.“

Wir werden Hochmut, Unbotmäßigkeit, Geringschätzung des Rechts und der Obrigkeit, diese altpolnischen Fehler, weit von uns fortjagen, persönlichen oder Geschlechtsdünkel, der die Sache und den Ruhm ins Verderben bringt, zum Handeln nicht zulassen, sondern wir werden jeiges Höfertum das auf dem Markte der Feinde die nationale Würde zum Verkauf ausstellt, furchtlos bekämpfen! So wahr uns Gott helfe!

Als Moses — der das erwählte jüdische Volk aus der Knechtschaft der Pharaonen geführt und es 40 Jahre lang bis ins verheißene Land geleitet hatte — bis an den Jordan, an die Grenze des Landes, darinnen Milch und Honig floss, gelangt war, da vertrat ihm der Tod den Weg. Er sammelte sein Volk um sich und sprach: „Seht, ich sterbe in diesem Lande und werde den Jordan nicht überschreiten; Ihr werdet hinüberkommen und das auserwählte Land in Besitz nehmen.“ Für den verstorbenen Heinrich Sienkiewicz schlug mit Gottes Willen die Todesstunde in dem historischen Augenblick, wo dem Leben unserer Nation ein neuer Morgen aufleuchtete, der sich über die Feuerröte und den Kriegsbrand erhob und den baldigen Ausgang der Sonne der Freiheit verkündete. Ist auf der Uhr der Vorsehung der Zeiger tatsächlich bei der seit Jahrhunderten bestimmten Stunde angelangt? Ach, denn schon so viele Male vermeinten wir uns dicht an der Grenze des gelobten Landes zu befinden; wir verbeugten uns vor fremden Völkern und Monarchen, denen wir die Blüte unserer Jugend unter die Füße breiteten; wir vergossen das Blut auf fremden Schlachtfeldern; es kam vor, daß wir auch selbst zur Waffe griffen, aber da zogen unübersehbare Massen von Heiden aus Moab, wie einst gegen die Israeliten, gegen uns, verletzten uns mit dem Schwert, verwüsteten unsere Felder, brannten die Dörfer und Städte nieder, stürzten die Burgen um, schändeten die Heiligtümer und trieben unsere Frauen

und unsere anmutigen Knäblein in die Gefangenschaft. Und wir mußten wiederum nach Ägypten zurückkehren, und wiederum starben wir da Hungers, und wiederum schlugen die Pharaonen unsere Kinder, und es gestalteten sich unsere letzten Dinge schlimmer, als die ersten waren.

Höret, es läutet die Glocke! Sie schlug einmal! Stille! wird auf den ersten Schlag der zweite, dritte und letzte folgen? Wird der letzte Schlag die Zeit der Knechtschaft und der Leiden abschließen und die Morgenröte der Freiheit und des Glücks erstrahlen lassen? Wird jetzt wenigstens der Engel aus dem Himmel herabkommen und wie dem Petrus im Gefängnis die Fesseln zertrümmern? Wird er den Hiob der Völker aus dem geschichtlichen Elend emporrichten?

O, bewirkt das, Ihr heiligen Geister unserer Nation, — heiliger Adalbert und Bischof Stanislaus, heiliger Hyazinth und Koſtka, heiliger Rantſch und Kuncewicz, und Ihr heiligen Kunigunde, Salomea, und Du, fast kanonisierte Hedwig, bewirkt, daß auf der geschichtlichen Orgel, auf der bisher fremde Lieder erklangen, endlich einmal das dankende Tedeum und unsere Nationalhymne erbrausen!

„Ich werde den Jordan nicht überschreiten — Ihr werdet hinüberkommen und das Land besitzen!“ — spricht Moſes. „Ich leide, weil ich jetzt sterben muß, ohne das freie Polen schauen zu können! — sagt Sienkiewicz — und er stirbt. Und wer da laß, wie er im Augenblicke des Todes sich der allerheiligsten Mutter empfahl, indem er das „Unter Deinen Schutz“ hersprach, wem fiel da nicht einer seiner Helden, Longinus, ein, wie er inmitten des Hagels tartarischer Schüsse die allerheiligste Jungfrau mit den Worten der loretanischen Vitanei anrief, — mit ihrem Namen auf den Lippen verschied?

So stirbt ein rechter Sohn der Kirche und der Nation, in Eintracht mit Gott und in der mütterlichen Umarmung seiner Königin!

Es sagt uns somit die christliche Hoffnung, daß er in kurzem — und so Gott will, recht schnell — in den Tempel des himmlischen Jerusalems einziehen wird.

Hat er doch in seinem Leben gebaut und nicht zerstört — hat er doch der Nation nicht einen schwelenden Lichtstumpf und durch Brandgeruch vergiftende Luft vorangetragen, sondern eine helle Fackel, die angezündet war an dem Feuer der göttlichen Heiligkeit, sodaß er unter jedes seiner Bücher nach dem Brauch der mittelalterlichen Chronisten die Unterschrift setzen konnte: Ad maiorem Dei gloriam! Hat er doch für die göttliche Barmherzigkeit gearbeitet, als er den Abend seines Lebens Werken der rühmlichsten Barmherzigkeit widmete; denn er wurde der Almosenjammler der ärmsten, bedauernswer testen Opfer des Krieges in dem von den Furchen des Krieges zerrissenen polnischen Lande; und „selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.“ War er doch von schmerzlichen Erfahrungen nicht frei, da er Angriffe erdulden mußte, die umso empfindlicher schmerzten, als sie von Landsleuten herstammten; aber er duldete mit Würde und ohne Bitterkeit, ohne die Absicht der Wiedervergeltung, mit edlem Großmut. Leiden aber soll am sichersten die Pforten des Himmels öffnen.

Und wenn er in das Jerusalem da oben einziehen wird, da wird er auf den ewigen Hügeln die Propheten des alten Testaments mit Harfen sehen, die Israel zum Trost im Ungemach die Barmherzigkeit Jehovahs in Erinnerung brachten und den ihnen ähnlichen Chor unserer Dichter von dem unbekannten Sänger des Liedes von der Gottesmutter, von Johann aus Schwarzwald an bis zu den letzten unserer Erzpriester des Liedes: Adam, Siegmund und Julius. Und wenn er ihnen die gute Nachricht verkünden wird,

dann werden sie alle bereit sein, die Saiten ihrer Lauten zu den höchsten Tönen zu stimmen, um vom Himmel her begleitend einzustimmen, wenn in den polnischen Landen der Triumphhymnus der freien Nation einherströmen wird. Und er wird da im Zuge der heiligen polnischen Patrone und Patroninnen die allerheiligste Mutter erblicken, welche die Nation zu ihrer Königin ernannt hat, den litauischen Panzerreiter und den weißen Adler zu ihren Füßen und auf den Schläfen die Krone, mit der sie so viele Mal von Polen, Rußland und Litauen gekrönt worden ist. Und es wird ihn an sich ziehen die, deren Ezenstochauer Thron er mit einem solchen neuen Glanze umgeben hat in der „Verteidigung von Ezenstochau.“ Und er wird unserer lieben Frau sagen, daß die Nation ihr und dem Sohne Treue hält, daß weder das Schisma von Osten noch die Ketzerei von Westen her die Seele dieser Nation befleckt haben, daß sie von diesem Volke noch immer für seine Herrscherin betrachtet wird, welches weiß, daß es dank der Gut dieser lieben Frau „die Brüste kieselhart und die Seelen stählern“ erhalten hat, bereit, Schläge abzuwehren, die gegen den Glauben und das Vaterland gerichtet sind.

Und er wird Gott, den König der Ewigkeiten, den Herrn der Heerscharen sehen, der im unzugänglichen Lichte wohnt (Ersten Timotheus 6,16) und seinen auf Cherubinen errichteten Thron; und die ununterbrochene Hymne der Engel „Heiliger Herr der Heerscharen“ strömt mit nicht endendem Echo durch die Himmelsräume und sie dringt bis zum irdischen Jammerthal, wo sie die Harfen der menschlichen Sänger stimmt. Und er wird im Gefühl der menschlichen Sündlichkeit vor den Stufen des göttlichen Thrones niederfallen; doch ehe er die Lippen zur Bitte um Barmherzigkeit öffnen wird, wird sich mit lauter Stimme fast die ganze Erde vernehmen lassen; alle Völker, zu denen der göttliche Funke seines Genius gelangte, Feuer anfachend, Lichter anzündend —, werden um Mitleid flehen; bitten werden die zahlreichen Messen, die für seine Seele geopfert worden sind und die Almosen, die hergegeben wurden zwecks Ehrung seines Andenkens. Und in seinem polnischen Vaterlande werden sich die mächtigen Herren und die einfachen Leute, die Bischöfe, die Priester und die Scharen der Arbeiter und Bauern im Kette zusammen schließen, es werden sich alle zu einem flehentlichen Ruf vereinigen: „Barmherzigkeit, o Herr für Deinen Diener! Er hat sein irdisches Jerusalem lieb gehabt, laß ihn das himmlische Jerusalem schauen, „geschmückt wie eine Braut für ihren Bräutigam,“ und er hat „den Glauben vollendet, den Lauf vollendet, er gehe ein zu Deiner Freude!“

Und die neunfachen Engelchöre werden antworten: „Amen! Es geschehe also!“

Der heiligen Patrone und Patroninnen Chor aber wird hinzufügen: „Und der Nation, aus der er hervorgegangen ist, gib Gnade, Herr, in Schwäche, Besonnenheit auf Scheidewegen, Tapferkeit in Prüfungen und ein freies Vaterland!“

Und darauf wird das Polenland und alles Volk antworten: „Es geschehe also! Amen, Amen, Amen!“

Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. Dezember 1916.

Für die Seele des Dichters und Ritters.

Der Glaube und das Vaterland sind ein großer Altar, und der Mensch, das ist eine Spur von Weihrauch, dessen Bestimmung ist, zum Ruhme des Altars zu verbrennen.

Auf dem Felde der Ehre.

Ein erhebender Augenblick des Erwartens breitet seine zitternden Flügel über die das Gotteshaus bis an den Rand füllenden Mengen. Es war das nämlich

ein großer, ein nationaler Feiertag, zu welchem sie „im Namen des Herrn als die Häupter des Volkes, der Brüder und Mitglieder, als Wächter der Schlafenden und Führer der Unwissenden, als Leuchten der Unaufgeklärten und Väter der einsamen Kinder“ aus ganz Großpolen zusammen gekommen waren. Durch die Sehnsucht hingerissen und getrieben kamen sie hier zusammen aus den pommerischen Landen, wo die Ostseewellen, an die sandigen Küsten schlagend, das uralte Lied der polnischen Klagen singen, von den mit silberweißem Schnee bedeckten Sudeten, aus dem schlesischen Becken und der fernen Fremde, aus den dunklen Schächten der fremden westfälischen und rheinischen Bergwerke, von diesen Ärmsten und Unglücklichsten, besonders aber aus der weiten Warthe- und Gopplöbene und aus der Stadt Primislaws her, in nach Tausenden zählenden Massen, und fast alle nahm die riesige, überaus prächtige Posener Pfarrkirche in sich auf.

Und die gläubigen Söhne Großpolens bildeten einen lebendigen, wogenden, aber starken Wall rings um den mächtigen Katafalk her, der mit seinem schlanken, mit rotem Tuch ausgeschlagenen Sarge für einen Augenblick das riesige symbolische Herz der ganzen Versammlung wurde. So stand dieser hohe, allen sichtbare Katafalk da, von einem flammenden Meer von Lichtern hell erleuchtet, beschattet von einem Walde von Lorbeerkränzen, umflossen von einem lebendigen Kranz von jungfräulichen Skautinnen, die mit ihren grauen Uniformen und Hütchen bescheidene und duftende Blüten aus den heimatischen Feldern der Nation zu sein schienen.

Und so stand in der Mitte dieser Katafalk und über ihm breitete die Basilika kreuzweise ihre kräftigen Arme aus, die sich auf mächtige, rote, mit vergoldeten Blütenkapitälern verzierte Barocksäulen stützen, und hoch türmte sich das frische, erst kurz vorher renovierte und mit Bildern geschmückte Gewölbe. Rings herum standen harmonisch längs der breiten riesigen Wände im dunklen Schatten der Pfeiler die stillen Altäre; es leuchteten und spielten in ihnen mit ihren Farben die uralten Weinwandgemälde. Und von diesen Gemälden der Altäre und Gewölbe her schauten wie neugierig die Gestalten der Heiligen auf den mitten in der Kirche stehenden Katafalk. Wie vieler Trauerandachten Zeugen waren sie schon in diesem Heiligtume gewesen, auf wie viele Katafalken hatten schon ihre Augen geschaut! Es hatten hier für Könige und Ritter Andachten stattgefunden, aber seit schon mehr als einem Jahrhundert sind die Könige ins Grab hinabgestiegen, schon seit langer Zeit haben die Ritter ihre untätigen und verrosteten polnischen Schwerter in der Stille der Wände des heimatischen Hauses aufgehängt. Und als es keine gekrönten Könige und Schwertritter mehr gab, nun, da erschienen in der geplagten Nation Könige des Liedes, um mit der Laute den durch die Niederlagen gebrochenen Geist zu wecken, Ritter der Feder, um mit neuen Schlägen für die kommenden Geschlechter eine bessere Zukunft hervorzubringen.

Einen solchen König des Geistes, einen solchen König des Liedes und Ritter der Feder beweinen wir eben bitterlich, wir preisen seine Verdienste und beten für seine Seele vor dem Herrn der Heerscharen. Kein Wunder also, daß nach den von dem Primas von Polen selbst verrichteten Messgebeten sich die Augen aller zu der Kanzel wendeten, deren, mit einem geschmückten Baldachin beschatteter, breiter und stiller Kahn ungeduldig auf seinen schönrednerischen geistlichen Steuermann wartete.

Schließlich begann das Tönen der Orgel zu ver-
rauschen, endlich klopfte der mit Eisen beschlagene Trauerstab des Marshalls auf den steinernen Boden dicht an der zur Kanzel führenden Treppe, und schon nach einem Augenblick blühten in dem Kahn der Kanzel

die scharlachroten und violetten Prälatengewänder, und über ihnen erhob sich ein von trauriger Stimmung angehauchtes blaßes Antlitz. Noch hört man unter den wogenden Mengen die letzten Geräusche, bald aber hielt man den Atem an, und die nach oben erhobenen wartenden Gesichter erstrahlten in vertiefter Aufmerksamkeit.

Und es floß durch den heiligen Raum die vom Schmerz zuckende Stimme des sprechenden Prälaten dahin, den sehnenden Seelen den Leitgedanken der Predigt bringend.

Und es flossen jetzt auf rauschenden Flügeln die mächtigen Worte zusammen mit dem Getöse der Sigismund- und Adalbertglocke, aller polnischen Glocken bis in das ferne Bergland und trugen den Gruß der Herzen und der Seelen zu den erhabenen Gebeinen des Dichters und Ritters hin. Und bald wiegte sich die ganz mit Gläubigen dicht gefüllte Kirche von dem Rauschen dieser Worte in einem Reigen der Herzen und Häupter für den großen Bruder, und mit der Glut der Dankbarkeit entflammte sie alle Seelen.

Dann trat vor die geblendeten Augen das mächtige Wunder eines wunderbaren Mystariums. Seht, eine blaße, abgeplagte, unglückliche königliche Witwe, von deren Schultern man mit brutaler Hand den Monarchenpurpur heruntergerissen hat, die man aus den Palästen der Reichen unter die Massen der enterbten Varias gestoßen hat, schreitet mit schwankenden Schritt in die dunkle unbekannte Zukunft. Zusammen mit den jüngsten und kleinsten Kindern bebt sie vor Kälte, schwankt sie vor Hunger, vertrocknet sie vor Durst inmitten des breiten Weges der Völker; sie vergießt bittere Tränen, denn sie muß die Marter der Kleinen und Unschuldigen sehen und das Säusen der auf den entblößten Rücken der Uniten herabfallenden Knuten hören, mit von Schmerz getrübtem Auge ein aus ihrem eigenen Leibe gepreßtes Meer von Blut schauen. Doch was ist das? Plötzlich erhellt sich das bewölkte Antlitz der herumirrenden Königin, denn mit himmlischer Freude, mit Herzensstärkung erscheint ihr mitten auf dem Wege ein Dichter und Ritter, einer ihrer treuesten Söhne, und Klang und Farben aus der Vergangenheit und aus dem königlichen Glanze leihend, läutet er auf seiner wunderbaren Laute inmitten der Schmerzen der Knechtschaft und des Ungemachs seine lindernden und stärkenden Klänge. Und da geschah etwas Außergewöhnliches. Vor den tränenvollen Augen der liebenden Söhne wandelt sich der Dornenkranz auf den schmerzenden Schläfen der königlichen Mutter in eine goldglänzende Monarchenkrone um; die Opferungstropfen des Blutes und Schweißes blitzen mit dem Glanze kostbarer Rubinen und funkeln im Feuer von Diamanten.

Und als der Redner, von dem Geist des Dichters und Ritters hingerissen, mit begeisterten Worten vor den Seelen die ruhmreichen Heldentaten und die übermächtige Obhut der Königin der polnischen Krone her-
vorzauberte, vertiefte sich die ganze Kirche und versenkte sich in die Jahrhunderte zurückliegende, durch den Geist des Dichters aber so nahe gerückte ritterliche Vergangenheit. Und inmitten dieser wohlthuenden, aber erhabenen Stille klang die mächtige Stimme des Redners, und auf die Kunde von der schwedischen Sintflut und der wunderbaren Errettung aus ihr hin öffneten sich sozusagen die Querriegel der Kirchengewölbe mit Krachen, und aus der Grabesdämmerung begannen aufzutauchen stille Mönchsgestalten und, vor den Altar des Herrn inmitten der Kränze der Geistlichkeit in ihren weißen Messhemden tretend, wollten sie gewissermaßen eine große geschichtliche Wahrheit bestätigen. Den Mittelpunkt der auftauchenden Mönchschar bildet ein Mann mit erhabenem Antlitz und mystisch nachdenklichen Augen in der Aureole seines grauen Haares, Pater Drużbicki, ein feuriger Verehrer der Muttergottes und des Herzens

Jesus, ein gottesfürchtiger Lobpreiser und ein in ganz Europa bekannter Schriftsteller.

Und eine solche belebende Kraft floß aus diesen verschiedenartigen, aber einheitlichen Erzählungen des Ritters, die von der Verworfenheit des Unglaubens und dem Ruin des Bösen, von dem Triumph des Guten, dem Siege der Wahrheit, und der unverwundlichen Macht des Petrusjessens erzählen, eine so frische und belebende Kraft sprudelte und quoll aus diesem symbolischen Katastroph hervor, daß die von Tränen getränkten Augen erglänzten, die bewölkten Stirnen sich aufhellten, die ohnmächtig herabhängenden Arme sich zu einer großen, mächtigen, die Welt in Staunen verletzenden Tat anspannten. Und wenngleich titanische Stürme rings umher tobten, wenngleich Donnerschläge in das polnische Haus fuhren und flammende Feuerbrünste mit vielfachen Zungen das väterliche Gut verzehrten, wenngleich die Hydra der brüderlichen Uneinigkeit und des Zwistes ihren hunderthäuprigen schmerzlichen Schädel emporhob, wenngleich in schrecklichem und undurchdringlichem Dunkel sich die geheimnisvolle Zukunft verbarg, so schritt uns eine helle Frauengestalt, die Hoffnung, entgegen und wies mit liebender Hand die goldenen, breit geöffneten, zu den kommenden Tagen führenden Tore.

Also gestärkt am Herzen und an der Seele erhoben wir die glänzenden Augen zu den Höhen des Altars des Herrn, der vor einem Augenblicke von dem Opferblute Christi umflossen war, und wir erblickten neue Zeichen. Seht, der große Patron von Polen zeigt sich uns, der hl. Stanislaus von Krakau. Gerade vor ihm kam aus der Grabeshöhle der wiedererstehende Piotrowin, und er wurde für uns in diesem Augenblicke zum hellen Symbol der sich aufrichtenden Nation. Gleichzeitig erinnerten wir uns, wie auf der Krakauer Skalka ein riesiger Adler beharrlich die zerhackten Glieder des Märtyrers hütete, bis sie zu einem harmonischen Ganzen zusammenwuchsen.

Als also das mächtige, bis in die Tiefe erschütternde Lied verbrannte, das die Mauern seit Jahrzehnten nicht mehr gehört hatten, als es mit den feurigen Gefühlen erklang, die mit Geyserkraft aus den gefesselten Seelen und Herzen hervorbrachen, da flog es wie das Rauschen des Meeres und das Brausen des Waldes, wie das Stöhnen des Sturmes und das Grollen des Unwetters gegen das Gewölbe des Heiligtums, als es sich in die Witte zusammenschloß:

„Vor deine Altäre bringen wir das Flehen, Vaterland, Freiheit wolle uns wiedergeben, o Herr“; da rauschten schon, freudig über unseren Häuptern flatternd, die silbergefiederten Flügel des weißen Adlers, sich zu einem breiten und freien Fluge entfaltend. Denn es donnerten hinter uns die Worte des Dichters und Ritters: „Niemals verzweifeln, immer daran denken, daß es keine solche Affären gibt, aus denen man sich nicht mit vereinten Kräften und mit Gottes Beistand aufrichten könnte“.

Geistlicher Cieszyński.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 276 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 29. November 1916.

Der Nationalrat.

Authentisch teilen wir folgendes mit:

Der ausführende Ausschuß des Nationalrats hat dem Generalgouverneur von Besseler eine Denkschrift überreicht, welche folgende Forderungen enthält:

- a) Die Ernennung eines Regenten durch beide Monarchen,
- b) die Ernennung eines Staatsrats im Einverständnis mit dem Nationalrat,

c) die Bildung von Ministerien der Justiz, des Kultus und der Volksbildung,

d) die Bildung einer militärischen Abteilung beim Staatsrat.

Auf die Denkschrift erhielt man vorläufig eine Antwort, in welcher die Befriedigung infolge der Entstehung des Nationalrats ausgedrückt und bemerkt wurde, daß die Verwirklichung der ausgesprochenen Forderungen auf Schwierigkeiten stoße und gewisse Zeit erfordere.

Ein Aufruf des Nationalrats wird gegenwärtig ausgearbeitet.

Die vorstehenden Nachrichten sind genau und bestimmt, und wir bringen sie, um sie den verwirrenden Informationen, die von der „geheimen Presse“, wie auch von dem sozialistischen Organ (Naprzod) in Galizien verbreitet werden, welches in letzter Zeit ständig eine Reihe von ungenauen, übrigens tendenziös inspirierten Nachrichten bringt, entgegenzustellen.

Ferner teilen wir, ebenfalls um schon ganz lügenhafte und denunziatorische Mitteilungen gewisser „Bulletin“ zu berichtigen, in Sachen der Legionen folgendes authentisch mit:

Parallel der politischen Aktion zu Gunsten einer auf der Basis der polnischen Legionen gestützten Armee wurde von Legionentreifen eine Aktion eingeleitet, die dahin zielte, daß

1. die Legionen als Kadres des Heeres anerkannt würden,
2. die Werbung in die Hände der Legionen gelegt würde,
3. die Legionen in Warschau und in Städten des Königreichs Polen untergebracht würden.

Die rein militärische Aktion wurde von einem günstigen Erfolg gekrönt. Die vorstehenden drei Forderungen wurden angenommen.

Die politische Aktion, welche eine vom Nationalrat berufene Armee fordert, hat noch nicht alle Hindernisse überwunden. Der Nationalrat hat sich durch Vermittelung des Obersten Sikorski an das Kommando der Legionen um Aufklärung des Standpunkts des Kommandos in dieser Angelegenheit gewandt. Der Kommandant der Legionen Szepietki leistete in einem Briefe zu Händen des Rektors Brudziński Folge. Es ist hervorzuheben, daß die ganze Tätigkeit des Obersten Sikorski eine strikte Ausführung des Befehls der militärischen Obrigkeit ist und vorbereitenden Charakter hat.

Aus Nr. 609 des Czas (Krakau)
vom 2. Dezember 1916.

Die Legionen in Warschau.

Telegramme und Briefe brachten uns schon nähere Nachrichten von dem begeisterten Empfang, welchen die in größeren Städten des Königreichs Polen untergebrachten polnischen Legionen gefunden haben. Voran geht aber, wie es ganz richtig ist, die Hauptstadt Polens — Warschau. Die Hauptstadt, welche uns ursprünglich gegenüber den Legionen allzu zurückhaltend und kühl und voll von aus den russischen Zeiten hinterbliebenen Vorurteilen erschien, tritt in dem Maße der Entwicklung der Ereignisse immer begeisterter, immer dreister auf. Es verstummen die heuchlerischen Stimmen, die da Neutralität empfahlen. Schon verbreitet sich in Warschau dreist und laut die Losung des polnischen Heeres, welches aus den Legionen hervorgehen soll. Warschau, welches der große Dichter wegen seines heißen Gefühls mit dem Herzen Europas verglich, wird, einmal für diese Idee gewonnen, für sie Schätze der Begeisterung finden, wird sicherlich auch die Eintracht finden, ohne welche große Dinge misslingen. Die triumphartige Aufnahme, welche gestern den Legionen in Warschaus

Mauern bereitet wurde, ist ein großer Schritt auf dem Wege der einmütigen Sammlung der ganzen patriotischen Meinung um die Lösung des polnischen Heeres. Das Schicksal dieses Heeres geht gegenwärtig in die Hände Warschaws über.

Wie die dorthier kommenden Nachrichten einmütig feststellen, können wir verhältnismäßig rasch die Bildung einer Organisation aus der Mitte unserer Volksgesamtheit erwarten, die die Sache der Umgestaltung der Legionen in ein polnisches Heer in ihre Hand nehmen wird. In dieser Organisation wird das polnische Heer nicht nur Schutz und materielle Unterstützung, sondern auch die politische Leitung und einen moralischen Stützpunkt finden, aber auch umgekehrt — wird auf dieser Organisation eine äußerst schwierige und weittragende Aufgabe lasten, eine der wichtigsten Aufgaben, zu denen unsere Volksgesamtheit seit den Zeiten der Teilungen niemals berufen wurde. Die Aufgabe: der polnischen Vertretung des polnischen Heeres. Diese Aufgabe ist um so schwieriger, weil sie rein positiv und praktisch ist, weil sie die bisherige „Politik“ des Königreichs Polen aus den nebelhaften Kreisen verschiedener grundsätzlicher Orientationen und nicht endenwollender Erörterungen auf den Boden der Tat stellt.

Damit werden die so erwünschten Bedingungen der Unterschiedsmerkmale geschaffen, die sich vollziehen sollen: zwischen der militärischen und politischen Organisation. Jede von ihnen hat andere unmittelbare Ziele, andere Mittel des Handelns und verlangt andere Fähigkeiten. Nirgends treibt in wohl eingerichteten Volksgesamtheiten das Heer Politik, auch diktieren die politischen Organe dem Heere keine strategischen Bewegungen. Wenn diese Unterscheidung fehlt, so ist die Tüchtigkeit hier und da gefährdet.

Die Geschichte der letzten Monate, die wir gerade durchlebt haben, bewegt uns dazu, an diese Wahrheit zu erinnern, die übrigens in unserer Geschichte schon so viele Male bestätigt worden ist. Es seien jene ritterlichen „Kreise“ erwähnt, die sich um bereedete Redner und Versammlungsstatisten sammelten, welche herrliche Manifeste an den König oder Landtag — manchmal in gefährlichen Zeiten schrieben, wo es galt, sich disziplinieren um den Hetman zu sammeln oder an die Verteidigung der Grenzen zu denken. Gerade die politisierenden ritterlichen „Kreise“ sind eins der besonderen Merkmale unserer Vergangenheit, namentlich aber der Zeiten des Königs Michael und der Sachsenkönige. Trübt doch die so glänzenden Überlieferungen des Jahres 1831 ebenfalls die verhängnisvolle Gewohnheit, die Politik nicht von der Kriegsführung zu unterscheiden. Der Oberbefehlshaber des Volkes, dazu berufen, um seine Angelegenheiten mit den Waffen zu verteidigen, fühlt sich mehr Diplomat und Politiker, als Führer und Organisator des Heeres, umgekehrt aber lauscht ein erheblicher Teil der Offiziere eifrig den Stimmen aus dem Kaffeehause „Konecna“, über Führer und über die Regierung Urteile abgebend auf Grund von Klatschgeschichten, leeren Verdächtigungen und Verleumdungen, welche unaufhörlich die Kraft des soldatischen Glaubens, der Disziplin, der Fähigkeit, sogar im Unglück auszuhalten, untergraben.

Den Nachkommen der früheren „Versammlungsfanatiker“ aus dem 18. Jahrhundert, die in einem „Zirkel“ die verwickeltesten politischen Probleme mit einem einzigen Säbelhieb lösten, war es unmöglich, sich in die ganze Tragweite der neuzeitlichen militärischen Organisation einzuleben, die von ihren Mitglidern eine solche Seelenstärke und Disziplin verlangt, daß sie zugleich mit politischen Kämpfen unvereinbar ist.

Sowohl die ritterlichen als auch die politischen Aufgaben sind gegenwärtig so schwierig, so verwickelt geworden, erfordern eine solche Erfahrung, daß sie

sich gleichzeitig nicht durchführen lassen. Für jede von ihnen bedarf es einer besonderen Befähigung und Ausbildung, aber nur die Mitwirkung von Fähigkeiten und Schulungen doppelter Art kann der gemeinsamen Sache den Sieg sichern.

Wir berühren diese Frage mit der ganzen Offenheit, mit der sie jetzt berührt werden kann, denn es ist gerade die Zeit, um mit gewissen verderblichen Praktiken zu brechen, in die man die Legionen in letzter Zeit hineinzuziehen suchte. Die Legionen schlugen sich nicht nur heldenhaft, sondern sie harrten auch auf dem ihnen anvertrauten Posten mit einer Seelenstärke aus, wie man ihr in der Geschichte wenig begegnet. Die Volksgesamtheit verehrt sie heute nicht nur für das vergossene Blut, mit dem sie für das Vaterland nicht sparten, sondern auch für die geistige Kraft, die ihnen in der Zeit der Niedergeschlagenheit und Versuchung durchzuhalten gestattete. Die bloße Versuchung aber, sie in die Politik hineinzuziehen und zu einem verzweifelten Schritt zu bewegen, die zum Glück überwundene Versuchung muß die Volksgesamtheit verurteilen.

Es ist bekannt, daß diese Versuchung von den extremen Elementen ausgegangen ist. Ohne die Gesamtheit der politischen Lage zu kennen, ohne selbst die nächsten Ereignisse zu sehen, welche Anfang November eingetreten sind, suchten sie in den Legionen eine politische Bewegung hervorzurufen, welche sich als Mißtrauen gegen die die politischen Interessen der Nation vertretenden Organe darstellen sollte. Die Truppen sollten „Forderungen der Legionen-Politik aufstellen, sich also zweifellos in die Politik selbst einlassen“, wie das einer der radikalen Agitatoren umschrieben hat, die bestrebt waren, den Legionen ihren Gesichtspunkt aufzunötigen, wobei er ganz inkonsequent hinzufügte: „Darin ist ein Übel, mit welchem ein Ende gemacht werden muß“. Zum Glück fanden sich an der Spitze der Legionen tüchtige Leute mit einem breiten nationalen Gesichtskreis, mit einem erprobten soldatischen Charakter, welche nicht zuließen, daß in das Heer von außen eine politische Agitation hineingetragen wurde, das Politisieren vereitelten und schließlich die Auflösung der Legionen glücklich verhinderten. Aber das war ein gefährlicher Augenblick, welcher sich nicht mehr wiederholen sollte.

Die Erfahrung, die wir in dieser gefährlichen Zeit der Versuchung und der Prüfung gewonnen haben, sollte nicht vergeblich vorübergehen. Ein aus für eine Idee und ohne staatlichen Zwang kämpfenden Kreisen geworbenes Heer ist mehr als jedes andere dem ausgesetzt, daß die in der Volksgesamtheit sich reibenden politischen Strömungen es erschüttern und ihren Zusammenschluß schwächen werden. Ein solches — auf die Idee gestütztes — Heer hat zweifellos eine größere moralische Kraft, wofür die Legionen das glänzendste Beispiel sind: sie haben den Mangel an Waffen, an Bekleidung, an Geschützen, die Spaltung in zwei Teile, die Kämpfe im fremden Lande überstanden, sie haben die Losungen der Verzweiflung des ersten Halbjahres des Krieges siegreich abgestreift. Sogar die in den ersten Tagen des Unglücks ausgegebene Losung, sie aufzulösen, war nicht in stande, sie zu zer schlagen, denn sie kam von außen. Aber der Versuch, sie in die tätige Politik hineinzuziehen, ihre ideelle Empfindlichkeit als Waffe im Parteikampfe auszuspielen —, hätte ihnen beinahe den Untergang bereitet. Am Vorabende des Sieges der guten Sache!

Die Übernahme der politischen Leitung des polnischen Heeres durch ein Organ, welches im Einverständnis mit allen auf dem Boden der aktiven Politik stehenden Teilen der polnischen Volksgesamtheit gebildet ist, sollte ein für alle Mal Versuchen dieser Art ein Ende bereiten. Leute, die zwar die Uniform angezogen haben, sich aber vor allem zur politischen

Arbeit befähigt fühlen, sollten aus den Reihen des Heeres austreten. Im Heere sollten nur Soldaten verbleiben. Die Werbebureaus dürfen sich nicht in Vorposten der Agitation verwandeln, das Heer, um welches sich die ganze Volks-gesamtheit sammeln soll, muß ausschließlich ein nationales, von allen Parteikämpfen und Einflüssen freies Heer sein.

Auf dem Warschauer Pflaster toben gerade laute und heiße Parteikonflikte. Uns aus der Ferne ihnen Lauchenden erscheinen die Stimmen der gemäßigten Schattierungen gleichsam unterdrückt, den Reigen führen wie gewöhnlich die Lautesten an, für welche die Politik eine Reihe von persönlichen Fragen und ein Kampf um feigerische „Grundsätze“ ist. Das ist natürlich ein rein scheinbarer Eindruck, nur dadurch hervorgerufen, daß diejenigen, welche wirklich etwas zu sagen haben, weder laut zu schreien, noch persönliche Angelegenheiten über sachliche in den Vordergrund zu stellen pflegen.

Man darf auch mit ganzer Ruhe, wie sie die in unserem Teilgebiet gewonnene Erfahrung bringt, vertrauen, daß Warschau die Zeit der persönlichen Beschimpfungen, leidenschaftlichen Vorwürfe und der Versammlungspolitik glücklich überstehen und, nachdem es diese gewöhnlich anfänglichen Unpäßlichkeiten überwunden hat, den Weg einer ausschließlich vom Wohle der ganzen nationalen Sache diktierten Politik betreten wird. Mit der Bildung des Staatsrats wird die Politik der Plakate und Versammlungen ihre Daseinsberechtigung einbüßen, und das Schicksal des höchsten Problems, das augenblicklich vor uns steht, das Schicksal der Bildung eines Heeres in die Hände einer Körperschaft gelangen, die fähig sein wird, dieses Problem von einem höheren nationalen Standpunkt zu erfassen. Als Unterpfeiler und als Bürgschaft einer solchen Erfassung der Sache des polnischen Heeres begrüßen wir den gestrigen begeisterten Empfang der Legionen seitens des Landeshauptstadt. Wir verstehen ihn als Gutheißung ihrer bisherigen Richtung, also als Verwerfung derjenigen leidenschaftlichen Vorwürfe, die namentlich in den letzten Tagen gerade vor ihrem Einmarsch in Warschau gegen sie verbreitet wurden. In dieser Gutheißung der Legionen-idee und ihrer bisherigen Führung liegt gerade die Bürgschaft einer gesunden Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Zukunft.

Aus Nr. 327 der Gazeta Łódzka (Łódź)
vom 26. November 1916.

Die Ankunft der Legionäre in Łódź.

Wir heißen Euch willkommen.

Wir heißen Euch willkommen, polnische Soldaten, als unsere liebsten und seit langem erwarteten Gäste. Wir grüßen Euch, junge Helden, als unsere liebsten Brüder und opferfreudigsten Söhne unseres Vaterlandes.

Unsere Herzen sind voller Freude, daß Ihr nun endlich gekommen seid. Denn nur allzulange haben wir auf Euch gewartet. Tage, Monate und Jahre sind vergangen. Und Ihr habt inzwischen unermüdlich Eure mühevollen Pflicht auf dem unsterblichen Felde der Ehre getan.

Und obwohl uns weite Länder trennten, so verband uns doch ein gemeinsamer Gedanke, eine gemeinsame Sorge und Sehnsucht.

Bis nun endlich der Tag anbrach, an dem sich unsere Träume erfüllten, — in das freie, unabhängige polnische Land zog der polnische Soldat ein.

Es hält schwer zu glauben, daß dies kein Traum, kein Traum, sondern Wirklichkeit und Wahrheit ist. Ihr allein könnt es verstehen, — denn nur Euer Blut, Eure übermenschlichen Mühen, und Eure beispiellose

Opferfreudigkeit — haben den Weg zu unserer Freiheit gebahnt.

Auf der Schneide des Säbels, im Feuer der Kanonen, in den tödlichen Flammen, in dem zum Hiebe gezückten Bajonetten — habt Ihr die Freiheit des Volkes zum Ausdruck gebracht.

Und dafür sei Euch Ehre und Ruhm.

Ihr fragtet damals, als Ihr, eine kleine Schar, allein in den Kampf gegen den furchtbarsten Herrscher der Welt auszogt, nicht, was morgen sein wird. Ihr folgtet nur der Stimme des Herzens, ohne Rücksicht darauf, was geschehen wird, Ihr trittet nur um die Freiheit Polens.

Noch ehe sich die Stimme des Volkes vernehmen ließ, fiel Eure tollkühne Tapferkeit in die Wagschale der Ereignisse. Und damals wurde es uns klar, daß diese Schale überwiegen muß. Bei einem Volke, welches ein freies Leben leben will, und zu diesem Leben ein Recht in sich fühlt, kann es nicht anders sein.

Wer wird heute bestreiten, daß Ihr zu uns als Sieger kommt? Eure Arbeit ist noch nicht beendet. Aber die Idee, für welche Ihr in den Kampf gezogen seid, hat sich schon erfüllt. Polen ist bereits unabhängig. In dieser Unabhängigkeit werden neben Euch, lieben Brüder, bald Tausende polnische Soldaten kämpfen, denen das Beispiel Eurer Tugenden und Eures Mutes voranleuchten wird.

Ihr habt den Grabstein weggewälzt, und durch Eure Tat erhebt sich aus dem kalten, finsternen Grab unser weißer Adler. Möge er sich über Euch erheben und Euch neuem Ruhm, neuen Taten und neuen Siegen entgegenführen.

Aus Nr. 599 des Czas (Krakau)
vom 27. November 1916.

Oberst Szepthycki.

Über die Rolle, welche Oberst Szepthycki bei der letzten schweren Krisis, die die Legionen im Oktober durchmachten, spielte, bringt in der „Ziemia Lubelska“ Herr Siegismund Augustynski folgende Einzelheiten:

26 Monate harrete der Legionensoldat im Feuer des Kampfes aus; er durchwanderte die Karpathen, ging in der Bukowina und an der Grenze Bessarabien zugrunde, kennzeichnete mit Strömen vergossenen Blutes seinen Vormarsch nach Wolhynien und Podolien, stand an den Grenzmarken des polnischen Freistaates — und hatte noch nicht die Gewißheit, warum er sterbe, wofür er zugrunde gehe und ob er das erlangen werde, worum er in den Kampf zog, — die Unabhängigkeit Polens. Geistiger Zwiespalt, Verzweiflung bemächtigten sich der Legionenreihen. In einem ideellen Heere konnte es nicht anders sein. Es wurden massenhafte Bittgesuche um Entlassung aus den polnischen Legionen eingereicht. Diese Sache ist vorüber, dem polnischen Volke bekannt, von der Presse übernommen, man brauchte also darüber nicht mehr zu schweigen. Alles wurde auf eine Karte gesetzt, es wurde gesagt: entweder — oder; entweder erhalten wir nationale Garantien — oder wir werden die Legionen liquidieren. In der Volks-gesamtheit, welche durch die Legionen atmet, mußte die Kunde hiervon großen Eindruck hervorrufen. Alle Kreise setzten sich in Bewegung, vor allem diejenigen, welche der politische Exponent der Legionen waren. Es begann die bekannte Aktion, die zur Geduld, zur Ausdauer ermahnte. Diese Aufforderung erging damals, als sich die Gesuche um Entlassung schon in den amtlichen Akten des Legationskommandos befanden und als von seiner Entscheidung ihr Schicksal abhängig war. In Vertretung des Generals Buchalski führte in dieser kritischen Zeit den Befehl über die Legionen Oberst Szepthycki. In einer ersten Lage bewies er großen politischen Verstand.

Am 12. Oktober versammelte er in Baranowitschi die Offizierkorps aller Legionenregimenter um sich und erklärte, daß er, der Wichtigkeit des Entschlusses, den er gefaßt, sich bewußt, die Gesuche um Entlassung aus den Legionen an das höhere Kommando nicht weitergeben, von ihnen keinen dienstlichen Gebrauch machen werde. „Für diesen Schritt — sagte der Oberst — übernehme ich die volle Verantwortung gegenüber der polnischen Sache und gegenüber den Militärbehörden.“ Dies war ein männlicher und zweifellos politischer, vernünftiger und für die nationale Sache günstiger Entschluß. Die Legionen nahmen ihn zur Kenntnis — und warteten auf die Erledigung der Gesuche, ohne auf die Entlassung zu drängen. Aus der Heimat gelangten verschiedene Nachrichten an uns, die bald einen Hoffnungsstrahl brachten, bald Verzweiflung austreuten und Unruhe erweckten. Der Glaube an die polnische Sache aber erlosch nicht. Davon überzeugte sich Oberst Szeptycki, als er am 19. Oktober an die Regimenter einen Befehl erließ, in welchem er feststellen ließ, wer von den Legionären folgende Klausel unterschreiben werde: „Ich will aus den Legionen freiwillig austreten, weil ich die polnische Sache für verloren halte“. Natürlich unterschrieb eine solche Erklärung niemand. Alle Soldaten antworteten einmütig, daß die polnische Sache lebe und niemals verloren gehen könne.

Es kamen dann die mit dem geschichtlichen Datum des 5. November verknüpften geschichtlichen Ereignisse. Polen wurde proklamiert, aber das Schicksal der Legionen war unentschieden. Auf die ganze Nation gestützt, neigte schließlich Oberst Szeptycki die fortwährend schwankende Wagschale der Ereignisse zu Gunsten der Legionen. Als die Sache noch schwankte, setzte er seinen ganzen militärischen und persönlichen Einfluß, weit mehr als das — denn seine eigene Ehre ein, um die Legionen zum Anfang des polnischen Heeres zu machen. Mit dieser freudigen Nachricht kam Oberst Szeptycki vom Sitz des österreichisch-ungarischen und deutschen Kommandos in das Quartier der polnischen Legionen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees, Professor Jaworski, begrüßte die Ernennung des Grafen Szeptycki zum Kommandanten der polnischen Legionen in einem Telegramm, auf welches er heute vom Grafen Szeptycki eine Erwiderung erhielt. In seinem Schreiben versicherte der neue Kommandant das Oberste Nationalkomitee, daß das, was er getan, nur ein kleiner Teil und eigentlich nur die Beendigung des großen Werkes sei, welches das Oberste Nationalkomitee eingeleitet und 2 Jahre hindurch unter ungeheuren Schwierigkeiten vollständig erhalten und entwickelt habe. Diese Überzeugung wohne in der Tiefe der Seele eines jeden nüchtern Denkenden und würde von der Geschichte anerkannt werden.

Aus Nr. 333 des Naprzód (Kraśau)
vom 2. Dezember 1916.

Die Demission des Obersten Sikorski nicht angenommen.

Warschau, den 1. Dezember.

Wie wir erfahren, ist die Demission des Obersten Sikorski von dem I. und II. Kommando der Legionen nicht angenommen worden. Sie ruft in Warschau und unter den im Königreich Polen zerstreuten Mitarbeitern der Militärabteilung zahlreiche Kommentare hervor. Die Verwunderung der Anhänger der Militärabteilung ist groß. Der Chef der Militärabteilung versicherte sie nämlich, daß er im Einverständnis mit dem Nationalrat handele, wenn er die Werbung

organisiere, daß er eine wichtige nationale Pflicht erfülle und seinen Posten nicht verlassen werde, bis er diese Pflicht vollständig erfüllt habe.

Aus Nr. 1 des Głos Stolicy (Warschau)
von 29. November 1916.

Unter dem Zeichen der Fahnenjunker.

Warschau, den 29. November 1916.

Vor vielen Jahren hat an diesem Tage eine Handvoll junger Schwärmer gegen die Tyrannei und das Unrecht zu den Waffen gegriffen.

Zuerst stellte sich nur die Warschauer Bevölkerung und ein Teil des damals noch bestehenden polnischen Heeres auf ihre Seite, während der andere Teil, während die maßgebenden Vertreter der Volksgesamtheit, die Würdenträger und Generale, die sich von einem trügerischen Ehrgefühl oder vom Mangel an nationalem Sinn leiten ließen, sich gegen sie erklärten.

Es entstand ein brudermörderischer Kampf. Jedoch siegte der gesunde Instinkt des Volkes, und einige Tage später erhob sich ganz Polen gegen Moskau; der Großfürst Konstantin aber floh nach dem Osten.

Seit dieser Zeit ist der Jahrestag dieser Tat ein Festtag für Polen geworden. Man ehrte in dieser Tat die Begeisterung, den Eifer, den Opfermut, vor allem aber die Kühnheit der vollbrachten Tat, durch die das Volk aus der Ohnmacht und Verzweiflung emporgerichtet wurde.

Die selben wertvollen Elemente haben sich auch in unserer Zeit wieder belebt, da wieder eine Schar junger Männer den großen Anstoß für Polen gab. Und wiederum fanden sie kein Verständnis. Nicht genug, daß sie mit dem schrecklichen, starken und anfangs siegreichen Feind kämpfen mußten, mußten sie auch gegen ihre eigenen Landsleute kämpfen; sie mußten die Zweifelhiden überreden, die Schwachen mit Zuversicht erfüllen, die Furcht oder die schmachliche Anhänglichkeit an den Feind bezwingen.

Und sie haben es unternommen. Aber nicht zwei Tage, sondern zwei Jahre dauerte diese Sisyphusarbeit, diese quälende Absonderung, ehe die Bevölkerung des Königreichs ihre Mission erfaßt und den Wert der Tat der Legionen schätzen gelernt hat.

Endlich öffneten sich die Tore unserer Knechtschaft. Am 5. November vernahmen wir die Worte, die von Generationen vergeblich erwartet wurden, für die ein ganzes Meer teuren Blutes vergossen und so manches schöne Leben hingegeben wurde.

Sollen wir noch zögern und hinhorchen, ob der, der uns vor einem Jahrhundert in die schreckliche Knechtschaft gebracht hat, nicht dagegen protestieren wird, oder werden wir mit der menschlichen Natur der eignen Bewegung die Gefängnischwelle der russischen Herrschaft überschreiten, ans Tageslicht gelangen und die Fundamente des eignen Staates bauen?

Die Ungewißheit des Schicksals verurteilte uns zu passivem Abwarten, trübte die Einheitlichkeit der voraussichtlichen Lösungen und entzweite diejenigen, die ein gemeinsames Ziel haben und sich nur über den einzuschlagenden Weg nicht verständigen können. Heute wissen wir, was wir erwarten können und welches das Minimum der Errungenschaften ist, das Polen aus diesem Weltsturm davontragen kann. Unmöglich können wir uns länger auf fremde Anregung und Hilfe verlassen. Wir müssen selbst unsere Geschicke in die Hand nehmen, müssen durch eigne Anstrengung, durch Blut und Opfer das Gebäude des polnischen Staates stützen, um ihm wieder den ehemaligen Glanz zu verleihen.

Es wird hierbei für niemanden an Arbeit mangeln, und es wird niemand von ihr zurückgestoßen werden, wenn er nur ehrlich und stark an den Erfolg der unter-

nommenen Mühe glaubt, wenn er sich nicht nach rechts und links umsieht und darauf achtet, was die andern dazu sagen werden, sondern wenn er weiß und versteht, daß jetzt die Zeit des Wiederaufbaues da ist.

Die Furcht und das nichtswürdige Abwarten, daß die Zukunft das erledigen möge, was wir schon heute vollbringen können, sind lediglich geeignet, die Sache von neuem hinauszuschieben und eine neue Enttäuschung zu bringen, die wir in der Hoffnung auf die edle Intervention Westeuropas schon so oft erlebt haben. Wir kennen nur zu gut die Folgen dieser verlockenden Versprechungen, die so häufig unser Land ergriffen und verblendet haben, es aber niemals zu beglücken vermochten. Jetzt ist die beste Zeit, das Geschick Polens in die eigne Hand zu nehmen, und es ist Gelegenheit vorhanden, die Tüchtigkeit, den Verstand und den Willen des Volkes zu erproben.

Den gegenwärtigen Augenblick und die Pflichten, die er dem lebenden Geschlecht auferlegt, so verstehend, treten wir an die neue Werkstatt journalistischer Arbeit, um das Gefühl für die Bedeutung des geschichtlichen Augenblicks im Volke zu verbreiten, um das Zögern und den Zwiespalt zu beseitigen und die polnische Allgemeinheit zu einer aktiven Politik zu bewegen.

Infolgedessen haben wir das Bewußtsein der moralischen Pflicht, nach Möglichkeit die sich aufstürmenden Hindernisse zu beseitigen, die sich unsern Landsleuten in den Weg stellen, welche den persönlichen Mut, die geistige Kraft und die tatsächliche Möglichkeit haben, die verantwortungsvollen Funktionen der vorläufigen Vertretung und Leitung des Volkes zu übernehmen, bis günstige Verhältnisse die Entstehung einer normalen und bevollmächtigten Vertretung des Staates gestatten werden.

Der Wechsel, der sich in der rechtspolitischen Lage des polnischen Volkes vollzogen hat, erfordert eine gründliche Änderung unserer sozialen Psyche. Die oppositionelle oder revolutionäre Widerstandskraft, die unser hauptsächlichste und wertvollste nationale Tugend während der russischen Herrschaft gewesen ist, würde gegenüber dem polnischen Staate namentlich in der Übergangszeit ein schwerer Fehler und ein Vergehen sein. Indem wir zu Europa zurückkehren, müssen wir vor allem bestrebt sein, das Verhältnis zum Staate auf das Fundament des Rechts zu stützen und umgekehrt. Legalität und Loyalität gegenüber den jungen polnischen Behörden ist das erste Gebot der neuen Zeit, für dessen Erfüllung wir schon heute sorgen und kämpfen müssen. Wenn sich diese Urzelle des Volkskörpers, die einzelne Person in ihrem Verhältnis zum Staate umgestalten wird, wenn sie von dem Rechtsgefühl, die Erfüllung des Gesetzes zu beachten und sich selbst ihm zu unterwerfen, durchdrungen sein wird, dann wird das ganze Volk erwachen und zur Verteidigung der ihm gebührenden Rechte besser befähigt sein.

Dieses Interesse der staatlichen Gemeinschaft werden wir über das Wohl der einzelnen Partei, der einzelnen sozialen Klasse und der einzelnen Gedankenrichtung stellen. Indem wir die Notwendigkeit einer Differenzierung der modernen Volksgesamtheit in dieser Beziehung anerkennen, schieben wir die Reibungen der verschiedenen Anschauungen und gegensätzlichen Interessen für die Zeit nach dem Kriege auf und erkennen den Grundsatz des inneren Friedens in vollem Umfange an. Wenn große Völker, die staatlich organisiert sind und auf dem Wege der kulturellen und sozialen Entwicklung weiter fortgeschritten sind als wir, während des Krieges diesen Grundsatz aufgestellt haben und ihn auch befolgt, so muß er umso mehr in dem erst in der Entwicklung begriffenen polnischen Staate angenommen werden. Aber dieser innere Frieden soll nicht ein Deckmantel für die egoistischen Forderungen der besitzenden Klassen sein. Im Gegenteil, er mußte die Bedürfnisse und die

Wohlfahrt der breitesten Volksmassen im Auge haben, ihre schwierige Lage beachten und sich um das Auffinden von Mitteln der Abhilfe kümmern.

Wir teilen nicht die Ansichten jener Doktrinäre, die ein neuerrichtetes Polen nicht auf der Grundlage der Demokratie haben wollen, oder derjenigen, die darauf verzichten, wenn es auf der Grundlage der Aristokratie entstehen sollte, sondern wir wollen es mit Mochnacki mit allen Mitteln und mit Hilfe aller Kräfte wiederaufbauen.

Möge der Geist der Generation, die uns den polnischen Staatsgedanken als Erbe hinterlassen hat, möge der Geist der Fahnenjunker, die durch die Tat Polen aus dem Zustande der Erstarrung und der Ohnmacht herausgerissen haben, möge die Erinnerung an den heutigen Jahrestag uns zur Verwirklichung des so nahen Ideals der Unabhängigkeit Polens führen.

Aus Nr. 330 des *Naprzód* (Kraſau)

vom 29. November 1916.

Die Bauernversammlung in Warschau.

Warschau, den 26. November 1916.

Eine große Bauernversammlung, organisiert von (Zensurlücke) Herrn Alexander Zawadzki, versammelte bis 5000 Bauern, Volksschullehrer und die gebildete Welt aus der Provinz beider Okkupationsgebiete. Eine so große Zusammenkunft erleichterte der Umstand, daß, wer nur wollte, ohne Fahrkarte gegen besonders von der Behörde herausgegebene Nummern reisen konnte. Der Saal der Philharmonie war heute überfüllt. Von Anfang an brachte man Hochrufe auf die polnische Regierung, auf „das von einer polnischen Regierung einberufene Heer“ und auf Pilsudski aus. Die Versammlung eröffnete Herr Zawadzki, indem er von der Bedeutung des 5. November, von der göttlichen Gnade, der wir dies verdanken usw., und schließlich von den Legionen sprach. Er schloß mit den Worten: „Heil den Legionen“, worauf der Saal antwortete: „Es lebe Pilsudski!“ Dann begann Herr Zawadzki von dem Obersten Sikorski und von der Militärabteilung des Obersten Nationalkomitees zu sprechen (Zensurlücke).

Nach der Eröffnung begann die Versammlung die Wahl des Präsidiums und nicht seine Ernennung durch Herrn Zawadzki zu verlangen. Die Unruhe im Saale ließ erst dann nach, als zum Präsidium der Geistliche Wluzinski gebeten wurde. Es sprach vor allen eine ganze Reihe von Bauern, welche aus Lublin von Herrn J. Dabski mitgebracht wurden, — über das Thema der Einigkeit und Eintracht. Einer von ihnen brachte eine Entschliesung ein, welche auf der Estrade mit Beifall und hier und da im Saale mit Protesten der ungeheuren Mehrheit aufgenommen wurde. Leuten, die sich zum Wort melden, wird das Wort aus der Mitte des Saales entzogen. Es spricht Herr Dabski über Einigkeit und Eintracht, indem er im weiteren Verlaufe der Rede darlegt, daß „ein polnischer König, ein polnisches Heer, vor allem aber ein polnisches Heer und eine polnische Regierung sein müßten.“

Unter lauten Protesten bemerkt er am Schluß: „Die polnische Regierung kann das polnische Heer berufen.“ Die Rede wird von der Estrade und von einem Teil des Saales mit Beifall aufgenommen. Es erhebt sich der Ruf: „Nur eine polnische Regierung kann ein polnisches Heer berufen.“ Es redet ein Bauer aus Lublin: „Ich habe einen Sohn in der Brigade Pilsudskis, und ich weiß, wie man ihn ehren muß“ (stürmischer Beifall). Es ergreift der Geistliche Statkiewicz aus Radomsk das Wort: „Wir fordern eine polnische Regierung, nur sie wird ein Heer (Zensurlücke), einen polnischen König aus einer katholischen Dynastie berufen“ usw. Der ganze Saal nimmt diese

Rede mit lebhaften Beifall auf. Was den von Herrn Zawadzki geplanten Umzug nach dem Schloß betrifft, so verwahrt sich der Geistliche St. tatkräftig dagegen (stürmischer Beifall). Es sprechen noch eine Reihe von Rednern. Die Verteidigung der Militärabteilung begegnet stürmischen Protesten. Es wurde eine Entschließung des Geistlichen Starkiewicz angenommen, die von dem Geistlichen Błazinski verlesen wurde und die Forderung enthielt: Einen König, einen Landtag, eine Regierung, ein Heer (Zensurklücke).

Die den Saal verlassende Menge stellte sich zu dem Zuge der Polnischen Militärischen Organisation auf mit den Transparenten: „Regierung“ „Heer“, „Pilsudski“. Es bildeten sich zwei Gruppen, eine bei den Transparenten, eine zweite bei Herrn Zawadzki. Auf dem Warecki-Platz wird der Umzug des Herrn Zawadzki gesprengt. Alle folgen in der Richtung der Neuen Welt den Transparenten der Polnischen Militärischen Organisation. Herr Zawadzki war Gegenstand feindlicher Rundgebungen.

Überhaupt nahm die Versammlung einen von den Herren Zawadzki und Dabzki nicht erwarteten Charakter an und endete mit ihrer vollständigen Niederlage.

Aus Nr. 570 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 29. November 1916.

Um den Landtag und um die Regierung.

In Warschau fand am Sonntag eine große Bauernversammlung statt. Der Kraukauer „Kurjer Illustrowany“ bringt darüber folgenden Bericht:

Die am Sonntag nach dem Saale der Philharmonie einberufene große Bauernversammlung war sehr zahlreich besucht, sie vereinigte 4—5000 Teilnehmer (Bauern, Lehrer und Geistliche), aber sie hatte einen stürmischen Verlauf. In der Versammlung gerieten nämlich zwei Gruppen zusammen: Die eine unter der Leitung der Herren Zawadzki und Dabzki, welche sich mit dem Militärdepartement des Obersten Nationalkomitees solidarisch erklärte, die andere, welche sich zu den Lösungen des nationalen Zentralkomitees und der polnischen militärischen Organisation bekannte. Diese Gruppe verlangte zuerst die Einsetzung einer polnischen Regierung sowie eines Regenten, dann erst erklärte sie sich bereit, ein Heer zu bilden, sie brachte auch fortwährend Hochrufe auf Pilsudski aus.

Die Versammlung eröffnete Herr Zawadzki, indem er mit einem Hochruf auf die Regionen schloß, worauf die Mehrheit antwortete:

„Es lebe Pilsudski!“

Die Wahl des Präsidiums rief einen neuen Sturm hervor; ein Teil der Teilnehmer protestierte gegen die von Herrn Zawadzki vorgeschlagenen Persönlichkeiten. Erst als auf der Estrade der volkstümliche Geistliche Błazinski Platz nahm, legte sich der Sturm. Es folgten zahlreiche Ansprachen. Zunächst ergriffen einige Bauern aus dem Lubliner Bezirk das Wort und ermahnten zur Eintracht, dann sprach Herr Dabzki, dessen Rede seitens eines Teils der Teilnehmer Proteste hervorrief.

Sodann hob der Geistliche Starkiewicz aus Radomsk unter stürmischem Beifall hervor, daß nur eine polnische Regierung die Macht habe, ein Heer zu berufen. Der Geistliche Starkiewicz forderte auch einen König aus einer katholischen Dynastie als sichtbares Zeichen eines wirklichen Staatswesens. Er schloß mit einer Entschließung, welche einen König, einen Landtag, eine Regierung und ein Heer forderte. Im Anschluß daran sprachen noch mehrere Redner, von denen ein Teil die Aktion des Militärdepartements unterstützte, was Proteste hervorrief. Die Versammlung nahm mit bedeutender Mehrheit die Entschließung des Geistlichen Starkiewicz an.

Nach Beendigung der stürmischen Beratungen ordneten sich die Teilnehmer der Versammlung zu einem Umzuge. Herr Zawadzki schlug einen Umzug nach dem Schloß vor, wogegen jedoch die Mehrheit protestierte. Die Mehrheit stellte sich an dem Transparent der polnischen militärischen Organisation auf und zog unter Hochrufen in der Richtung der Kraukauer Vorstadt.

An die Teilnehmer der Versammlung und an die Vorübergehenden wurden in Massen Aufrufe verteilt. Auf der einen Seite des Aufrufs in Buchform prangten das Porträt des Erzherzogs Karl Stefan, Ansichten des alten Schlosses in Sanbusch (Galizien), des neuen Schlosses und der Adler Sigismunds. Die andere Seite enthielt folgenden Text:

„Erzherzog Karl Stefan ist 56 Jahre alt.

In seinen Adern fließt das Blut folgender polnischen Könige: Mieszkos I., Boleslaus Chrobry, Mieszkos II., Kasimirs des Erneuerers, Wladislaus Hermanns, Boleslaus Schiefmunds, Wladislaus II., Mieszkos III., des Alten Kasimirs des Gerechten, Konrads, Heinrichs des Bärtigen, Heinrichs des Frommen, Wladislaus Lokieteks, Kasimirs des Großen, Wladislaus Jagiello und Kasimirs des Jagellonen.

Er ist von Geburt Katholik, spricht ausgezeichnet polnisch. Seine Kinder haben eine polnische Erziehung genossen. Zwei Töchter hat er an Polen verheiratet. Er ist ein sehr gebildeter Mann und Protektor des höchsten polnischen wissenschaftlichen Instituts, der Kraukauer Akademie der Wissenschaften. Als Admiral ist er mit Kanonen und Maschinen vertraut. Er ist ein ausgezeichnete Landwirt. Er unterstützt tatkräftig die polnische Volksindustrie. Er nahm sich herzlich der verwundeten polnischen Soldaten an. In den schwersten Zeiten für das polnische Volk stand er allein auf seiner Seite und nahm an den polnischen Nationalfeiern teil.

Wo finden wir einen besseren König? Vereinigen wir uns alle unter der Losung: Es lebe der polnische König Stefan II!“

Aus Nr. 613 des Goniec (Warschau)
vom 5. Dezember 1916.

Echo der Bauernversammlung.

Die Bauernversammlung, die am 26. November im großen Saale der Philharmonie stattfand, gibt viel zu denken, umso mehr, als sie die erste zahlreiche Bauernversammlung mit Vertretern aus verschiedenen Landesteilen in der denkwürdigen Zeit, welche die polnische Nation durchlebt, war.

Nach dem Ernst der versammelten Bauern, ihrer festlichen Stimmung und des inneren Gehalts der bäuerlichen Ansprachen, die so klar, gesund und herzlich ausfielen, zu urteilen, konnte man erwarten, daß diese Versammlung einfach außergewöhnlich ausfallen werde.

Indes waren wir dank der schlechten Organisation der die Ordnung aufrechterhaltenden Wache, was die Schuld des Hauptorganisators, des Herrn M. Zawadzki, des bekannten Sozialpolitikers, Redakteurs des „Głos Polski“ und Leiters des Nationalen Bauernbundes, und insbesondere eine Folge der Wühlerei verschiedener unreifer Anhänger des ebenfalls unreifen und durch die demagogische und obstruktive Tätigkeit gegenüber Polen schädlichen Demagogentums Zeugen von Radauzungen und Krafteelen.

Es konnte sie nicht einmal der ruhige und verständige Ton der Bauernredner beschwichtigen, die die Schreier und Krafteeler, die verschiedene Grünschnäbel und Agitatoren, die in die Versammlung gekommen waren, um ihren Ernst und ihre Harmonie zu stören, beschämten.

Es ist zweifellos die Schuld des Herrn M. Zawadzki, daß er es nicht verstanden hat, weder ein tatkräftiges Präsidium noch eine Sicherheitswache zu organisieren, daß er jeden nach seinem Belieben schalten und walten ließ. Zwar kann er zu seiner Entschuldigung anführen, er habe nicht angenommen, daß an einem so festlichen Tage, an dem der ersten Bauernversammlung, auf welche die Augen sehr vieler gewichtiger Faktoren gerichtet waren, gewöhnliche Straßenkrawalle soviel Verwirrung anrichten und die Feiertagsstimmung unserer Gäste vom Lande so verderben könnten.

Als alter Organisator mußte er jedoch wissen, daß es für nationale Stänker und Schädlinge keine Grenzen gibt, für Leute, die unter dem Vorwande, für Polen zu arbeiten, nur seine (Polens) Macht schwächen und unter dem Vorwande, daß die entsprechenden Bedingungen für die Bildung eines großen Heeres fehlen, eine zielbewußte Obstruktion treiben, damit es dieses Heer nicht gäbe.

Je länger die Obstruktion dauern wird, umso größer sind ja die Chancen, daß es kein Heer geben, es also nicht nötig sein wird, sich für die Freiheit des Vaterlandes zu schlagen. Als im August 1914 unsere Schützen und dann die Legionäre gegen Moskau zogen, hatten sie gar keine Garantien, aber sie gingen im Gefühle der Pflicht und des Hasses gegen Rußland. Die jetzigen, Obstruktion treibenden Helden haben eine sichere Garantie und streifen doch. Ihre Abneigung gegen den Kampf fürs Vaterland bedecken sie mit dem Deckmantel des sehr „feuren“ Patriotismus, des Patriotismus des Maulheldentums und der Wühlererei. Wir wissen, daß sich darunter ein Teil der gesunden Jugend befindet, der zu sich kommen und sich nicht lange von Demagogen und Schädlingen am Gängelbände führen lassen wird, aber darauf muß man noch eine Weile warten und das Seinige tun.

Man muß die Volksgesamtheit organisieren trotz der Tendenzen der Obstruktionisten, die unter dem Vorwande einer russenfeindlichen Front eine Tätigkeit entfalten, die in ihren Folgen russenfreundlich ist.

An diese Arbeit muß sich die Volksgesamtheit machen, denn sie hat wohl gemerkt, wohin sie die Handvoll von Abenteuern führen will, die eine Clique nach dem Muster der Freimaurer bilden.

Also hatte die Bauernversammlung dank diesen Radaumachern und Stänkern, in ihrem Unglück die gute Seite, daß sie ein nur allzu grelles Licht auf die Zügellosigkeit, Gedankenlosigkeit und Schädlichkeit der Elemente warf, die sich um die Demagogie gruppieren oder unter ihrem Kommando stehen.

Die Krönung dieser Zügellosigkeit war eine ganze Reihe der widerwärtigsten und brutalesten Aufrufe, Wünsche, Briefe voll Insinuationen, aus denen hervorgeht, daß es diesen Herren nicht um das Wohl der Sache, sondern um persönliche Einflüsse und um die Möglichkeit einer ungezwungenen außer Rand und Band geratenen Ausschweifung zu tun ist.

Heiterkeit, Gesundheit und Vernunft schlugen uns dafür von den Bauern entgegen. Das ist zweifellos eine Schicht, auf die sich die polnische Regierung als auf eine gesunde und vernünftige Schicht wird im Ernst stützen müssen.

Für uns, die wir von der engherzigen Parteilichkeit der verschiedenen Gruppen und Grüppchen in Anspruch genommen sind, die heute schon ausschließlich nur an Posten und Einflüsse denken, war diese Bauernversammlung ein belebender Quell, in dem wir uns gern erfrischt und aus dem wir in dieser unangenehmen Zeit die Hoffnung geschöpft haben, daß es in Polen noch Kraft und Gesundheit gibt.

Diese einfachen Leute ließen sich nicht durch Geschrei und Reklamen auf den Leim führen, manche sagten ausdrücklich, sie verehrten, obwohl ihre Söhne in der I. Brigade seien, alle Kämpfer für die Freiheit, und als die Radaumacher die Ansprache eines

Legionärs, der bisher an der Front war, jetzt in der Militärabteilung ist und eine Obstruktion in Sachen Polens und der Armee nicht anerkennt, stören wollten, da schlugen die Bauern Lärm und verlangten, daß man die Radaumacher hinauswerfe.

Hätten die Bauern diesen Standpunkt gegen das Duzend Schreier sofort eingenommen, dann wäre die Versammlung sehr ernst verlaufen. Und sicher hätten sie das in ihrem Dorf oder in ihrem Kreise getan. In Lublin z. B. warfen die Bauern, als sich einige Teilnehmer in einer Versammlung provokatorisch verhielten, die Radaumacher hinaus, und es trat Ruhe ein. In Warschau fühlten sich die Bauern etwas eingeschüchtert, was eine Handvoll von Störenfrieden benutzte, um in der Versammlung Verwirrung anzurichten, die sie dann mit sich auf die Straße hinaus trug, wo sie sich, da sie nicht einmal die Sicherheitswächter hatten, die in der Philharmonie waren, schon ganz gewöhnliche Straßenkrawalle zuschulden kommen ließen. Diejenigen, die da verkündeten, sie schmachteten nur so — schon seit 1½ Jahren — nach dem Kampfe gegen Rußland, haben sich sehr unanständig betragen, und zusammen mit ihnen ihre moralischen Rädelzführer und Heher.

J. Makowiecki.

Aus Nr. 604 des Goniec (Warschau)
vom 30. November 1916.

Gegen die Obstruktion des Nationalen Zentralkomitees.

Marx sagte, daß jede Erscheinung in der Geschichte zweimal hervortrete: einmal als tragische Erscheinung, das zweite Mal als komische Erscheinung.

Tragisch war das Zentralkomitee vor den Aufständen; sonderbar ist das sogenannte Nationale Zentralkomitee.

Eine ernste und zum Leben berechnete Gruppe ist die P. P. S., welcher wir wünschen würden, daß sie an die besten Überlieferungen dieser Partei anknüpfe und ein erfolgreiches Übergewicht gegen die für unsere staatlichen und nationalen Bestrebungen feindliche „Sozialdemokratie“ würde. Ernst ist der Nationale Arbeiterverband, welcher der Vertreter derjenigen politischen Reize der Arbeiter ist, die zum Emanzipationskampfe dieser Schicht nicht mehr die sozialistischen Lojungen mit ihren konventionellen Lügen braucht, wie die Internationalität, die Erhöhung des Proletariats auf Kosten der anderen Schichten.

Die genannten zwei Gruppen weisen häufig Gegensätze auf, sowohl unter einander als auch gegenüber dem Nationalen Zentralkomitee, sie werden aber gemeinsam von mehreren politischen Strebern ausgebeutet, die da glaubten, daß sie, wenn sie sich „Nationales Zentralkomitee“ genannt haben, die nationale Regierung sein werden. Das nationale Zentralkomitee ist genetisch verbunden mit der Organisation, genannt Hauptkomitee der Unabhängigkeitsparteien, welches die Gruppen des Verbandes der Patrioten, des Arbeiterverbandes, der P. P. S. und der Konföderation vereinigt.

Im verflossenen Jahre, kurz nach dem Einmarsch der Deutschen in Warschau, als dank dem, daß sich in Warschau einige hundert Jünglinge fanden, welche den Wunsch aussprachen, dem polnischen Heere beizutreten, eine 20tägige Werbung abstatet wurde, wodurch in der Verordnung vom 3. März, welche die Werbung verbot, eine Lücke gemacht wurde, erließ das sogenannte Hauptkomitee der Unabhängigkeitsparteien einen Aufruf, der zur Einstellung der Werbung aufforderte. Es begründet dies damit, daß seitens der Mächte in der polnischen Frage noch keine Erklärung vorliege und nicht bekannt sei, ob ihre Heere zu

unserer Befreiung oder zu unserer Unterjochung gekommen seien.

Dies war eine Rückkehr zu dem Standpunkt, welchen die Nationaldemokratie seit Kriegsbeginn einnahm, einen Standpunkt, welcher von den Unabhängigkeitsparteien tatkräftig bekämpft wurde, die behaupteten, daß eine Niederlage Rußlands unsere Befreiung zur Folge haben müsse.

Heut verstehen wir, warum der Akt vom 5. November nicht vorher erfolgen konnte. Konnte man zu Warschau, welches im ersten Kriegsjahre in russenfreundlicher Richtung sprach, die später freiwillig verstummte, — im vorigen Jahre in einem solchen Akt reden, wie der Akt vom 5. November ist?

Heut stellen wir doch fest, daß die von jenem Hauptkomitee der Unabhängigkeitsparteien ausgesprochenen Zweifel heut durch den Akt vom 5. November zerstreut worden sind. Die Absichten der Mittelmächte gegenüber Polen wurden schon, und zwar sehr klar formuliert. Die Folge hiervon muß die Unterstützung der Werbung durch die Unabhängigkeitsgruppen sein. In diesen Gruppen gibt es aber demokratisierte Leute, die an der politischen Demoralisierung der Gruppen arbeiten, indem sie mit einer Obstruktion gegen die Bildung eines polnischen Heeres hervortreten.

„Ein polnisches Heer kann nur von einer polnischen Regierung ins Leben gerufen werden“, sagen sie.

Was heißt das? Wir selbst behaupten, daß zu einer zwanagsweisen Rekrutierung eine polnische Regierung unentbehrlich ist. Wir verstehen, daß jede Funktion ein besonderes Organ verlangt, daß sich ohne Berufung einer besonderen Militärabteilung die Bildung eines polnischen Heeres nicht mit gebührender Gewandtheit vollziehen kann. Sodann kann eine Reihe anderer Organe der polnischen Regierung an der Bildung einer polnischen Wehrmacht mitwirken.

Daher sind wir gegen eine Obstruktion bei der Bildung der polnischen staatlichen Organe, gegen die Obstruktion, der sich das Nationale Zentralkomitee angeschlossen hat. Wir sind umsomehr bei der Bildung der polnischen Wehrmacht gegen eine Obstruktion.

Diese Obstruktion fördert das Oberste Nationalkomitee, wenn es die Forderung in den Vordergrund stellt: zunächst die Regierung, dann das Heer, und wenn es gemeinsam mit den Russenfreunden eine Aktion gegen die Werbung führt.

Im verflossenen Jahre war eine Schutzimpfung gegen die Weibung der Legionen die Polnische Militärische Organisation. Anstatt zur Schaffung eines polnischen Heeres fordert das Nationale Zentralkomitee in seinem Bulletin zur Polnischen Militärischen Organisation auf. Nicht um einen polnischen Kriegszug nach dem Osten handelt es sich den Herren vom Nationalen Zentralkomitee, sondern um Straßenumzüge, welche Krähen verscheuchen. Wir wollen ein diszipliniertes und starkes Heer, wir wollen also nicht die Entwicklung irgend eines Heeres im Heere, einen Schmarotzer an seiner Tüchtigkeit.

Wenn das Nationale Zentralkomitee schreibt, daß „das Heer auf Grundlagen aufgebaut sein müßte, welche ihm die Unabhängigkeit von fremden Faktoren sichern“, also unter der Leitung von Leuten, welche diese Selbstständigkeit gewährleisten, sowie mit Mitteln, welche der polnischen Regierung zur Verfügung stehen werden, so macht es unter der Losung patriotischer Redensarten Obstruktion.

Unser Heer kann nur mit Hilfe der Mittelmächte entstehen. Diese tatsächliche Abhängigkeit von ihnen in der Bildung dieses Orans ist eine Tatsache. Die Legionen sind hier als Madres, wir haben also auch einen Anteil an der Arbeit der polnischen militärischen Kräfte, die uns den Charakter des Heeres gewährleisten. Der Etat des polnischen Heeres wird in Zukunft

von der Staatskasse übernommen werden. Aber es wäre strafbar, bei der Bildung einer Armee Obstruktion zu machen, bis in der polnischen Staatskasse sich entsprechende Mittel befinden werden.

Wladislaus Studnicki.

Aus Nr. 543a der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 27. November 1916.

Das Nationale Zentralkomitee

hielt am 26. November im Palais de Glace eine Versammlung ab, in welcher folgende Entschliessung angenommen wurde:

„Die dem Vierverband angehörenden Staaten haben die polnische Frage als eine Frage Rußlands erkannt und einen Einspruch gegen die Proklamation eines unabhängigen polnischen Staats veröffentlicht. Durch diesen Akt haben sie sich unseren Feinden angeschlossen.

Die Fahne zum Kampfe um die Eroberung und Sicherung des unabhängigen polnischen Staats emporrichtend, fordern wir die Nation auf, eine eigene Vertretung zu bilden, welche zur Wahl der polnischen Regierung und Schaffung eines polnischen Heeres berufen sein wird.

Wir betrachten den Einspruch der Vierverbandsstaaten als eine für die Freiheit der europäischen Völker schädliche und mit dem Gebot der durch das Blut ganzer Geschlechter Europas erlangten Freiheit in Widerspruch stehende Tat.

Die Polen aber werden, um die Unabhängigkeit ihres Staates kämpfend, nur durch diesen Kampf den ihnen gebührenden Platz in der Familie der freien Völker Europas einnehmen.“

Aus Nr. 281 der Iskra (Sosnowice)
vom 29. November 1916

Ein Appell der Lehrer — Anhänger der Unabhängigkeit — im Königreich Polen.

Gebadet in den Fluten des Styr — stehe auf!

Kollegen und Kolleginnen!

Nach hundertjähriger Sklaverei unseres Volkes, nach langen Jahren der Marter und des Unrechts, das von der Hand des großen moskowitischen Henkers herrührte, erschint heute vor uns das glänzende Traumbild der Unabhängigkeit und fängt an, reale Gestalt anzunehmen. In dem großen Wirbelbrande, mitten in den Strömen von Blut und dem Donner der Geschütze entsteht das, was für uns das Vaterland des täglichen Lebens war, wofür wir unsere opferfreudigen Mäkte einsetzten. Es fallen die Fesseln und Ketten, es werden die Grabsteine gesprengt und — Polen ersteht. Unser Sehnen fängt an sich zu verwirklichen, und die Träume unserer Väter und Vordäter werden erfüllt.

Jedoch, Kollegen, ist dies erst das Morgenrot, erst der Wendepunkt unseres blutigen Geschicks zum Licht. Es liegt noch alles vor uns, und alles ist erst zu schaffen; von uns hängt es ab, wie dieses Polen werden wird und welchen inneren Inhalt wir ihm geben können. Das ganze Volk muß jetzt eine riesige Aufgabe übernehmen und zur Gestaltung des freien Polens beitragen. Wir Lehrer müssen uns in erster Linie zur Arbeit stellen, und wir werden es tun. Wir werden mit doppelter Tatkraft an die Arbeit herantreten, um ein nicht nur den politischen Formen nach freies sondern auch ein im Geiste freies Polen zu schaffen. Kollegen und Kolleginnen! Polen erwartet jetzt von uns die Tat. Erzeugen wir daher in uns die dazu notwendige Kraft. Vereinigen wir uns zur Arbeit an der Erziehung freier

und tüchtiger Bürger, denn Polen wird so sein, wie die Erziehung seiner Jugend ist.

Es lebe das freie und unabhängige demokratische Polen!

Die Organisation der Lehrer, Anhänger der Unabhängigkeit.

Warschau, den 6. November 1916.

Aus Nr. 330 des Przegląd Poranny (Warschau)
vom 27. November 1916.

Im Namen der Eintracht.

Von einem unserer Leser erhielten wir folgende Zuschrift:

Wir durchleben jetzt geschichtliche Augenblicke. Es entsteht der freie und unabhängige polnische Staat. Hundert Jahre haben wir auf diesen Augenblick gewartet, fest daran glaubend, daß er einmal kommen müsse. Da er nun endlich gekommen ist, müssen wir mit vereinten Kräften handeln, müssen wir alle unsere Kräfte aufbieten, um gemeinsam an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu arbeiten.

Aus diesem Grunde will ich hier eine Frage berühren, welche unsere Presse bisher eifrig gemieden hat, indem sie diese, zum Teil mit Recht, für eine innere korporative Angelegenheit hielt. Indes hat diese Angelegenheit unter den obwaltenden Umständen eine allgemeine soziale Bedeutung angenommen.

Ich will — und zwar ganz offen — von dem polnischen Gerichtswesen in Warschau sprechen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Gerichtsfrage eine tiefe Spaltung unter den Warschauer Juristen hervorgerufen hat. Diejenigen, welche diese Gerichte ins Leben gerufen haben, wurden von ihren Gegnern als Vaterlandsverräter gebrandmarkt, wurden von ihnen boykottiert und in den Straßenkot gezogen. Die Volksgesamtheit nimmt an dem traurigen Schauspiel, welches augenblicklich die Warschauer Rechtswelt bietet, Anstoß. Sie stößt sich daran — aber sie versteht nicht, was den bedauerlichen Zwiespalt hervorgerufen hat und was ihn bisher aufrechterhält.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bloße Tatsache der Eröffnung der Gerichte für die Nation vorteilhaft, eine notwendige Sache ist, denn die Nation kann ohne Gerichte nicht bestehen. Die Zahlen allein beweisen, welch große, nicht nur soziale, sondern auch wirtschaftliche Bedeutung die Eröffnung der Gerichte durch die polnischen Juristen für Warschau hatte. Vom Februar bis zum 1. November d. J. sind bei den Friedensgerichten über 97 000 Angelegenheiten eingegangen, von denen über 91 000 entschieden sind. Der Streitwert der Zivilsachen, die im Laufe dieser wenigen Monate entschieden sind, stellt eine Million Rubel dar, die in die Hände ihrer rechtmäßigen Eigentümer gelangt sind. Der Ausfall dieser Million oder wenn auch nur eines Teils derselben hätte sich dem wirtschaftlichen Stand der Bevölkerung in unliebsamster Weise fühlbar gemacht. Und die Tausende von Strafsachen, von denen jede ein Vergehen gegen die öffentliche Ordnung ist?

Die Volksgesamtheit kann auch nicht verstehen, warum sich manche Warschauer Juristen nicht an dem Gerichtswesen beteiligen, wo doch das Gerichtswesen ausschließlich polnisch ist. Seit vierzig Jahren haben wir doch nicht mehr die polnische Sprache in den Gerichten vernommen; nur Ausländer haben uns bisher unser Recht gesprochen, die weder unsere Sprache, unsere Gewohnheiten, Verhältnisse, noch unser Zivil-, Hypotheken- und Handelsrecht kannten; war es doch soweit gekommen, daß es im ganzen Königreich nicht einen Polen gab, der den Posten eines Friedensrichters bekleidete, und selbst für die Stellen der Gerichtsdiener ließ man orthodoxe Kandidaten aus dem tiefen Innern

Rußlands kommen. Dieses System rächte sich nicht nur in verhängnisvoller Weise an der Ausübung der Justiz, sondern führte auch allmählich den moralischen Verfall unseres von Natur aus so ehrenhaften Volkes und unserer Volksgesamtheit herbei. Die Zahl und die Art der Ausschreitungen wuchs unermesslich im Vergleich zu dem, was früher war.

Alles das sind bekannte und anerkannte Dinge, und deshalb muß festgestellt werden, daß diejenigen, welche das Gerichtswesen organisiert haben, richtig handelten. Der Vorwurf, daß sie ihre Anwalts-solidarität gebrochen haben, indem sie sich nicht dem Beschluß der Mehrheit unterordnen wollten, ist nicht stichhaltig, denn einerseits steht das soziale Wohl höher als die berufliche Solidarität, und andererseits war jene geringe Mehrheit, welche in den Versammlungen der Rechtsanwälte erreicht worden war, nur ganz fiktiv und vertrat nicht im geringsten die Meinung der Warschauer Rechtsanwälte.

Welcher Natur auch immer die Vorwürfe waren, es ist mir hier nicht darum zu tun, die eine Gruppe anzuklagen oder die andere zu rechtfertigen, sondern ausschließlich darum, daß beide Gruppen mit Rücksicht auf den Augenblick Schritte unternehmen sollten, die das beiderseitige Einverständnis herbeiführen und den auf dem Gebiete des Gerichtswesens entstandenen Zwiespalt beseitigen würden. Diejenigen, welche den Anfang machen und eine Annäherung herbeiführen würden, würden sich um das soziale Wohl verdient machen. Soviel mir bekannt ist, nehmen die in der sogenannten „Vereinigung“ gruppierten polnischen Juristen keine unversöhnliche Stellung ein und werden bereit sein, bei allen Bemühungen nach dieser Richtung mitzuarbeiten, wenn diese von dem Standpunkt ausgehen werden, der sozialen Gesellschaft zu helfen, und wenn von parteilichen oder persönlichen Rücksichten nicht die Rede sein wird. Es handelt sich also nur um etwas guten Willen seitens der Gegner, und wir zweifeln nicht, daß sich dieser gute Wille finden und das aufrichtige Verständnis für das öffentliche Wohl der Warschauer Rechtsanwaltschaft erleichtern wird, eine solche Lösung zu finden, welche ein für alle Mal die noch bis jetzt sich bekämpfenden Parteien versöhnen und sie zukünftig nur mit der Sorge für das geliebte Vaterland erfüllen wird.

Civis.

Aus Nr. 23 des Kupiec (Posen)
vom 1. Dezember 1916.

Die wirtschaftliche Kraft des Königreichs Polen.

Das Königreich Polen ist durch das Manifest vom 5. November ein selbständiger Staat geworden. Ich werde mich hier nicht mit der politischen Seite des neuen Staates befassen, sondern mit der wirtschaftlichen, mit der wir nach dem Eintritt des Friedens werden rechnen müssen. Wir wissen, daß das Königreich Polen von Natur aus ein Land ist, das viele Schätze enthält. Es besitzt fruchtbaren Acker, viel Vorräte an Mineralen, sowie einen wichtigen Produktionsfaktor in Gestalt einer starken arbeitssamen Bevölkerung. Die Industrie spielt im wirtschaftlichen Leben Polens eine bedeutende Rolle. Trotzdem ist Polen in erster Linie Agrarstaat, weil der größte Teil seiner Bevölkerung, die Zahl der Einwohner beträgt nach der neueren Statistik 13 Millionen, auf dem Lande lebt. Eine ältere Statistik über gewerbliche Anlagen wies über 500 000 Arbeiter auf.

Unter den landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Landes spielt der Roggen die Hauptrolle (jährliche Produktion etwa 20 Millionen Doppelzentner), ihm folgen Hafer und Weizen. Die Kartoffelernte weist gegen 50 Millionen, die Zuckerrüben-Ernte ungefähr

11 Millionen Doppelzentner auf. Das Gewerbe des Königreichs Polen gliedert sich nach den örtlichen Verhältnissen in drei Hauptgruppen:

Lodz bildet den Mittelpunkt des Textilgewerbes — Sosnowice ist der Sitz der Kohlen- und Eisenindustrie — Warschau das Zentrum der polnischen Maschinenfabrikation, der Herstellung für Metallwaren und der Zuckerindustrie. Das Verhältnis der einzelnen Industriezweige gibt die nachstehende Produktionsstatistik:

Wert der Produktion in Millionen Rubeln:

Montageindustrie	711
Textilindustrie	388
Lebensmittel	154

Welch eine wichtige Rolle die Textilindustrie im Königreich Polen spielt, folgt aus der Tatsache, daß fast die Hälfte aller industriellen Arbeiter in diesem Industriezweige beschäftigt ist. Diese Produktion betrug jährlich 120 Millionen Kilogramm. Es ist soweit gekommen, daß die russische Regierung befürchtete, Lodz würde der Konkurrent der Moskauer Textilindustrie werden. Deshalb schreckte sie auch nicht zurück, diese Stadt zu chikanieren. Trotzdem aber gelang es, Lodz dank seiner Industrie die dritte Stelle auf dem Gebiete der Textilindustrie auf dem Kontinente einzunehmen.

Die Eisenindustrie des Königreichs Polen beruht auf dem Reichtum der Lager des Landes. Die Geologen haben die polnischen Eisenerze auf 400 bis 600 Millionen Tonnen geschätzt. In den letzten Jahren vor dem Kriege wurden durchschnittlich jährlich 300 000 Tonnen Erze gefördert. Den Umfang der polnischen Eisenindustrie weist die nachstehende Tabelle nach:

Es wurden produziert	1913	1912
	Tonnen	Tonnen
Roheisen	426 000	399 000
Halbfabrikate	605 000	529 000
Fertigfabrikate	451 000	410 000

Die oberschlesische Montageindustrie ist sehr abhängig von der Exploitation der Eisenerze im Königreich Polen.

Das Hauptkohlengebiet Polens ist die Dombrower Gegend. Hinsichtlich der Güte steht die Dombrower Kohle der oberschlesischen nach. Sie besitzt weniger Heizkraft. Das war auch der Grund, daß das Königreich Polen viel oberschlesische Kohle importierte. Im Jahre 1913 wurden 6,83 Millionen Tonnen Dombrower Kohle gefördert. Das ist eine ansehnliche Zahl. Es befindet sich in diesen Kohlengruben ziemlich viel französisches Kapital.

Das eine kurze Übersicht auf den wirtschaftlichen Stand des Königreichs Polen. Hoffen wir, daß die wirtschaftliche Kraft wachsen wird, sobald wieder ruhigere Zeiten eintreten, und daß wir ohne das fremde Kapital selbst Nutzen aus dem Reichtum des eigenen Landes haben werden. Wir werden das unzweifelhaft erreichen, wenn das ganze Volk ohne Unterschied zum Ruhme Polens eifrig an die Arbeit gehen wird.

Josef S.

Die polnische Frage im Auslande.

Aus Nr. 331 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 28. November 1916.

Die gegenwärtigen Aufgaben des Obersten Nationalkomitees.

In einem Krakauer Blatte lesen wir:

„Unmittelbar nach Empfang der Nachricht von der Bildung eines Nationalrats in Warschau richteten wir an den stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten

Nationalkomitees Dr. Jaworski die Bitte um Mitteilungen in Sachen des D. N. K. und seines Verhältnisses zum Nationalrat.

Der verehrte Vertreter des D. N. K. erteilte uns in dieser Angelegenheit Nachrichten von weittragender Bedeutung. Dr. Jaworski erklärte uns, daß in dem Moment der Entstehung einer polnischen Regierung und der Bildung eines polnischen Heeres die Mission des D. N. K. beendet sein werde, sei doch das D. N. K. zur Bildung, Organisierung und Unterhaltung der polnischen Legionen geschaffen worden, von dem Augenblick an aber, wo ein polnisches Heer schon entstehen werde, würden diese Ziele zu bestehen aufhören.

In Anbetracht dessen wird die Alternative entstehen: entweder das D. N. K. aufzulösen oder ihm ein neues Mandat zu übertragen. Eine Entscheidung in dieser Beziehung wird seinerzeit die galizische Landtagsfraktion treffen. In Erwägung dessen jedoch, daß das D. N. K. eine ganze Reihe von Werken begonnen hat, welche eine weitere unumgänglich notwendige Fortsetzung und Fürsorge erheischen, ist es unumgänglich notwendig, daß gerade diese Werke mit ihren Organisationen und Instituten sich weiter erhalten.

In diesem Falle handelt es sich namentlich um Organisationen der Fürsorge für Invaliden und Legionäre, außerdem um Verlags- und Pressbüros, welche eine Art diplomatischen Dienst gegenüber dem Auslande verrichten. Die Führung dieser Angelegenheiten muß also wenigstens bis zum europäischen Frieden fortgesetzt werden.

Aus diesen Gründen also und aus dem Grunde, daß das D. N. K. außerdem eine erwünschte Stütze für die polnische Frage durch Unterhaltung einer nationalen Fühlung mit dem Nationalrat im Königreich Polen bilden würde, kann sich die galizische Landtagsfraktion für das Fortbestehen der vollen Organisation des D. N. K. bis zur Beendigung des Krieges oder eines europäischen Kongresses erklären.

Aus Nr. 598 u. 599 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 27. und 28. November 1916.

Die Bedeutung des 5. November.

III.

Das zweite Glied der Koalition — Frankreich — ist an der polnischen Frage direkt und indirekt beteiligt. Indirekt mit Rücksicht auf Rußland, direkt mit Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie sich an der Ostgrenze Deutschlands gestalten werden.

Die Rücksicht auf Rußland ist für die französische Politik entscheidend, wenigstens während des Krieges. Die französische Regierung vermeidet alles, was Rußland peinlich berühren oder ärgern könnte. Infolgedessen war die polnische Frage für das Pariser Kabinett ein — noli me tangere . . .

Es ist eine sichere, wenn auch nicht amtlich festgestellte Tatsache, daß es noch in der ersten Hälfte des August 1914 Jzwolski gelungen ist, von der französischen Regierung eine Konvention zu erzwingen, nach der sich Rußland verpflichtet hat, die Angelegenheit Elsaß-Lothringens für eine innere französische Sache anzusehen, während Frankreich die Verpflichtung übernahm, die Sache Galiziens und des Königreichs Polen als eine innere russische Angelegenheit zu betrachten. Das bedeutete, daß beide Staaten sich in diesen Angelegenheiten gegenseitig freie Hand lassen, ohne daß sie sich später auf ihre aus der Teilnahme am Kriege hervorgehenden Rechte berufen wollten.

Dieser Vertrag stützte sich auf die Voraussetzung, daß der Sieg der Koalition sicher sei und daß die darin genannten Gebiete sich in nächster Zukunft in der Hand der Vertragsschließenden befinden werden. Die

zweijährige Dauer des Krieges und seine bisherigen tatsächlichen Erfolge mußten naturgemäß die Vertragsätze modifizieren, obwohl die Gültigkeit des Vertrages für beide Seiten unzweifelhaft grundsätzlich weiterbesteht und bis zum Beginn der Friedensverhandlungen fortbestehen wird. Dieser Vertrag, von dessen Bestehen wir erst vor kurzem Kenntnis erhalten haben, bestätigt unsere Überzeugung, die wir schon seit Anfang des Krieges haben, daß im Falle eines Sieges Rußlands der Einfluß Frankreichs auf das Schicksal der polnischen Gebiete gering wäre. Es hat sich gezeigt, daß die Geringfügigkeit dieses Einflusses sich nicht nur aus der Natur der Sache selbst ergibt, sondern auch noch als feststehend in einen besonderen Vertrag über das „desinteressement“ Frankreichs an den durch Rußland zu erobernden Gebieten aufgenommen wurde. Die durch diesen Vertrag gebundene französische Regierung hat von vornherein in der polnischen Frage auf jeden Einfluß verzichtet. Es ist sogar so weit gekommen, daß im Einverständnis mit der Regierung Briands die Artikel der französischen Presse über die polnische Frage einer Zensur in der — russischen Botschaft unterworfen wurden.

Diese Tatsachen zwingen zu der Schlussfolgerung, daß Frankreich während des Krieges sich unter keinen Umständen entschließen wird, in der polnischen Frage als selbständiger Faktor aufzutreten. Es wird sich mit der Rolle eines russischen Trabanten begnügen. Briand wird der russischen Regierung zustimmen ohne Rücksicht auf seine irgend wie gearteten Ansichten in der polnischen Frage.

Aber im Augenblicke der Beendigung des Krieges und des Beginns der Friedensverhandlungen wird sich dieser Zustand ändern. In strikter Abhängigkeit von dem dann bestehenden tatsächlichen Zustand wird Frankreich sich in der polnischen Frage, wie sie sich aus dem Kriege endgültig ergeben wird, nach seinen eigenen Interessen richten können. Diese Interessen werden sich aber voraussichtlich in folgender Weise gestalten: Entweder wird Frankreich bei seinen bisherigen Bundesgenossen bleiben, oder es wird sich nach neuen auf der anderen Seite umsehen. Wenn Deutschland unbesiegt bleibt, so daß Frankreich nicht imstande sein wird, sich auf dessen Kosten zu entschädigen, dann wird seine Abrechnung mit England und Rußland unerledigt bleiben. Die Erledigung dieser Abrechnung wird sich nur durch eine Annäherung Frankreichs an Deutschland mit sowohl antirussischer, als auch vor allem antipolnischer Tendenz als möglich erweisen. Frankreich wird nämlich, geschwächt durch den Krieg und ohne Erlangung von Kompensationen von Seiten Deutschlands, gezwungen sein, sich gegen seinen bisherigen Feind durch Annäherung an ihn zu sichern, vielleicht sogar — so paradox das klingen mag — durch ein Bündnis mit ihm. Bei einer solchen Gestaltung der Verhältnisse wird Frankreich durch die Macht der Tatsachen zu einem eifrigen Anhänger der Lösung der polnischen Frage im Sinne der Mittelmächte werden.

Im Falle einer Besiegung Deutschlands, die nicht einseitig sein kann, sondern zweiseitig sein muß, d. h. sowohl im Osten, als auch im Westen, oder im Falle einer „partie remise“ tritt für Frankreich die Frage des europäischen Gleichgewichts in den Vordergrund, zwar in einer etwas anderen Gestalt, als für England, aber in ihren Ergebnissen durchaus gleichliegend, wenigstens was Polen anbelangt. In diesem Falle darf Rußland nicht zu mächtig werden; daher muß man ihm die polnischen Gebiete abnehmen. Im Falle eines unentschiedenen Krieges auf der Grundlage des bisherigen Besitzstandes darf Deutschland nicht zu stark werden, und daher erfordert das Interesse Frankreichs keine Angliederung der Rußland abgenommenen Gebiete an Deutschland.

Es ergibt sich daraus, daß, obwohl Frankreich während des Krieges als selbständiger Faktor bei der Regelung der polnischen Frage nicht auftreten wird, doch nach dem Kriege die französischen Interessen, wie sie auch orientiert sein mögen, Frankreich in die Reihe derjenigen Staaten stellen werden, die den polnischen Staat als Faktor des europäischen Gleichgewichts, der bei allen möglichen Eventualitäten notwendig ist, verteidigen werden.

IV.

Während England und Frankreich eine Reihe dauernder erstklassiger Interessen haben, die in gewissem Grade ihre Stellung zum Akte des 5. November bestimmen, braucht sich Italien in dieser Frage lediglich auf die gegenwärtige Konjunktur zu beschränken. Das Interesse Italiens an dem Geschick von Gebieten, die weit im Norden jenseits der Karpathen liegen, ist nicht groß. Unmittelbar kommt es nirgends zur Geltung. Im gegenwärtigen Augenblick aber ist die Lage Italiens derart, daß es nicht imstande ist voranzugehen, in welcher Gestaltung der internationalen Verhältnisse es genötigt sein wird, seine Stellung im Mittelmeer zu verteidigen, und welchen Einfluß auf diese Gestaltung die irgendwie gearteten Verhältnisse des nördlichen Mitteleuropa haben werden.

Das grundsätzliche Bestreben Italiens ist, das Übergewicht im Mittelmeer oder doch wenigstens in seinem östlichen Teile zu erlangen. Dieses Bestreben hat Italien in starken Gegensatz zu Frankreich und in einen verborgenen zu England gebracht, was zu einem Bündnis mit Deutschland geführt hat, wobei das gleichzeitige Bündnis mit Österreich in den Kauf genommen werden mußte.

Der Verlauf des Weltkrieges hat bei den italienischen Politikern die Meinung hervorgerufen, daß diese grundsätzlichen Voraussetzungen der bisherigen Politik Italiens sich geändert haben.

Namentlich Deutschland, das in diesem Kriege durchaus besiegt werden sollte, verliert für Italien den Wert eines an seiner Mittelmeerpolitik mitbestimmenden Faktors, daher verliert auch das Bündnis mit Österreich für Italien jegliche Begründung. Bei der erstrebten Befestigung der englischen Hegemonie im Mittelmeere einerseits und bei der so sicher wie eine vorausberechnete Sonnenfinsternis erwarteten Zertrümmerung Deutschlands andererseits verzichtet Italien auf seine großen Ziele im Mittelmeere und Afrika und kehrt zurück zu den früheren Zielen, die schon von der Politik Venedigs verfolgt wurden und die gegenwärtig die gute Seite haben, daß sie erreichbar erscheinen. Diese Ziele richten sich auf die Beherrschung der Adria. Da hier Österreich im Wege ist, mußte ihm der Krieg erklärt werden.

Wie kann sich auf Grund dieser Tatsachen das Verhältnis Italiens zum Akte vom 5. November gestalten?

Es ist augenscheinlich, daß Italien sich hierbei von seinem Hauptzwecke des Krieges mit Österreich leiten lassen muß, außerdem aber auch von Rücksichten auf die Beendigung des Weltkrieges.

Bei dem Eintritt in den Weltkrieg suchte Italien Rußland und wurde von ihm gesucht. Diese ganze Freundschaft hat jedoch eine schwache Wurzel. Sie ist weiter nichts, als ein vorübergehender politisch-diplomatischer Flirt. Außer dem direkten Ziele der Zertrümmerung Österreichs haben Italien und Rußland in ihrer Politik nichts gemein, vor allem deshalb, weil die Berührungspunkte der Politik beider Staaten nur sehr gering sind; wo sich eben ihre Interessen berühren, da sind sie entgegengesetzt. Rußland will den Ausgang durch die Dardanellen nach dem östlichen Teil des Mittelmeeres haben. Italien erstrebt das selbe. Wenn aber das Erscheinen

Rußlands im Ägäischen Meere für jemanden unerwünscht und gefährlich erscheint, so ist es dies nicht für England, nicht für Deutschland, nicht einmal für Österreich, sondern gerade für Italien, das bereits mit Wonne von Smyrna geträumt hat.

Als Italien beim Eintritt in den Krieg mit Österreich seine Ziele bekanntgab und darin die Eroberung — Dalmatiens enthalten war, war Serbien außerordentlich überrascht. Rußland, das gerade aus Polen verdrängt wurde und eine Festung nach der andern verlor, konnte Serbien nicht unterstützen und mußte sich mit der Habgier Italiens einverstanden erklären. Aber es hat dies gewiß nicht gern getan.

Italien, das schon ein Jahr lang im Kriege mit Österreich stand, zögerte, diesen an — Deutschland zu erklären. Diese ungewöhnliche Erscheinung erklärte man damit, daß Italien sich die Möglichkeit vorbehalten wolle, später nach dem Kriege für den Fall, daß sich die Rückkehr zu der früheren umfassenderen Mittelmeerorientierung ermöglichen sollte, die deutsche Unterstützung zu erlangen. Hierbei wäre Deutschland wiederum der Bundesgenosse Italiens, welche Möglichkeit letzteres nicht verlieren wollte.

So stehen also die Forderungen, die sich aus der augenblicklichen Sachlage für die italienische Politik ergeben, im Gegensatz zu den Notwendigkeiten der Hauptziele seiner Politik. Diese Sachlage bewirkt, daß Italien mit Rußland schön tun muß, mit dem es keine gemeinsamen Interessen hat, während es mit Deutschland den Krieg führt, von dem es sicher ist, daß früher oder später die Zusammenarbeit mit ihm im Mittelmeere in dieser oder jener Form notwendig werden wird.

Die Tatsache dieses Gegenstandes beleuchtet auch das Verhältnis Italiens zu dem Akt vom 5. November. So lange der Krieg dauert, kann Italien sich nicht für diesen Akt erklären, zunächst schon nicht mit Rücksicht auf das verhaßte Österreich als Mitschöpfer dieses Aktes, dann aber auch mit Rücksicht auf das Interesse der Koalition als solcher. — Daher greift die italienische Presse die Perfidie der Mittelmächte an, während sie den Akt vom 5. November selbst nicht geringachtet. Im Gegenteil schreibt sie ihm eine große Bedeutung zu, indem sie bei dieser Angelegenheit Rußland der Ungeschicklichkeit anklagt, daß es dazu hat kommen lassen.

Nach dem Kriege wird sich diese Stellung Italiens in der Richtung weiter entwickeln, daß es durch Unterstützung Deutschlands gegen Rußland zugleich die Verwirklichung des Aktes vom 5. November unterstützen wird, indem es als Gegenleistung die Unterstützung von Seiten Deutschlands für seine Ziele erwarten wird.

Man darf nicht vergessen, daß Italien der erste Staat war, der in der polnischen Sache sich auf eine breitere Grundlage gestellt hat. Die Äußerungen der italienischen Presse, die Tätigkeit der Komitees „Pro Polonia“ usw. noch in dem ersten Abschnitt des Krieges bewegten sich in einer Richtung, die sich am meisten dem nähert, was durch den Akt vom 5. November bestimmt worden ist, nämlich in der Richtung des Wiederaufbaus des polnischen Staates. Von Seiten der italienischen Politik war das nicht ein Ausdruck des Gefühls, sondern das Ergebnis der sehr komplizierten politischen Lage und der Methode einer politischen Wirksamkeit, die sich bemüht, auf der Höhe zu stehen.

Von allen Staaten der Koalition kann Italien am leichtesten und am dreistesten seinen Anschluß an die Befestigung und Weiterentwicklung der Grundsätze, die durch den Akt vom 5. November verkündigt worden sind, erklären.

Aus Nr. 603 des Czas (Krakau)
vom 29. November 1916.

Der 29. November.

In dem Jahre, in welchem als erstes Ergebnis des großen europäischen Krieges ein unabhängiger Staat entsteht, in welchem sich die Reihen einer besonderen selbständigen starken polnischen Armee formieren, in welchem die polnischen Fahnen über Warschau flattern, werden wir mit dem Gefühl doppelter Dankbarkeit den Jahrestag des Ausbruchs des Krieges im Jahre 1831, dessen Frucht wir jetzt ernten, ehren.

Eine geschichtliche Kritik und eine genaue Analyse der zeitgenössischen politischen Verhältnisse haben heute nachgewiesen, daß der Novemberaufstand nicht das Werk eines unvorhergesehenen Zufalls, sondern der Ausdruck der inneren geschichtlichen Logik war: Er war die Folge nicht nur der perversten und heuchlerischen Politik der russischen Regierung gegenüber den Polen, sondern vor allem der Polen aufgenötigten unnatürlichen Verbindung mit einem Staat von so verschiedener Kultur, Vergangenheit und Gesittung, wie Rußland. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, ob das Unternehmen der Fahnenjunker nach dem Belvedere Erfolg gehabt hätte oder nicht, Nikolaus I. und seine Regierung in keinem Falle auch nur diejenigen bescheidenen Freiheiten geachtet hätten, welche die Verfassung vom Jahre 1816 Kongreßpolen gewährleistete. Der Aufstand lieferte nur den Vorwand zu einer rascheren Vernichtung der Sonderstellung des Königreichs Polen, zur sofortigen Ausführung der Pläne, deren Durchführung in einem späteren Termin eintreten sollte. Weder konnte Polen den Druck des despotischen, orthodoxen und halbasiatischen Rußlands länger ertragen, noch war dieses imstande, sich das freie Bestehen des mit ihm verbundenen Landes, welches sich in Übereinstimmung mit seinen Überlieferungen und seiner Kultur politisch und sozial in ganz entgegengesetzter Richtung entwickelte, dieses als ruhig anzusehen. Dies waren Gegenätze, welche nicht einmal die ruhige und abwartende Taktik Alexander I. auszugleichen vermochten und unter dem Regime des tatkräftigen und grausamen Despoten, wie es Nikolaus I. war, jeden Augenblick zu einem blutigen Konflikt führen mußte. So empfand denn auch der in der Novembernacht des Jahres 1830 gegebene Anstoß die ganze Volksgesamtheit als die seit langem erwartete Lösung der Befreiung, und das Land zog in einen ungleichen Kampf in der Überzeugung, daß dies seine nationale Pflicht sei.

Es war also der Aufstand vom Jahre 1831 eine unvermeidliche Folge der Teilung Polens und eine herrliche Kundgebung unserer nationalen Lebenskraft. Nicht geschmälert wird diese Bedeutung durch das unselige Ende; die Kräfte beider Seiten waren zu ungleich, als daß das polnische Heer letzten Endes hätte siegen können; aber das damalige Polen hatte ein Recht, auf Hilfe, sogar auf eine Intervention Europas zu rechnen, auf dem die russische Übermacht schon damals unerträglich lastete. Nicht unsere Schuld ist es, daß die Weststaaten die ungeheure Tragweite der polnischen blutigen Anstrengungen für die europäische Zivilisation nicht verstanden, daß sie sich in apathischer Passivität verhielten und den Fall Warschaus sogar mit einem Gefühl der Beruhigung aufnahmen. Für das schreckliche „l'ordre règne à Varsovie“ zahlte Frankreich mit dem Jahre 1870; für seine damalige unwürdige Gleichgültigkeit zahlt heute Europa mit dem schrecklichen Kriege; wie anders aber hätten sich die Ereignisse entwickelt, wenn der Krimkrieg gleichzeitig mit dem Novembereufstand begonnen worden wäre! 24 Jahre nach der Eroberung Warschaus durch Paszkiwicz mußte Europa den Kampf mit der asiatisch-byzantinischen Macht Rußlands aufnehmen, das seine Unabhängigkeit bedrohte;

aber es war schon zu spät, und darum gab der Armer Feldzug so wichtige und so wenig dauernde Ergebnisse.

An diese unverföhnliche Logik der Geschichte muß man heut erinnern, wo die Früchte der Heldenkämpfe der Ritter vom Jahre 1831 reifen; bringen wir also ihrem teuren Schatten unsere Huldigung dar, und seien wir dessen eingedenk, daß es von uns abhängt, daß ihr blutiges Opfer nicht wiederum vergeblich wäre. Einen großen Moment unserer Geschichte haben wir vor uns, und die Vorsehung gestattet uns, die Träume unserer Väter zu erfüllen. Wie im Jahre 1831 das polnische Volk seinen Willen und sein Recht auf das Leben festgestellt hat, ebenso müssen wir dies heut in den Augen ganz Europas kundtun und als Nachfolger der Helden vom 29. November diese Pflicht erfüllen.

Aus Nr. 569 des Głos Narodu (Krakau)

vom 29. November 1916.

Zum Jahrestage.

Zum dritten Male kehrt während des Krieges der 29. November wieder. Heut begehen wir ihn in einem anderen Geiste als jemals, sogar als vor einem Jahre. Unser Gedanke wendet sich kräftiger als früher der Zukunft entgegen, denn sie ist zusammen mit der vor der ganzen Welt erlassenen Proklamation unserer Rechte auf ein unabhängiges Dasein und zusammen mit der vorbereitenden Arbeit an der Verwirklichung dieser Rechte näher gerückt. Wir gingen den vergangenen Zeiten umsomehr entgegen, je weiter liegend uns die Verwirklichung der Wünsche der Nation erschien. Heut müssen wir den Blick angespannt darauf richten, was sein soll und was uns schon im Umriß erschienen ist.

Die Jahrestage der nationalen Kämpfe nach den Teilungen werden in dem freien Polen anders begangen werden, als sie in dem leidenden Polen gefeiert wurden. Anschließend werden sich ihnen die Erinnerungen an die großen ruhmvollen Tage, die den ganzen polnischen Freistaat umstrahlten, als er um seine zivilisatorische Mission, um die Erweiterung der Grenzen kämpfte, die gleichzeitig eine Erweiterung der Einflüsse der westlichen Kultur — nicht eine Rückgabe dieser Grenzen waren. Aber auch diese Feste werden einen anderen Charakter annehmen, denn die schöpferische Arbeit absorbiert uns so und erfüllt uns mit einer solchen Lebensfreude, daß wir zu den Erinnerungen vielmehr von Zeit zu Zeit und nur für einen Augenblick zurückkehren werden.

Für ein Volk, welches in der Hoffnung lebte, waren die Jahrestage eine Stärkung im Kampfe um das Dasein und eine Gewissensforschung. Wir stärkten uns durch sie geistig. Wir widmerten diese Stunden den Gedanken an das Ziel unserer höchsten Bestrebungen, an das Ideal. Aber schon heut müssen wir diese Betrachtung kürzen, denn die Gegenwart verlangt von uns die ganze Tatkraft und die ganze Sammlung der verständigen Kraft. Mit Verstand und Begeisterung geführte Arbeit ist die beste Huldigung, die wir dem Andenken der Novemberkämpfer darbringen können, denn das Leben zu formen ist die schönste Ehrung ihres Heldentodes.

Aus Nr. 2 des Głos Stolicy (Warschau)

vom 30. November 1916.

Die Lausanner Farce.

Es geschehen im privaten und öffentlichen Leben Ereignisse, die zunächst zwar schmerzlich sind und sogar das Gefühl des Erstaunens und der Mißstimmung hervorrufen, in Wirklichkeit aber so viel komische Ele-

mente enthalten, daß man sie eigentlich hauptsächlich von dieser Seite auffassen müßte. Zu diesen Ereignissen gehört unzweifelhaft der soeben der ganzen Welt durch die polnische (?) Lausanner Agentur veröffentlichte Protest der zwanzig vorübergehend in der Schweiz weilenden Polen. Diesen Protest müßte man eigentlich eine politische Farce nennen, und das Komische besteht nicht nur in dem Inhalt der veröffentlichten Erklärung, sondern auch in der Zusammenstellung der unter der Erklärung stehenden Namen.

Die Unterschriebenen treten in der Rolle warmer polnischer Patrioten und zugleich ernster europäischer Staatsmänner auf. Für ihr Vaterland verlangen sie die höchste Summe der Wohltaten, für Europa — die Unantastbarkeit des Völkerrechts. Der Akt vom 5. November, der „die Lösung“ der polnischen Frage auf Grund der Verständigung zwischen dem deutschen Kaiser und dem Kaiser von Österreich ankündigt, befriedigt sie nicht; er verletzt im Gegenteil ihren polnischen Patriotismus und ihr Gefühl für das Völkerrecht. Die so gefährliche und verführerische Lösung: „Alles oder nichts“, scheint ihnen die Lösung zu sein, für die sie bereit sind, die Wirklichkeit zu opfern und sich der Tatsache der Unabhängigkeit des polnischen Staates entgegenzustellen, wenn dieser Staat nicht alle Teile Polens umfaßt. Daher sehen sie auch in dem Akt vom 5. November „eine neue Bestätigung der Teilung Polens“, und in der Entstehung des polnischen Heeres zur Verteidigung des proklamierten Staates — nur „ein neues Unglück für das polnische Volk“, für das „die Verantwortung den Mittelmächten zufallen wird“.

Das ist der Inhalt der Erklärung. Der von den Protestlern eingenommene Standpunkt wäre verständlich und einer ernsten Behandlung wert, wenn er in logischem Zusammenhange mit ihrer bisherigen politischen Tätigkeit stände und wenn die Unterschriebenen wirklich vorher solche edle Ziele, die mit den Verhältnissen der Möglichkeit nicht rechnen, verfolgt hätten. Da sich jedoch die Sache gerade entgegengesetzt verhält, wird der Protest mindestens sonderbar und die Lage der Unterschriebenen ein wenig ergötzlich.

Betrachten wir doch nur, wer es ist, der sich in die Toga des unverföhnlichen Allpolen kleidet! Wer tritt mit den weitestgehenden polnischen Forderungen hervor? Vor allem die Urheber des Protestes, die Herren Dmowski und Pils, die „realen“ Politiker, wie sie sich selbst nannten, die erklärten Gegner des Allpolentums, die selben, die unter dem russischen Schutze die Politik der bescheidensten nationalen Ansprüche, eine Politik der Versöhnung und des Opportunismus trieben, für die die städtische oder ländliche Selbstverwaltung eine große nationale Errungenschaft war. Ihnen folgt Graf Konstantin Broel-Plater, der selbe, der seinerzeit, als es noch keinen polnischen Staat und keine ausgesprochene „polnische Frage“ gab, mit Eifer polnische Abteilungen für die russische Armee organisierte, und dann Graf Mauritius Zamojski, der nur insofern bekannt ist, als er unter verschiedenen Einflüssen zu den verschiedensten Zwecken, die manchmal einander direkt widersprachen, bedeutende Summen von seinem großen Vermögen opferte.

Außer den erwähnten Urhebern des Protestes und ihren langjährigen Freunden finden wir unter den Unterschriebenen nur vollständig neue Namen, Namen von Menschen, die politisch noch nicht hervorgetreten sind, die im Lande fast garnicht bekannt sind und außerdem seit langem mit dem Lande nur in sehr loser Verbindung stehen. So sind die Herren Jilasiwicz und Konjorten heute zum ersten Male in die politische Arena getreten und haben ihre Namen unter einen Protest gesetzt, der von dem großen pol-

nischen Schriftsteller (Sienkiewicz) auf dem Sterbette als „nichts würdig“ bezeichnet wurde. Man kann sie jedoch nicht verantwortlich machen, sondern nur bedauern, sie sind die Opfer des Einflusses geworden, den bei uns die Grafen- und Fürstentronen und der Schein des politischen Verstandes ausüben, den die sogenannten „Führer des Volkes“ anzunehmen verstehen.

Ich ziehe daraus die Schlussfolgerung: Mit Rücksicht auf den Inhalt des Protestes, der den wirklichen Bestrebungen der polnischen Allgemeinheit im gegenwärtigen Augenblicke in einem solchen Widerspruch steht, ist, wie auch mit Rücksicht auf die Personen, die den Protest unterschrieben haben, die aber dem Lande fremd und in ihm diskreditiert sind, wird die Lausanner Aktion keine ernstlichen Folgen nach sich ziehen und das Schicksal jener theatralischen Farce teilen, die nicht einmal den Beifall eines einzigen Abends erzielen. Es können nur vorübergehend solche Leute im Auslande irregeführt werden, die unsere Verhältnisse nicht kennen. Aus diesem Grunde wäre es besser gewesen, wenn die polnischen Patrioten in der Schweiz sich ihrer Äußerung, die sie schwungvoll als „Erfüllung ihrer nationalen Pflicht“ bezeichnen, enthalten hätten.

M. Lempicki.

Aus Nr. 601 des Czas (Krakau)
vom 28. November 1916.

Zwei Unterredungen.

Im Anschluß an die Wiedergabe von Unterredungen eines Mitarbeiters der „Neuen Züricher Zeitung“ mit den in der Schweiz weilenden polnischen Politikern Dr. J. Kucharszewski und Gr. Pilsz macht das Krakauer konservative Blatt folgende Randbemerkungen:

Herr Kucharszewski, welcher während des ganzen Krieges eine nützliche Tätigkeit entfaltete, indem er das Ausland über unsere Unbilden, über unsere bisherigen Bemühungen und Bestrebungen unterrichtete, nahm zu der Proklamation einen objektiven Standpunkt ein, der weit entfernt ist von dem Protest der zwanzig „im Auslande weilenden“ Polen, den wir vor einigen Tagen besprochen haben. Tatsächlich hat er auch diesen Protest nicht unterschrieben, wie übrigens auch eine ganze Reihe hervorragender in der Schweiz weilender Polen. Dagegen erfordern die Auslassungen des Herrn Pilsz, eines der Verfasser dieses Protestes und früheren Leiters der Lausanner Agentur, einen Kommentar, dem wir auch Genüge leisten . . .

Herr Erasmus Pilsz war in der Tat in einer sehr schwierigen Lage; konnte er doch einerseits nicht bestreiten, daß die Proklamation sogar von seinem Standpunkt eine günstige Tatsache ist, indem sie auf die Staaten des Vierverbandes und auf Rußland einen Druck ausübt. Andererseits konnte er daraus nicht die wichtigen Konsequenzen ziehen, denn er organisierte gleichzeitig den Protest der „zwanzig“ Polen, die dem Heimatland rieten, die Proklamation abzulehnen und ein polnisches Heer nicht anzunehmen . . .

In seinen — in der „Neuen Züricher Zeitung“ — wiedergegebenen Auslassungen macht er zwei wertvolle Bekenntnisse, zunächst das, daß die Polen — nach Ansicht des Herrn Pilsz — „die ihnen angebotene Änderung des nationalen Lebens“ nicht ablehnen können; zweitens — und darauf machen wir die Leser besonders aufmerksam — daß die Bildung eines polnischen Heeres nach seiner Ansicht ein wirksames Mittel des Drucks auf den Vierverband (d. h. eigentlich auf Rußland) ist, daß „es einen die Zukunft Polens betreffenden Akt“ verkünde. Herr Pilsz sagt nicht offen, wie er sich diesen „die Zukunft Polens betreffenden Akt“ vorstellt; er will nämlich mit Rücksicht

auf Rußland die Worte „Staatswesen“ oder „Unabhängigkeit“ und mit Rücksicht auf die Landsleute das Wort „provinzielle Autonomie“ nicht aussprechen. Das würde doch nach einer Fronde aussehen! Jedenfalls aber muß, wer logisch folgert, in seinen Worten eher einen Ansporn zur Bildung eines Heeres, als ein Zurückhalten davon erkennen, wenn es das beste Mittel eines Drucks auf Rußland sein soll . . .

Wir lassen auch die sich aufdrängende Frage unbeantwortet, ob „ein die Zukunft betreffender Akt“, selbst wenn er seitens Rußlands das Versprechen einer Autonomie brächte, imstande sein wird, eine so magische Wirkung auszuüben, wie sich das manche in Lausanne vorstellen? Wir wollen dagegen lieber nach etwas anderem fragen: Wissen die Genossen des Herrn Pilsz, die unter dem zur Ablehnung eines Staates und Heeres auffordernden Protestes Unterzeichneten, daß eigentlich „das Land die ihm angebotene Änderung nicht ablehnen kann“ und daß der Vierverband „einen die polnische Zukunft betreffenden Akt“ kaum erlassen wird? Wenn sie das wissen, wenn ihnen ihr Augur die arcana seines Gedankens erschlossen hat, so sind sie einfältig, daß sie ihm gefolgt sind. Wenn sie dies nicht wissen und im guten Glauben unterschrieben haben, so sind sie einfältig, daß sie die dem 5. November für uns entspringenden Vorteile nicht wahrgenommen haben. Natürlich gilt das Dilemma nicht Herrn Dmowski. Dieser wußte sicherlich, was er tut.

Aus Nr. 329 des Kuryer Polski (Warschau)
vom 28. November 1916.

Der Protest Englands und Frankreichs.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts stand die polnische Frage mehrfach vor dem Forum Europas. Wenn wir heute die historischen Momente aus der Ferne betrachten, so fällt uns das große Schwanken und die große Unentschiedenheit der westlichen Diplomatie auf. Besonders haben nach dieser Richtung hin diejenigen Staaten gesündigt, die an den polnischen Gebieten nicht direkt beteiligt waren. Während die Politik Österreichs, Preußens und Rußlands sich hauptsächlich von direkten Vorteilen leiten ließ, verstanden es die Diplomaten Englands, Frankreichs, Italiens und der neutralen Staaten nicht, die Sache in umfassender und weitfichtiger Weise zu erfassen.

Die polnische Frage wurde wiederholt in den Hintergrund gedrängt oder durch andere internationale Fragen beiseite geschoben.

Im vierten Jahrzehnt lenkte die Frage der Unabhängigkeit Belgiens die Aufmerksamkeit Europas von Polen ab und machte die Hilfe Frankreichs und Englands unmöglich.

Im siebennten Jahrzehnt verhinderte wiederum die von Bismarck geschickt in den Vordergrund geschobene dänische Frage eine Intervention gegenüber Rußland.

Dank der Unentschiedenheit des diplomatischen Vorgehens der Westmächte konnte Gorczakow die ihm übersandten Notizen in der polnischen Frage geringfügigen.

Auch heute ist es augenscheinlich, daß sich die Diplomatie Englands und Frankreichs von dem ererbten Fehler in der polnischen Frage noch nicht befreit hat. Ein deutlicher Beweis dafür ist der Einspruch, den Frankreich und England gegen den Akt vom 5. November erhoben haben.

In der gegenwärtigen Zeit darf man für die Tätigkeit der Diplomatie nicht ganze Völker verantwortlich machen. Wenn auch in einem modernen Staate die Tätigkeit der Diplomatie in bedeutendem Maße vom Willen der Volksvertreter beeinflusst wird, so ist doch während des Krieges der Einfluß der Parlamente bedeutend gesunken. In dem Augen-

blick, da die kämpfenden Völker dem Problem: „Sein oder Nichtsein“ gegenüberstehen, kann man von ihnen keinen Altruismus verlangen. Wir machen daher für den Einspruch der Herren Briand und Asquith nicht das französische Volk verantwortlich. Trotzdem ist dieser Einspruch ein Beweis dafür, daß die offiziellen Faktoren dieser Staaten sich von der übermächtigen Angst des Verlustes Rußlands nicht befreien, die polnische Frage mit der stolzen Erklärung über die „Freiheit der kleinen Völker“ nicht in Einklang bringen und sich nicht zu einer Stellung durchringen können, die später nicht nur für die Dauerhaftigkeit des europäischen Friedens, sondern auch für die unmittelbaren Interessen dieser Staaten von Bedeutung werden könnte.

Zwischen dem Einspruch Rußlands und den Einsprüchen Englands und Frankreichs besteht ein bedeutender Gegensatz. Es ist verständlich, daß Rußland nicht ohne Einspruch einen Akt aufnehmen kann, durch den ein großes Gebiet von ihm losgerissen wird, und daß es darin die Verletzung des Völkerrechts sehen will, das es notabene selber niemals beachtet hat.

Der Protest Rußlands enthält außer der Redeblüte von dem „Druck auf die Bewohner, die Waffe gegen das eigene Vaterland zu ergreifen“ die Behauptung, daß Rußland die Absicht habe, ein Königreich Polen herzustellen, das alle polnischen Gebiete umfassen soll.“

Abgesehen von den Intentionen und der Wahrheitsliebe der russischen Staatsmänner, müssen wir darauf hinweisen, daß im Munde der Russen die Worte „Königreich Polen“ durchaus nicht den Begriff „polnischer Staat“ wiedergeben; sie brauchen nicht einmal ein autonomes Königreich zu bezeichnen. Es kann ein Königreich Polen mit einer Selbstverwaltung, aber auch ohne eine Selbstverwaltung gemeint sein, mit russischen Beamten und russischer Verwaltung ohne Universität, ja sogar ohne das Gchmelmerland.

In dem Einspruch Englands und Frankreichs sind solche unbestimmten Worte nicht enthalten, dafür aber die Behauptung, daß Rußland die vor zwei Jahren bekanntgegebene Absicht des Kaisers, Polen die Autonomie zu verleihen, wiederholt habe. Es muß uns die Tatsache auffallen, daß die amtlichen Vertreter Frankreichs und Englands wiederum den Fehler der französischen Presse begehen, die dem damaligen Aufruf des Großfürsten die Bedeutung eines gesetzgeberischen Aktes beilegen und daß sie, entgegen der historischen Wahrheit, den Aufruf dem Kaiser zuschreiben. Die unbestimmten Ausdrücke des russischen Einspruchs klingen daher in dem englisch-französischen Einspruch ehrlicher und klarer, indem die Bezeichnung „Bildung des Königreichs Polen“ durch das Wort „Autonomie“ ersetzt wird. Dies würde ein bedeutender Unterschied sein, wenn nicht die russischen Worte absichtlich mit einem Spinnwebenillusionärer Andeutungen umgeben wären.

Diesen grundsätzlichen Gegensatz übergehend, müssen wir unterstreichen, daß der Ton und die übrigen Motive Briands und Asquiths uns besonders ungeschickt erscheinen. Wenn die amtliche Diplomatie der Entente mit Rücksicht auf die Bundesgenossen gegen den Akt vom 5. November Einspruch erheben mußte, so konnte sie dies in einer Weise tun, die mehr mit der nationalen Würde rechnete. Die englisch-französische Note „freut sich“, daß Rußland die deutschen Intriguen durchschaut habe, und operiert ebenfalls mit dem Argument der Verwaltung des Völkerrechts. Die internationalen Verhältnisse sind so kompliziert, daß wir uns keiner Täuschung hingeben, England und Frankreich könnten die Wiedererrichtung des polnischen Staates so ohne weiteres anerkennen.“ Jedoch müssen die Anwendung von auffallend unter-

tänigen Ausdrücken in bezug auf Rußland, die Unterstreichung der höchsten Zufriedenheit aus Anlaß des russischen Einspruchs, die Freude über „die großmütigen Entschlüsse der Regierung Seiner kaiserlichen Majestät“, die „das Glück des edlen polnischen Volkes im Auge hat“, bei uns als Geschmacklosigkeit empfunden werden. Der Einspruch Briands und Asquiths steht nicht auf der Höhe der westlichen Diplomatie, und das ist für uns um so besser. Er entbehrt der Merkmale eines ernstesten Aktes. Wir zweifeln nicht, daß das englische und französische Volk Gelegenheit finden wird, die Verfasser des Einspruchs zur Verantwortung zu ziehen. Obwohl uns die amtliche Politik der Entente schmerzlich berührt, überschätzen wir doch die Bedeutung ihres Einspruchs nicht. Dieser ist nur eine nochmalige Aufrollung der polnischen Frage auf internationalen Boden.

L. Chrzanowski.

Aus Nr. 548 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 29. November 1916.

Der Protest der Koalition gegen das unabhängige Polen.

„Rußland stellt fest, daß die polnischen Provinzen nicht aufgehört haben, ein Bestandteil des russischen Reiches zu sein, und daß ihre Bewohner durch den Eid der Treue gebunden sind, den sie der kaiserlichen Majestät geleistet haben.“

Mit diesen Worten, die den Inhalt der Note bilden, die durch die diplomatischen Vertreter Rußlands den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, übermittelt worden ist, protestiert Rußland gegen die Unabhängigkeit Polens. Der diplomatische Protest war die natürliche Folge der wahren Stellung der russischen Regierung gegenüber Polen. Moskau verteidigt seine eroberten Gebiete. Die Provinzen Polens haben seiner Überzeugung nach nicht aufgehört, ein Bestandteil des ganzen Reiches zu sein. Die Versprechungen des Großfürsten Nikolajewicz waren offenbar ein Bluff, der zu Anfang des Krieges notwendig war. Da der Bluff keine Wirkung hatte, mußte man jetzt offen und brutal reden. Das ist ganz in der Ordnung.

Von Rußland haben wir nichts zu erwarten. Wir haben nichts von ihm erhofft und haben genau gewußt, daß nur die Befreiung Polens vom russischen Joch, seine militärische Losrennung vom russischen Organismus Polen die Unabhängigkeit sichern könne.

Anderes konnte man die Stellung der Koalition, namentlich die von Frankreich und England auffassen. — Es gibt bei uns Politiker, die auch nach dieser Richtung hin keine Illusionen hatten, und zu diesen gehörten wir. Aber es gibt auch solche, die anders rechneten. Sie nahmen an, daß diese Staaten die Freiheit Polens verteidigen würden. Man hatte doch soviel von der Freiheit und Humanität, von der Verteidigung der bedrängten Völker und von den Kriegszielen, die danach strebten, in Paris und London geschrieben. Frankreich ist doch die Beschützerin — der Kultur und die Verkünderin von erhabenen Lösungen des Patriotismus! Und von England kamen immer Worte großer Kriegsziele, die die Befreiung der unterdrückten Völker zum Inhalt hatten. Diese beiden Staaten — die große Republik, die der Welt die Fackel der Zivilisation und der Freiheit voranträgt, und Großbritannien, das Reich der Freiheit und der allgemeinen menschlichen und internationalen Lösungen — haben sich im Proteste mit Rußland vereinigt. Polen hört nicht auf, ein Bestandteil des russischen Staates zu sein! Das wird amtlich durch die Pariser und Londoner Regierung bestätigt. Der übrige Inhalt der Noten ist nur leerer Wortschwall. Der Kern steckt in der Anerkennung der Rechtslage.

Bedarf es noch einer Erklärung, daß diese Lage klar und bestimmt geworden ist?

Beleuchtet dies nicht die wirkliche Lage der Verhältnisse?

Die Politik ist kein Dichterwerk. Frankreich will für sich die Freiheit haben, es verlangt Elsaß-Lothringen zurück, aber Polen ist ihm Hekuba. So vielmal gab es uns das zu verstehen, und immer gaben wir uns noch Illusionen hin. Als im Jahre 1867 beim Empfange Alexanders II. in Paris der französische Politiker Floquet ausrief: Vive la Pologne! wurde er jahrzehntelang der Gegenstand des Glücks des amtlichen Frankreich, und erst später, als die Welt diese Worte vergessen hatte, konnte er eine politische Rolle in der Republik spielen.

England hat seit der Zeit Palmersstones sich bis jetzt um das Schicksal Polens nicht gekümmert. Da es selber ein Polen in seinem Irland besaß, ging es von dem Grundsatz aus, daß man im Hause des Geheulens nicht vom russischen Galgen reden solle.

Die Lage ist für uns bequemer geworden. Sie hat den zweideutigen Charakter, der noch gewisse Gruppen beeinflussen konnte, verloren. Es kann bei uns nicht mehr ein Lager von Anhängern der Koalition geben. Die Koalition hat sich mit Rußland solidarisch erklärt und sich so entschieden zu dem Grundsatz bekannt, daß das Königreich eine Provinz sei, die einen wesentlichen Bestandteil des Zarenreichs bildet, daß derjenige, der in gutem Glauben ein Anhänger der Koalition war, seinen Glauben an dieselbe verlieren muß; wem aber die Koalition nur als Maske diene, der muß sich offen zur Russenfreundschaft bekennen.

Wenn sich die Stellung der Westmächte nach dem Kriege ändern wird, wenn sie alsdann auf ihrem gegenwärtigen Protest nicht beharren werden, da sie dann von den Verpflichtungen gegenüber dem Zarenreiche freisein werden, so wird es um so besser sein. Alsdann wird es sich zeigen, daß die Worte der Diplomatie keinen Wert haben und daß die Taten nicht abhängig sind von der Theorie der Gerechtigkeit und Freiheit, sondern von vollzogenen Tatsachen. Und so wird es gewiß werden, denn nach dem Kriege müssen sich die internationalen Verhältnisse anders gestalten, und das geschwächte und geschlagene Rußland wird nicht imstande sein, von seinem Bundesgenossen das Festhalten an dem Protest, der unzweifelhaft nicht nur etwas Brutales darstellt, sondern auch jeglichen realen Inhalt entbehrt, zu verlangen. Die Sache hat nur insofern eine Bedeutung, als sie uns überzeugt, daß wir während des Krieges nichts zu erwarten hätten, wenn die Waffen der Koalition in dem gigantischen Weltkriege den Sieg davontreiben sollten. Zum Glück wird es nicht so sein.

Aus Nr. 607 des Czas (Krakau)

vom 1. Dezember 1916.

Die Duma und die Polen.

Erst jetzt sind nähere Einzelheiten über die Erörterung, die im russischen Reichsrat aus Anlaß des Aufruhrs vom 5. November stattgefunden hat und über deren allgemeine Umrisse wir schon berichtet haben, eingetroffen.

Aus Berichten, die über Schweden kommen, ergibt sich, daß der Hauptredner auf russischer Seite der ehemalige Justizminister im Kabinett Stolypins, Sczeglowitow war, der selbst, der sich seinerzeit die Behauptung erlaubte, daß die Polen das polnische Gerichtswesen verunreinigten, wofür er eine scharfe Zurückweisung von dem Abgeordneten Zukowski erhielt. Es ist dies ein Bureaukrat alter Datums, der in den Gerichten nur ein Werkzeug der Regierung sieht, gewissermaßen das ausführende Organ zur Verfolgung politischer Verbrecher. Daher haben auch die russischen

Gerichte niemals soviel Todesurteile in politischen Prozessen gefällt, wie zur Zeit seiner Ministeriatszeit und unter seinem Druck. Denn man muß bedenken, daß nach russischem Gesetz die Todesstrafe nur auf politische Verbrechen steht; gewöhnliche Verbrecher können allerhöchstens zu Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt werden. In Übereinstimmung mit dem Geiste dieses Gesetzes pflegte Sczeglowitow mit Hilfe seiner Staatsanwälte und Gendarmen im Königreich das Banditentum und verfolgte zugleich unbarmherzig jegliche freiheitliche Bewegung.

Dieser Mann trat nun mit einer großen Rede auf, die an die Polen gerichtet war und von leeren Phrasen strotzte. Sie gipfelte in der Aufforderung, daß die Polen im Sinne des bekannten Gedichts von Puschkin sich mit den Russen im russischen Meere vereinigen sollten. Dieser zynische Appell in einem Augenblick, da der polnische Staat proklamiert worden ist, hat die polnischen Mitglieder des Staatsrats empört, in deren Namen H. Szembek eine scharfe Antwort gab, indem er betonte, daß die Polen ein eigenes Meer hätten und sich nach dem russischen nicht sehnten. Wenn aber das neueste Programm der amtlichen polnischen Politik Rußlands seinen Ausdruck in der Rede des Exministers findet, dann werden die Polen auf die ihnen angebotenen angeblichen Vorteile verzichten und ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Sczeglowitow versuchte zwar, seine Worte als unschuldiges Zitat des großen Dichters hinzustellen; er vermochte jedoch nicht, den hervorgerufenen unangenehmen Eindruck zu zerstreuen.

Die ganze Erörterung im Staatsrat hat übrigens unzweifelhaft erwiesen, daß die Senatoren des gegenwärtigen Rußlands, die allerdings fast ausschließlich der höheren Bürokratie angehören, über die polnische Frage ungefähr ebenso denken wie Sczeglowitow. Nicht ein einziger Redner hat sich zu einer tieferen Auffassung des russisch-polnischen Verhältnisses aufgeschwungen; alle ergingen sich in inhaltslosen Vorurteilen über slawische Solidarität und die historische Bedeutung des Aufruhrs des Großfürsten. Es waren dies also tote Verhandlungen, die die Westmächte in der Auffassung bestärken mußten, daß die gegenwärtige Regierung die polnische Frage nicht lösen kann und will. Daher ist es kein Wunder, daß Buchanan und Paleologue, die die Bedeutung des Novembermanifestes verstehen, alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um Stürmer zu stürzen. Sie glaubten jedoch, daß die Sache in einer anderen Weise erledigt werden würde, und hofften, daß nach dem Sturze Stürmers entweder Sajanow in das Kabinett zurückkehren oder die Macht in die Hände der Kadetten gelangen würde, d. h. derjenigen Partei, die unter dem unmittelbaren Einfluß der westlichen Politik steht. Der Zar zog jedoch unter dem Einfluß der näheren Umgebung vor, bei dem alten System zu bleiben und stellte Trepow an die Spitze der Regierung, der das Kabinett nach eigenem Ermessen umgestalten soll. Als erster ist Graf Bobrinski, der Landwirtschaftsminister, zurückgetreten, dessen Rücktritt man sofort nach dem Wechsel der Person des Ministerpräsidenten voraussehen konnte. Bobrinski der ehemalige Generalgouverneur von Galizien, gehört zu dem in Rußland nicht sehr zahlreichen Geschlechtersadel, und er sieht in Trepow immer nur den früheren Polizisten. Ihre politischen und sozialen Anschauungen gehen zu weit auseinander, als daß sie miteinander arbeiten könnten. Die anderen Mitglieder des Kabinetts gehören zur Berufsburaukratie, mit Ausnahme von Protopopoff, der das parlamentarische Element vernichtet und deshalb wahrscheinlich auf seinem Posten bleiben soll. Auf jeden Fall ist die innere Lage Rußlands derart, daß man dort weitgehende Umgestaltungen erwarten kann.

Aus Nr. 572 des Głos Narodu (Krakau)
vom 2. Dezember 1916.

Die polnische Frage.

Auf dem Wege über neutrale Länder gelangen zu uns Stimmen polnischer Zeitungen, die in Rußland erscheinen, betreffend das Manifest vom 5. November. In denjenigen, die uns vorliegen, wird im allgemeinen das Hauptgewicht darauf gelegt, daß dieser Akt bedeutungsvoll ist, da er die polnische Frage auf den internationalen Boden stellt und sie aus dem Rahmen der „inneren“ Erledigung durch Rußland heraushebt. Der „Dziennik Kijowski“ führt die Ansicht des bekannten russischen Abgeordneten W. Maklakow an der in „Russk. Wied.“ erklärt, „die Entscheidung über Polen wird ein Werk des Weltkongresses, nicht unsere häusliche Angelegenheit sein.“ Indem sich das Blatt auf diese Worte und auf ähnliche stützt, behauptet es, daß „infolge der Veränderungen in der diplomatischen Auffassung, vor allem der russischen, die engherzigen Projekte der Autonomie sich bereits heute überlebt haben und daß die polnischen Interessen unbedingt eine internationale Garantie verlangen.“ Das Kijewer Organ bringt eine entsprechende Äußerung des Abgeordneten Demidow, der erklärt hat: „Mit dem Augenblick der Unabhängigkeitserklärung Polens von Seiten Deutschlands verschwindet für Rußland die Frage der polnischen Autonomie, und die Frage wird zu einer internationalen Angelegenheit.“

In einem anderen Artikel targt das Blatt nicht mit Vorwürfen unter der Adresse der russischen Regierung und des Bivverbandes:

„Man hat uns gefragt was die Polen eigentlich wollen! Man täuschte die Welt und sich selbst durch die angebliche Zersplitterung in der polnischen öffentlichen Meinung. Man verkannte es teils aus Leichtsinne, teils aus Heuchelei, daß das polnische Zwanzigmillionenvolk niemals auf seine staatlichen Hoffnungen verzichtet hat, daß die Unabhängigkeit keine Parole, kein Programm ist, sondern der grundsätzliche Ton der polnischen Herzenswünsche und der polnischen Taten des Jahrhunderts: der kleinen und der großen, der einzelnen und kollektiven Taten, die alle Zellen des polnischen Gehirns und alle Gebiete polnischer Arbeit und polnischer Anstrengungen ausfüllen. Endlich ist der Augenblick gekommen, da gesprochen wurde, aber — in Berlin und Wien...“

Von den Stimmen der polnischen Politiker in Rußland verdient die Meinung Lednicki's Beachtung. Er sieht in dem Akte vom 5. November eine politische Tatsache von erstklassiger Bedeutung. Infolge dieses Aktes ist die polnische Frage zu einer internationalen geworden, und sie kann natürlich nur durch einen internationalen Akt endgültig gelöst werden. Deutschland hat sich, dank der ihm eigenen Voraussicht, mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates einverstanden erklärt. Es ist zu bemerken, daß die russische Politik hierzu beigetragen hat. Die durch die Koalition hingeworfene Parole „Schutz den kleinen Völkern“ konnte unmöglich auf das polnische Problem in seiner ganzen politischen Tragweite keinen Einfluß haben, da es unmöglich gewesen wäre, zu verstehen, warum man von der Wiedererweckung Belgiens und Serbiens spricht, von Polen aber nicht reden darf. Die Deutschen haben erkannt, daß man den Krieg nicht nur mit physischer Kraft führen kann und daß es andere, höhere Kräfte gibt, die den Verlauf der geschichtlichen Ereignisse lenken.

In ähnlicher Weise äußert der Petersburger „Kurjer Nowy“ seine Meinung über das Manifest.

Aus Nr. 2 des Głos Stolicy (Warschau)
vom 30. November 1916.

Auf dem Posten.

Das Verhältnis zwischen Polen und Rußland gewinnt immer mehr an Klarheit.

Es verschwinden die Mißverständnisse. Auf der einen Seite fällt die Maske des Erlösers, — auf der anderen verschwindet der Nebel der Hypnose und der trügerischen Hoffnungen.

Die Sache ist einfach, nur muß man sie nüchtern ansehen. Polen wünscht ein unabhängiges Dasein, Rußland — ein treu ergebenes Polen. Man müßte keinen gesunden Menschenverstand haben, um sich mit der Analyse eines solchen Verhältnisses abzugeben. Nur Krylow's „Metaphysiker“ wird, nachdem er in eine Grube gefallen ist, tiefsinnige Betrachtungen über seine Lage anstellen, anstatt kurz entschlossen aufzustehen und die Grube zu verlassen. Wir sind in die Wölfsgrube der russischen Politik hineingefallen, sind jedoch glücklicherweise schnell aus ihr herausgekommen. Nur die Unfähigsten und Fatalisten stecken noch immer dort, wohin sie der moskowitzische Betrug gebracht hat.

Vielleicht werden aber auch die letzten Mohikaner der russischen Orientierung durch die antipolnische Kampagne ernüchtert werden, die jetzt ehrlich und mit echt russischer Wucht geführt wird.

Hier eine von den vielen Proben:

Das rechtsstehende Blatt „Kewelskija Szwiestija“ erklärt:

„Wir müssen unser Erstaunen über das sonderbare Verhalten derjenigen polnischen Politiker ausdrücken, die seit der Besetzung Polens durch die feindlichen Truppen in Rußland wohnen. Sie haben sich gegenüber den Plänen ihrer Landsleute mit österreichisch-deutscher Orientierung nicht zu einem einzigen Worte des Protestes aufgeschwungen. Die polnischen Zeitungen, die in Rußland erscheinen, haben sich zum Teil auf eine Wiedergabe der Ereignisse beschränkt, zum Teil protestiert, aber die Proteste waren ausnahmslos nicht überzeugend. Auf jeden Fall kann sich das russische Volk mit den Zeitungsprotesten nicht begnügen. Es liegt hier die unbedingte Notwendigkeit vor, das verräterische Verhalten, zu dem die Führer in Warschau, Krakau und Lemberg ihre Landsleute an der Weichsel drängen, entschieden zu verdammen.“

Dieser Protest müßte allgemein sein; er müßte zum Ausdruck bringen, daß ein Austritt des Königreichs Polen aus dem russischen Staat ein Verrat an Rußland wäre. Unter diesem Proteste müßten wir die Unterschriften aller Polen sehen, die in Rußland wohnen und irgend eine bedeutendere Stellung in der polnischen Volksgesamtheit einnehmen. Warum gibt es bis jetzt keinen solchen Protest? Vielleicht wirkt auch hier die Rücksicht auf die Notwendigkeit der „Neutralität“ ein? Man muß die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die Neutralität russischer Untertanen zu einer Zeit, da Rußland einen der schwersten Kriege führt, ebenso ein Verrat ist, und zwar ein unvergleichlich schlimmerer als derjenige, den infolge des Rats der unglückseligen Führer die Bevölkerung des Königreichs Polen zu üben beabsichtigt.“ (!)

Mögen also die verschiedenen „Neutralisten“ erfahren, daß ihre Neutralität für Rußland ebenfalls ein „Verrat“ ist.

Die neutralen Köpfe befinden sich nun in einer unangenehmen Lage, nämlich zwischen Hammer und Amboss. Der moskowitzische Schmied hat bereits den Hammer in die Hand genommen. Wenn er wirklich diese Köpfe treffen sollte, dann würde man einen hohlen Klang vernehmen — wie beim Schlage auf einen ganz hohlen Körper.

Aus Nr. 566 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 25. November 1916.

Die Zukunft Österreich-Schlesiens.

Aus Anlaß der Ankündigung der Sonderstellung Galiziens veröffentlicht die „Gwiazdka Cieszyńska“ unter der Adresse des polnischen Klubs charakteristische Bemerkungen über die Zukunft des polnischen Elements in Schlesien.

Die Ausführungen des Teschener Organs lauten folgendermaßen: „Die Verkündigung des Königreichs Polen hat in Schlesien große Freude hervorgerufen. Wir alle haben von Jugend an von dem freien und unabhängigen Polen geträumt, und das Volk hat unzählige Male danach gefragt, ob Polen auch wirklich einmal von neuem entstehen werde. Daher sind wir auch dem großmütigen Monarchen für die Wiedererweckung Polens dankbar und warten mit Ungeduld auf die weiteren Schritte, die zur Verwirklichung seines Planes führen werden. Wir müssen hierbei bemerken, daß unsere Freude lebhafter und größer gewesen wäre, wenn die Proklamation Polens nicht mit der Ankündigung der Sonderstellung Galiziens verbunden gewesen wäre, oder wenn der Erlaß vom 5. November auch die schlesischen Polen umfaßt hätte. Das ist aber nicht geschehen, und dieser Umstand dämpft unsere Freude und läßt uns die kommenden Veränderungen nüchtern betrachten.

Wir wissen augenblicklich nicht, ob die Wünsche des polnischen Klubs, der seit Jahren eine Autonomie auf breiterer Grundlage für Galizien fordert, oder die Wünsche der österreichischen Deutschen, die seit Jahren in verschiedenen radikalen Programmen ausgesprochen worden sind, werden erfüllt werden. Für uns schlesische Polen wäre sowohl das eine als auch das andere schädlich und vernichtend; denn nach dem Ausscheiden der polnischen Abgeordneten Galiziens aus dem österreichischen Reichsrat werden die polnischen Abgeordneten Schlesiens auf die eigene Kraft angewiesen sein, und bei der deutschen Mehrheit, die nach dem Ausscheiden Galiziens sicher ist, wird es ihnen schwer werden, die bisherigen Errungenschaften zu erhalten, während von der Erlangung neuer keine Rede ist. Die Sonderstellung Galiziens ist daher für uns ein schwerer Schlag, der — vielleicht unbeabsichtigt, — gegen die Existenz und Entwicklung der polnischen Bevölkerung in Schlesien gerichtet ist. Daher können wir uns ohne eine feierliche Zusicherung der Rechte unserer Sprache und unserer wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Wege der Gesetzgebung mit der oben genannten Sonderstellung Galiziens nicht einverstanden erklären.

Die eine Viertelmillion betragende polnische Bevölkerung in Schlesien, die in kultureller Beziehung hochsteht, müßte mehr ins Gewicht fallen, als die Sonderstellung Galiziens. Die Sonderstellung ist eine Übergangsform des Verhältnisses Galiziens zum Staate; ein großer Bruchteil des Volkes ist aber wert, daß man ihn um der Form willen nicht zum Tode der Entnationalisierung verurteilt. Diese Erklärung möge der polnische Klub zur Kenntnis nehmen.“

Aus der Nr. 604 Nowa Reforma (Kraſau)
vom 30. November 1916.

Vorträge über Polen im Ausland.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Am Sonntag, den 19. ds. Mts. hielt der bekannte Polenfreund, Universitätsdozent Herr Edmund Privat, in Genf einen Vortrag über Polen. In glänzender Rede entwickelte Privat die bereits in Artikeln ausgesprochenen Gedanken, in Artikeln, welche er in der „Tribune de Geneve“ veröffentlichte. Dieser Vortrag steht im Zusammenhang mit der Proklamation vom 5. November, deren Tragweite und Bedeutung in politischer Beziehung Privat voll und ganz anerkennt. Der Vortrag versammelte ungefähr 800 Personen französischen und französisch-schweizerischen Publikums. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. Herrn Ador, den Präsidenten des Roten Kreuzes; die zahlreich versammelten Professoren der Universität Genf mit Professor Siegmund Laszkowski an der Spitze nahmen auf der Estrade Plätze ein. Diese Kundgebung war ein Tagesereignis nicht nur für Genf, sondern für die ganze Schweiz.

Der selbe Privat kündigte ebenfalls eine ganze Reihe von Vorträgen über Polen unter dem allgemeinen Titel „Europa und Polen seit der Zeit der Teilungen“ an. Nachdem uns übersandten Prospekt werden 6 solche Vorträge und zwar im Saal des Atheneums in Genf stattfinden. Ihre feierliche Eröffnung unter dem Vorsitz des Professors Bernhard Bouvier, Universitätsprofessors in Genf, wird am 10. Januar 1917 erfolgen, weitere Vorträge werden am 17., 24., 31. Januar, 7. und 14. Februar 1917 stattfinden. Herr Privat wird in seinen Vorträgen folgende Themen berühren:

Die Bedeutung der polnischen Frage in Europa. — Ursachen der Teilung. — Das Buch J. J. Rousseau's, das Manuskript Kulhieres. — Napoleon und Polen. — Der Wiener Vertrag im Jahre 1815.

Der Versuch einer Autonomie. — Der Aufstand im Jahre 1830. — Die allgemeine Sympathie in Frankreich unter Ludwig Philipp. — Polnische Lieder von Beranger und Delavigne. — Die Emigranten. Eine Rede Lafayette's. Die Hymne Lamennais. — Eine Broschüre Raspail's.

England und Polen. — Fergusson und Dudley Stuart im Abgeordnetenhaus. — Dichtung des Thomas Campell. Das Blutbad in Galizien und die Annexion Krautaus im Jahre 1846. — Der Pariser Vertrag im Jahre 1856. — Karikaturen. — Die diplomatischen Versuche Palmerstons und Lord Russells.

Frankreich und Polen unter dem zweiten Kaiserreich. — Das Buch Michelet's. — Der Aufstand im Jahre 1863. — Graf de Montalembert und Marquis de Roailles. — Die Rede Napoleons III. Die Polemiken Proudhons und Pelletan's. — Ein nicht herausgegebener Brief Viktor Hugos. — Poesie und Diplomatie. —

Polen und die Teilungsmächte seit dem Jahre 1863. — Bismarck und die Bedrückung im Polenischen. — Das russische und österreichische Regime. — Polen und der gegenwärtige Krieg. — Das Buch des Lords Overley. — Der Aufruf des Großfürsten Nikolaus und die französische Presse. — Italienische Sympathien. — Der Appel Maeterlincks. — Phantasie und Wirklichkeit. — Schlussfolgerungen.